

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,  
 wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.  
 Einzeln Nummer 5 Pf., Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7971.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen  
 je oberer oder unterer Raum 40 Pf., für  
 politische und gewerkschaftliche Verbands-  
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,  
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Brühl-Strasse 2.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Freitag, den 22. Juni 1900.

Expedition: SW. 19, Brühl-Strasse 3.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

### Der Zuckerring.

Die Entwicklung des Kartellwesens in Deutschland hat während der letzten Jahre des Aufschwungs Formen angenommen, die den lebhaften Unwillen der Verbraucher herausfordern und den Zeitpunkt nahe bringen, in dem die Gesetzgebung von der öffentlichen Meinung gezwungen sein wird, durch eine Specialgesetzgebung die Aufsicht und die Oberleitung über Produktion und Preisgestaltung in den syndicierten Industriezweigen zu übernehmen. Dieser Zeitpunkt kommt um so früher, je rückwärts- und brutaler die Syndikate, Kartelle und Ringe die Schröpfung des nationalen Marktes besorgen. Von den in letzter Zeit begründeten Syndikaten läßt keins den privatkapitalistischen Endzweck, eine kleine Schaar Interessenten auf Kosten des deutschen Marktes zu bereichern, so deutlich hervortreten, wie der Zuckerring, der am 1. Juni seine Thätigkeit aufgenommen hat. Diese wirtschaftliche Organisation der Rohzuckerfabriken und Raffinerien befundet gleich bei ihrem ersten Schritt in die Öffentlichkeit, daß die Belastung des inländischen Konsums ihr als Hauptaufgabe erscheint. Um der angeblich notleidenden deutschen Zuckerindustrie schnell und wirksam auf die Beine zu helfen, muß das deutsche zuckerkonsumierende Publikum für den von ihm verbrauchten Zucker gleich für die erste Zeit rund 45 Millionen Mark mehr als bisher im Jahr bezahlen.

In einem der Presse übermittelten Bericht des neuen Kartells wird diese Belastung offen zugegeben. Die Grundlage des Kartells bildet die Erwägung, daß infolge des Eingangszolls von 20 M. pro Centner die Inlandpreise gegenüber den Preisen des Weltmarktes stark erhöht werden können. Infolgedessen hat das Kartell für im Inlande raffinierten und konsumierten Zucker einen Normalpreis von 12,75 M. pro Centner festgesetzt. Die Raffinadeure sind nun durch das Kartell, dem 98 Proz. aller in Betracht kommenden Fabriken angehören, verpflichtet, die Differenz zwischen den Notierungen des Magdeburger Zuckermarktes und dem Preise von 12,75 pro Centner mit einem Zuschlag von 10 Proz. an die Kasse der Rohzucker-Fabrikanten abzuführen. Beträgt also z. B. die Magdeburger Durchschnittsnote 10 M. pro Centner, so haben die Raffinerien 2,75 + 0,275 = 3,025 M. an das Rohzucker-Syndikat abzuführen. Das Kartell macht nun der Öffentlichkeit folgende Rechnung auf: „Seht man die ungefähre deutsche Jahresproduktion der letzten Jahre und den Preis von 10 M. pro Centner Rohzucker nach Magdeburger Notiz ein, so ergibt sich folgendes Bild: 38 Millionen Centner Rohzucker, 15 Millionen Centner Konsumware. Die Einnahme des Rohzucker-Syndikats beträgt also 15 Millionen x 3,025 = ca. 45 Millionen Mark. . . Der Normalpreis von 12,75 M. pro Centner ist an und für sich ein mäßiger und angemessener, er belastet den Konsum gegenüber den Preisen der letzten Jahre nur um etwa 3 Pf. pro Pfund Raffinade.“

Nur um 3 Pf. pro Pfund — sagen die Zuckerbarone, als ob dieser Betrag gar keine Rolle spiele! Wenn man einen Konsum pro Kopf der Bevölkerung von jährlich 24 Pfund Zucker annimmt, so ergibt sich eine Belastung für den einzelnen von 72 Pf., für einen Haushalt von 5 Köpfen eine solche von 360 M. Dabei ist noch gar nicht ausgeschlossen, daß die deutschen Zuckerindustriellen die Preise bald noch höher treiben werden. Der deutsche Markt ist aber machtlos gegen diese Belastung, denn infolge der Schutzzölle kann fremder Zucker nicht nach Deutschland herein. Wohl aber ist es der deutschen Zuckerindustrie möglich, ihren Zucker auf Kosten des deutschen Marktes im Ausland so billig zu offerieren, daß jede Konkurrenz unterbunden wird. Entschädigen sich doch die Fabrikanten für etwaige Wiedereinnahmen aus dem Exportgeschäft durch die Mehreinnahmen, die sie auf dem deutschen Markte durch unnatürlich hohe Preise erzielen. So kommt es, daß das Ausland billiger deutschen Zucker konsumiert, während bei uns selbst die Preise konsumerscherwerend wirken.

Und dabei fließt der ganze Gewinn aus der Belastung des inländischen Marktes in die Taschen einer verhältnismäßig geringen Zahl von Fabrikanten und Kapitalisten, die an der Zuckerindustrie beteiligt sind. Es kommen rund 400 Rohzucker-Fabriken und 50 Raffinerien in Betracht. Dagegen befinden sich die Arbeiter in dem Industriezweig trotz der staatlichen Begünstigung in der allertraurigsten Lage; sie werden durch die Kartellierung so wenig gewinnen wie durch frühere Begünstigungen und Zuwendungen der Zuckerindustrie durch den Staat. In der Zuckerindustrie waren 1898 nach den Ausweisen der Zucker-Vereinsgenossenschaft 98 219 Arbeiter beschäftigt. Darunter befanden sich etwa 75 000 aus Polen und Galizien geholt Sachseingänger, davon zwei Drittel Arbeiterinnen, ein Sechstel jugendliche Arbeiter von 15—19 Jahren. Während im Durchschnitt die gewerblichen Arbeiter in Deutschland im Jahre 1898 742,52 M. verdienten, stellte sich ein Arbeiter einer Zuckerfabrik im Durchschnitt auf nur 466,05 M. Nächste den Arbeitern in Steinbrüchen sind die Arbeiter in Zuckerfabriken am schlechtesten bezahlt. Bei 12—14 stündiger Arbeitszeit verdienen sie kaum mehr als 1 M. täglich, oft noch weniger. Bezeichnend für die Zuckerfabrikanten ist die hartnäckige Opposition gegen jeglichen Arbeiterschutz. Als 1891 der elfstündige Arbeitstag für Arbeiterinnen eingeführt und die Nachtarbeit verboten wurde,

da wußten es die Zuckerinteressenten durchzusehen, daß für ihre Betriebe zunächst bis 1. April 1898 die Nachtarbeit bestehen blieb. Als die Frist zu Ende ging, da verlangten sie eine weitere Bewilligung der Nachtarbeit „vorläufig auf mindestens fünf Jahre“. Dem Reichskanzler ging diese Unverfrorenheit denn doch zu weit und er lehnte die diesbezügliche Petition des Vereins der deutschen Zuckerindustrie kurzer Hand ab, ohne sie vorher noch dem Bundesrat vorzulegen.

Das ist die Signatur der Wirtschaftspolitik des deutschen Unternehmertums, das die Phrase vom Schutz der nationalen Arbeit im Munde führt: auf der einen Seite Schröpfung des nationalen Konsums, auf der andern Seite Ausbeutung der deutschen Arbeitskraft. Daß diese Wirtschaftspolitik zur Züchtung reicher Unternehmeregisten führt, ist selbstredend, daß dabei aber der nationale Wohlstand, soweit die große Masse des Volks in Betracht kommt, zu Grunde gerichtet wird, darüber schweigt man. Die Syndikate und Ringe mögen nur so weiter wirtschaften, wie sie es in den letzten Jahren gethan haben, sie mögen die Schutzzollmauern noch höher bauen, um den Inlandmarkt noch mehr als bisher auszusaugen zu können: wir Sozialisten können warten, bis die Reaktion im Volke eintritt und ein Sturm der Entrüstung gegen die Ringe, Kartelle und Syndikate sich richtet wird, die infolge ihres privatkapitalistischen Charakters zu nachhaltigen Schädigungen des deutschen Wirtschaftslebens führen. An uns soll es aber inzwischen nicht fehlen, die Öffentlichkeit aufzuklären über diesen Charakter der Kartelle. Kein besseres Beispiel für diesen Zweck konnte uns geboten werden, wie das jüngst begründete deutsche Zuckerkartell.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. Juni.

#### Der Krieg in China.

Niel Tröstliches liegt auch heute nicht über China vor. Die Ansicht, daß die Erhebung infolge des energischen Vorgehens der Mächte in Taku noch in sich zusammenbrechen werde, hat sich bis jetzt nicht bestätigt. Allem Anschein nach ist die Kraft der Bewegung rasch nicht gebrochen, wenn sie nicht gar im Wachsen begriffen ist. Freilich muß man sich vor Schlüssen aller Art hüten, da die wichtigsten Nachrichten aus chinesischer Quelle stammen und absolut unkontrollierbar sind.

Die Fragen, die man am liebsten beantwortet sehen möchte: wie steht es in Peking und wo befindet sich das Expeditionscorps unter Admiral Seymour, werden wohl noch einige Zeit unbeantwortet bleiben. Nach einer in Tokio vom japanischen Gesandten in Shanghai eingetroffenen Meldung soll Seymour in Peking angekommen sein, allein man darf nicht vergessen, daß man es auch hier nur mit einer Wiedergabe chinesischer Meldungen zu thun hat. Ebenso wenig ist auf das Gerücht zu geben, daß es in Peking zwischen den Boxern und chinesischen Truppen zu Zusammenstößen gekommen sei. Um offizielle Meldungen der chinesischen Regierung handelt es sich jedenfalls nicht, und selbst diesen dürfte nicht unbedingt Vertrauen geschenkt werden. Uebrigens meldet auch ein in Tschifu liegendes englisches Kriegsschiff, daß man seit dem 18. Juni ohne jede Nachricht über die Einsatztruppe unter Admiral Seymour geblieben sei.

Auch die auf die Verungung Di-Hung-Tschang nach Peking gesetzten Hoffnungen dürften betrogen werden. Aus Hongkong ist nämlich in London die Nachricht eingetroffen, daß Di-Hung-Tschang auf Bitten der Konsuln eingewilligt habe, in Kanton zu bleiben. Die Konsuln hätten Di-Hung-Tschang ernste Vorstellungen gemacht, Kanton nicht zu verlassen, da sonst das Ausbrechen eines großen Aufstands zu befürchten sei. Andre Meldungen aus Shanghai behaupten freilich, Di-Hung-Tschang beabsichtige mit dem nächsten Dampfer abzureisen und gebe der Zuversicht Ausdruck, als Vermittler zwischen der chinesischen Regierung und den Mächten eine friedliche Lösung der Krisis herbeiführen zu können. In der englischen Presse tauchen freilich bereits ernste Befürchtungen auf, daß Di-Hung-Tschang der ganz unter russischem Einfluß stehe, in Peking Intrigen gegen die Mächte im Interesse Rußlands anzetteln könne. Man sieht, daß selbst in dem jetzigen Stadium der Krisis die Eifersüchteleien nicht völlig aus dem Spiele bleiben.

Zu der Sorge um Peking hat sich die um Tientsin gestellt. Tientsin ist völlig isoliert. Trotz der Anwesenheit von 2000 Russen in Tientsin hegt man Befürchtungen um die in dieser Stadt befindlichen Christen. Am 18. Juni ist es in Tientsin zu ernsthaften Kämpfen gekommen. Die chinesischen Truppen sollen eine sehr zweifelhafte Stellung einnehmen. Die Mächte werden bemüht sein, baldigst alle verfügbaren Truppen nach Tientsin zu entsenden. Zwischen Taku und Tientsin sollen 7000 Boxer und Reguläre stehen, die alles plündern und niederbrennen.

Die Verlustlisten der Mächte sind noch immer nicht abgeschlossen. Eine Meldung spricht von 100 Verwundeten der Mächte. Der englische Verlust soll 1 Toten und 13 Verwundete betragen. Eine genaue deutsche Verlustliste liegt noch immer nicht vor.

#### Nun aber weiter!

so denkt auch Herr Oberlandesgerichtsrat Rören. Vorigen Sonntag war er auf dem in Essen stattfindenden vierten Delegiertentag der Windthorstbünde Deutschlands anwesend; dort wurde ihm unter stürmischem Beifall der Versammelten vom Generalsekretär Zaven ein Lorbeerkranz überreicht. Herr Rören dankte für die ihm zu teil gewordene Ehrung, die er nicht als persönliche Auszeichnung, sondern als eine dem Centrum für das Zustandekommen der lex Heinze gezollte Anerkennung betrachtete.

Herr Rören kann noch mehr als der Herrgott. Von diesem hatte er behauptet, daß er auf krummen Linien gerade schreiben könne, Herr Rören aber kann aus einer Niederlage einen Sieg machen. Weiter meinte der triumphierende Oberlandesgerichtsrat: Wer einige Zeit im öffentlichen Leben gestanden habe, werde merken, daß die kleinen politischen Parteien allmählich verschwinden und daß in Zukunft nur zwei große Parteien übrig bleiben, von denen die eine der Christlichen, die andre der heidnischen Weltanschauung huldigt. „In dem Kampfe“, so wandte sich Herr Rören an die Windthorst-Bündler, „der sich zwischen diesen beiden Weltanschauungen immer schärfer gestalten wird, werden Sie nur dann in rechter Weise gerüstet sein, wenn Sie schon jetzt gefährt werden. Dazu ist der Windthorst-Bund berufen. Wir werden vielschneit zeitweise vor der modernen Weltanschauung zurückweichen müssen, aber auf die Dauer werden wir siegen. Mögen die Windthorst-Bünde wachsen, blühen und gedeihen, damit sie die katholische Jugend in dem bevorstehenden Kampfe immer mehr begeistern!“

Herr Rören rüstet also zu neuen Siegen. Ihm genügt der bisher errungene „Erfolg“ nicht, der Hauptschlag, durch den er dem deutschen Geistesleben Frieden gebieten will, soll erst erfolgen. Und das Mittel dazu soll sein der Windthorst-Bund, das ist, wie es im Statut heißt: „eine Vereinigung junger katholischer Männer, die bezweckt, die katholische junge Männerwelt 1. in ihrer katholischen Ueberzeugung und deren öffentlichen Betätigung zu stärken; 2. für die Teilnahme am politischen Leben im Sinne des Centrums vorzubilden durch die Einrichtung von Diskussionsabenden und Veranstaltung von belehrenden Vorträgen; 3. der Centrapartei bei Wahlen und sonstigen Anlässen bereite Hilfskräfte zu stellen.“

Die Windthorstbünde, deren es jetzt an 31 Orten giebt, haben es insgesamt auf 4000 Mitglieder gebracht. Das ist nicht viel für ein vierjähriges Bestehen, aber die Einrichtung in sich und die rege Thätigkeit für ihre Ausbreitung beweist doch, wie rüchrig das Centrum und wie hartnäckig es an der Verfolgung seiner Ziele arbeitet. Jedenfalls wäre es verfehlt, wenn diejenigen, denen an der Freiheit von Kunst und Wissenschaft liegt, sich der Hoffnung hingäben, daß mit der glücklich abgeschlagenen lex Heinze den ultramontanen Widersachern für immer die Luft an derartigen Aktivitäten gegen unser Kulturleben ausgezogen sei. Herr Rören rüstet zu neuen Angriffen. Ob eine neue lex Heinze erfolgt, kann keiner wissen, aber die Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen, und da wäre es gut, wenn auf Seiten der Aufgeklärten ebenso eifrig gearbeitet würde, wie auf Seiten der Finstlerlinge. Was hört man vom Goethebund? Will er sich dem Windthorstbund an Eifer und Voraussicht überlassen lassen?

### Deutsches Reich.

#### Die weiße Gefahr.

In der „Ethischen Kultur“ widmet Prof. Förster in einem Aufsatz über China und die westliche Civilisation den weißen Barbaren der herrschenden Klassen die folgenden Bemerkungen:

„Man stelle sich nur einmal vor, daß nach Jahr und Tag hier (in China) ein wirklich er ernsthafter Konflikt ausbräche zwischen den 500 Millionen des Niesenreichs und all den Nationen, die sich durch Besitzergreifung von Häfen dort engagiert haben. Das würde nicht durch einen einzigen blutigen Salag entschieden werden — es gäbe ein langsames quälendes Werden, das immer weitere Kreise der mongolischen Volksmassen zur Schlachthaus rufe, während jeder Mißerfolg der Eindringenden wieder mit Strömen von Blut und neuem Truppennachschub gesüht würde. Die Verlegenheit der Amerikaner auf den Philippinen mag eine leise Ahnung von dem Bevorstehenden geben. Man male sich nur aus, wie hierbei alles, was an alter Kulturordnung und an neuen Erzeugnissen in China lebt, rettungslos zerstört werden würde, und wie gleichzeitig dies verzweifelte stiere Hinfälakten von Tausenden die angreifenden Nationen bis ins Innerste demoralisieren müßte; wie die Zeit für das lösende Wort verpakt und Haß und Rache auf beiden Seiten so entfeuert wären, daß die Völker des Ostens und des Westens einander wie blinde Tiere zerfleischen würden — eine zweite Schlacht auf den katastrophalen Gefilden — eine erbebende Wiederholung nach mehr als tausend Jahren christlicher Kultur-entwicklung!“

„Das alles ist kein phantastischer Traum. Vielmehr liegen die Verhältnisse so, daß ein solcher Ausgang der sogenannten Aufteilung Chinas abzuolten kommen muß, wenn nicht eine fundamentale Umkehr der europäischen Methoden in dieser Frage stattfindet. In der Erinnerung an den leichten Sieg Japans über China denkt man nicht daran, daß wir hier vor den ersten Anzeichen einer elementaren Volksbewegung stehen, die einmal alle schlafenden Naturkräfte des gewaltigen Reichs lösen könnte.“

„Alle Schuld rächt sich auf Erden. Unsere geheime Angst vor einem Losbrechen der gelben Gefahr ist im tiefsten Grunde nicht die Angst vor der gelben, sondern vor der weißen Barbarei, deren sich die civilisierten Nationen gegenüber China schuldig gemacht und die vergessend in die chinesische Volkssee eingebracht ist, um sich eines Tags elementar auf uns selbst zurückzuwenden. Oder meint man etwa im Ernst, daß die Besitzergreifung der verschiedenen Häfen und Kohlenplage nicht tausendmal lauter und gewinnender im ganzen gelben Land das Evangelium der rücksichtslosen Gewalt predigt, als alle christlichen Missionäre zusammen das Hohelied von der Liebe verständigen können? Und nachdem man auf solche Weise den chinesischen Massen vorgemacht hat, wie man in dieser Welt vorwärts kommt — da findet man roten über roten nach Peking und an die diplomatischen Vertreter Chinas, was denn das heißen solle und wo die Autorität

und Heiligkeit der Regierung bleibe — mit der man doch selber so nonchalant und demütig umgegangen ist! All dies beschämende Treiben wäre nicht so zum Verzweifeln, wenn es nicht so viele denkende und wohlgefimte Leute gäbe, die solchen Regierungen immer noch mehr Nachmittel in die Hände geben, damit sie nur ja nicht gezwungen sind, ihre berechtigten Interessen in anderer Weise und nachhaltiger zu sichern, als durch Kanonendonner, Schlaghähnen und Strafexpeditionen. Das heißt die schwächliche Entwaffnung unserer Regierungen von allem, was die eigentliche Ueberlegenheit unserer Kultur ausmacht, und es heißt die wachsende Bewaffnung der halbcivilisierten Massen mit allem, worin sie uns auf die Dauer doch über sind.

Schon im letzten Herbst hat der chinesische Gesandte Wu-Ting-fang auf dem Kongress der amerikanischen Akademie für politische Wissenschaft in Philadelphia in einer geistvollen und ergreifenden Rede die besten Männer und Frauen der europäischen und amerikanischen Kultur beschworen, nicht länger zuzulassen, daß man in der Behandlung des chinesischen Reiches einfach das Recht des Stärkeren proklamieren. Confucius habe schon vor 25 Jahrhunderten gesagt, daß Reichtum, der durch unanständige Mittel erworben sei, auch unaußer verwendet werde. „Was ist Civilisation?“ — so fragte er — „bedeutet sie nur den Besitz größerer Gewalt und größerer Vorräte an offensiven und defensiven Waffen? Ich dachte, Civilisation meinte die steigende Achtung vor dem Rechte des Nächsten. Civilisation gefahrte nicht die Besitzergreifung fremden Eigentums ohne Zustimmung des Besitzers. Es würde ein trauriges Schauspiel sein, wenn das Ende des 19. Jahrhunderts solches Durchbrechen fundamentaler Lebensgesetze der Menschheit mitanzusehen sollte. Dann möchte ich lieber nicht civilisiert heißen.“

Der Gesandte kam dann auf die Ermordung fremder Missionare zu sprechen und berührte die schwierige Lage der chinesischen Regierung. Obwohl die amerikanische Regierung fähig sein würde, die Lynchjustiz erregter Volksmassen zu verhindern, wenn jetzt buddhistische Missionare nach San Francisco kämen, Kirchen und Schulen gefährdet und das Christentum als veraltet und unzureichend angegriffen? Es sei nicht richtig, daß China dem Fortschritt feindlich sei — aber bei einer so ungeheuren Volksmasse müsse sich naturgemäß das Herausgehen aus alten Gebräuchen und die Annahme neuer Lebensgewohnheiten viel schwieriger vollziehen als in kleinen Kulturkreisen. Aber Friede brauche man dazu und Schutz vor Vergewaltigung. „Oder sollen wir alle wieder ins Mittelalter zurückkehren?“ Ich kann nicht daran glauben, daß die Welt zurückkehrt. Ich glaube daran, daß in jedem Lande Männer und Frauen von vornehmer Gesinnung sind, deren Grundsatz vor allem die Ehrfurcht vor dem Recht des Schwachen ist und die protestieren werden gegen alle von Unterdrückung und Tyrannie seitens ihrer Regierungen.“

Nun, es ist wohl an der Zeit, die Worte dieses Auftrags eines chinesischen Staatsmanns wieder ins Gedächtnis zu rufen und sie zu verbreiten. Eine unbezwingliche Trauer überfällt uns, wenn wir daran denken, wie viele weiterblühende und ernsthaftige Männer in der gelben Rasse hinausblinden mögen über die Strandkanonen und Missionen, die ihnen ins Land geschoben werden und ihrem Volke den Geschmack an der weißen Kultur nehmen — hinausblinden nach Hilfe aus der Mitte des Westens, was die westliche Civilisation hervorgebracht, um sich damit zu verbünden gegen alle niedertretende Brutalität in dieser Welt.

Während bei den arbeitenden Klassen an die Stelle der alten Lebensideale neue Werte und Hoffnungen getreten sind, die sie in ständiger Bewegung in den Kulturkonflikten der Gegenwart auf die Seite des Rechtsgefühl und der menschlichen Solidarität treiben, sehen wir augenblicklich die oberen Klassen einschließlich der Kirche in einer Phase völligen Irrewerdens an allen Gedanken und Gefühlen, die den Menschen über die unmittelbaren und greifbaren sozialen Zusammenhänge hinaus zur Selbstbeschränkung verpflichten.

Vor 60 Jahren sagte einmal ein englischer Reisender: „In den Staatswissenschaften scheint das Kapitel zu fehlen, das die Grundzüge enthalten sollte, von denen civilisierte Völker in ihrem Verkehr mit weniger oder gar nicht civilisierten sich am vorteilhaftesten leiten lassen sollten.“ Das alles gilt ganz besonders für den höchst schwierigen Verkehr mit Völkern, die eine alte Kultur hinter sich haben, wie es die Chinesen sind. Aber freilich, mit der bloßen Einrichtung von Lehrstühlen für Ethnologie und Sociologie ist es hier nicht getan. Wir haben ja in Deutschland nur zu deutliche Beweise von den Verirrungen einer bewußt und unbewußt im Interesse der Macht und des nationalen Wohlgefühls gefährlichen Wissenschaft. Unser Staatssekretär des Auswärtigen hat... das Wort gesprochen: „Wir Deutsche wollen nicht wieder die Anechte der Menschheit werden.“ Nun — Anechte nennt man doch die, welche die grobe Arbeit thun müssen. Und wenn wir Deutsche fortfahren, auf Kosten unserer geistigen und moralischen Kultur vor allem die robuste Energie und die dreinschneidende Schneidigkeit zu kultivieren, so wird uns dereinst in der Gesamtkultur der Erde sicher einmal der Löwenanteil an aller groben Arbeit zufallen und wir werden im eigentlichen Sinne die Holzanechte der Menschheit werden — während Herren unabweislich diejenigen Nationen werden müssen, welche rechtzeitig die Hände von der Blutarbeit zurückziehen und all ihre Energie auf die Pflege ihrer geistigen und ethischen Qualitäten konzentrieren.“

Diese einsame Stimme des Warners wird nutzlos in den herrschenden Klassen verhallen, wenn sie nicht mit leidenschaftlicher Verachtung verachtet wird. Die Rettung aber vor der wachsenden weißen Gefahr ist von keiner Einkehr der kapitalistisch und militaristisch verfeinerten Bourgeoisie zu erwarten, sondern allein von dem Siege des proletarischen Kulturidealismus.

Die neueste Kaiserrede über die Christusstatue Prof. Eberleins — übrigens eines hervorragenden Gortehändlers — wird vom „Reichsanzeiger“ nicht wiedergegeben. Da sie aber vom Wöllfischen Bureau verbreitet worden ist, kann ihr Wortlaut als authentisch festgestellt werden.

Herr v. Bülow, der Salonredner der Weltpolitik, hat sich nach Kiel begeben, vermutlich, um von dort aus die „weltpolitischen“ Aktionen zu leiten und den Freiwilligen, die etwa die Absicht haben, Ostien, nach China zu gehen, zum Abschied eine geist- und schwingvolle Rede zu halten.

Der neue Großherzog von Oldenburg, der durch die interessante Antwort auf die Kaiserliche Begrüßungsanfrage bekannt geworden ist, hat bei seinem Regierungsantritt an die Beamten eine Ansprache gehalten, die — angesichts der heutigen Entwicklung reichsdeutscher Fürstentums — ein wenig unmodern klingt. Er meinte u. a.:

„Ich liebe ein offenes Wort und bitte Sie, mit mir zu sprechen, wie Sie denken, selbst wenn es mir unangenehm ist; ob ich dann immer so handeln werde, ist allerdings etwas anderes; ich kann nicht eines jeden Wunsch befriedigen, aber ich möchte doch alle hören. Ich werde nun in der nächsten Zeit auch viel im Lande herumkommen. Ich werde mich sehr freuen, wenn die Leute zu mir kommen; ich bin ein Freund von einem Kranz oder einer Blume, ich wünsche aber nicht besondere Empfänge und Festlichkeiten, denn erstens scheidet sich das nicht im Trancereise, und dann wünsche ich auch nicht, daß dafür Ausgaben gemacht werden; wenn ich aber zum Beispiel Blumen erhalte, dann freue ich mich... Ich kann keine lange Rede halten, und was ich hier sage, ist auch keine Rede, sondern nur eine Gefühlsäußerung.“

Jedenfalls werden die Oldenburger ihre Fürstenliebe nicht so teuer zu bezahlen brauchen wie die Patrioten in anderen Landesteilen, wo keine Empfänge unter 10 000 Mark hergestellt werden können.

Schweiburgs Freund und Mitstreitermann, Herr Heinrich Rippler von der „Täglichen Rundschau“ will uns jetzt bestrafen, weil wir uns mit seiner glorreichen Reinigungsaktion gegenüber dem Flottenverein ein wenig befaßt haben. Der Mann geht gründlich vor:

„Man könnte darüber hinweggehen, wenn sich nicht leider auch ein deutschgeschriebenes Blatt, der internationale, das heißt antideutsche „Vorwärts“ gefunden hätte, der diese Lügen weiterverbreitet und sich den Feinden Deutschlands als Kronzeugen anbietet. Wenn gegen einen solchen an Hochverrat grenzenden Unfug mit staatlichen Mitteln vorgegangen würde, so würde man das im Volke jedenfalls besser verstehen, als irgend eine Verleumdung wegen der gekränkten Ehre eines Schutzmanns; denn der „Vorwärts“ ladet mit seinen bewährten Unwahrheiten auf Deutschland den Haß des Auslandes und schädigt die Interessen des freibolsche und in niederträchtiger Gesinnung, wie sie kein Socialdemokrat eines andern Landes gegen seinen Staat fertig brächte.“

Und weiter heißt es: „Wir legen zu einem Teil der auswärtigen Presse das Vertrauen, daß sie die Verbreitung von Lügen gegen Deutschland einstellt, sobald ihr das Unberechtigte ihrer Angriffe nachgewiesen wird; zu dem ganz demagogisch redigierten „Vorwärts“ können wir dieses Vertrauen nicht haben und deswegen sollte ihm sein gemeingefährlicher Unfug von Staatswegen gelegt werden.“

Wenn uns daran läge, von dem aufgeregten Herrn geschätzt zu werden, so würde es uns ein Leichtes sein, ihn zu einer gründlichen Ehrenklärung für den „Vorwärts“ zu veranlassen. Den Schweiburg hat er noch größer und bläher beschimpft, und ihn dann doch für einen Ehrenmann erklärt. Aber wir möchten um keinen Preis auf der Bank der Patrioten neben dem Schweiburg und Rippler sitzen. Aber worin liegt unser Hochverrat? Weil wir — nach einem Zeugnis eines Kenner's chinesischer Verhältnisse darauf — hingewiesen, daß die Vögelbewegung aus der Zeit datiere, da das Wort von der gepanzerten Faust in China bekannt geworden. Die Aussprache einer so offenkundigen Wahrheit muß allerdings einem freiwilligen Offiziosus als ein todeswürdiges Verbrechen erscheinen, der in dem Vertuschen der Wahrheit die erste Patriotenpflicht sieht. Indessen die Thatsache wird selbst dieser Mitpatriot Schweiburgs nicht hinwegzuweisen vermögen, daß es das Deutsche Reich war, das zuerst in China eingebrochen.

Die märchenhafte Raibetät des Herausgebers der „Täglichen Rundschau“ aber geht daraus hervor, daß er allen Ernstes verfidert, nur die deutsche Socialdemokratie stehe auf der sittlichen Höhe, auch die Verfehlungen des Vaterlands offen zu besprechen. Ach nein, das ist die Eigentümlichkeit aller anständigen Menschen. In England, dem perfiden England, haben es nicht nur die Socialdemokraten, sondern auch liberale Männer gewagt — mitten im Kriege zudem — die schandhaften Chamberlains ans Licht zu ziehen. Die Fehler der vaterländischen Unrechts ist immer nur eine Eigenschaft verwehrtester Chauvinisten oder gedungener Federbravi.

Zur Leutenot. Der in Inowrazlaw erscheinende „Kujawische Wote“ enthält in einer Nummer (14) folgende Nachrichten: Zutroschin, 11. Juni. Drei auf dem Dominium Guborowo und fünf auf dem Dominium Kutichina beschäftigte Arbeiter sind von ihren Arbeitsstellen entwichen und werden flehentlich verfolgt.

Janowitz, 12. Juni. Verschiedene Güter der Umgegend haben in diesem Jahr ungrüßliche Arbeiter und Arbeiterinnen eingestellt, sind jedoch mit ihnen nichts weniger als zufrieden, weil sie viel phlegmatischer und weit teurer sind, als die heimischen Arbeiter. Die Galizier sind in dieser Beziehung besser. Diese haben allerdings den Fehler, daß sie leicht kontraktbrüchig werden, was bei den Ungarn nicht der Fall ist.

Culm, 16. Juni. In Battewo streikten vorgestern die russischen Arbeiter und liefen davon. Die Gutsverwaltung war machtlos, da die Arbeiter eine drohende Haltung annahmen. Es wurde nach Thorn und Graudenz telegraphiert, um die Ausreißer festzuhalten. — Zu einem Arawall kam es an demselben Tage abends in Kamlacken. Die polnischen Arbeiter griffen die Beamten des Guts an. Herr Kütergutbesitzer Schleich mußte in der Nacht aus Culm einen Arzt holen, da auch Verletzungen nicht unbedeutender Art vorgekommen sind.

Die „Kette“ haben eben für ostelbisches Wohlleben kein Verständnis. Da die Deutschen nach China gehen müssen, können nur Polen, Russen und jetzt auch Ungarn Ertrag bieten. Leider erweisen sich die Ungarn als weit teurer. Vielleicht wird die gute Gelegenheit benutzt und man bringt einige Kahnladungen erbeuteter Kulis nach Ostelbien zur Verköstigung der agrarischen Flottenfeinde.

Verstümmelungen. Ueber den Fall Strubell schreibt mit herber Kritik die „Deutsche medizinische Wochenschrift“, die Prof. Eulenburg und Dr. Schwalbe leiten, folgendes: „Einzelheiten der Strubell'schen Arbeit lassen es teilweise unbegreiflich erscheinen, daß derartige Untersuchungen“ von einem klinischen Assistenten unter Kontrolle der verantwortlichen Leitung der Klinik angestellt und von einer wissenschaftlichen Zeitschrift unbeanstandet veröffentlicht werden konnten. Wenn eine Entschuldigung für derartige Barbareien überhaupt möglich wäre, so könnte man als solche anführen, daß der betreffende Versuch im Jahre 1897, also zu einer Zeit, wo das Gewissen der Experimentatoren durch die wiederholten öffentlichen und literarischen Verhandlungen noch nicht geweckt war, vorgenommen worden ist.“

Mehr Religion fordert ein Einsender des „Reichsboten“: Die Verbesserungen, die erstrebt werden müssen, sind 1. mehr Religionsstunden in der Schule, 2. positiv-theologische und namentlich apologetisch mehr vorgebildete Lehrer, die Liebe zur Sache haben, 3. stehender Religionsunterricht und vollständige Apologetik in der Fortbildungsschule in positivem Sinne. Das zu 2 und 3 Gefordert auch deshalb, damit die Kinder auch von der Haltungslosigkeit der modernen Anschauungen, die von allen Seiten an sie herantraten, abgerückt werden.

Der Einsender treibt in seiner Art Schulreform — er will Rückbildungsschulen schaffen.

Eisenbahner-Glück.

Die Frankfurter „Vollstimme“ entwirft folgendes Bild von den Zuständen auf dem dortigen Güterbahnhof. Auf dem Bureau der Verladungsabteilung sind etwa 30 Leute als Kartierer u. s. w. beschäftigt. Die Bezahlung beginnt mit 2.50 M. pro Tag und steigt in gewissen längeren Abschnitten um 10 Pf. (1/2); viele der Leute haben noch jezt 8 M. und wenig mehr täglichen „Verdienst“. Davon können sie natürlich kaum in dem teuren Frankfurt wohnen. Sie haben sich deshalb mehrfach in umliegenden Ortschaften eingemietet und müssen täglich Stunden Wege machen, um zur Arbeit zu kommen, teilweise schon früh 5 oder 6 Uhr aufstehen. Und nun betrachte man die Arbeitszeit dieser Armen! Romineß beträgt sie im Winter acht, im Sommer neun Stunden, die entweder von früh bis mittag oder von nachmittag bis nachts liegen. Jetzt müssen nun diese Leute vielfach von nachmittags 4 Uhr bis 1 Uhr nachts nicht nur, sondern bis 2 und fast 3 Uhr nachts ohne nennenswerte Eh- oder Erholungspause und ohne jede Bezahlung der Nacht- oder Ueberstunden durcharbeiten, ebenso die „Frühlicht“ vielfach statt nur bis 1 Uhr, bis 2 und 3 Uhr nachmittags. Dieser aufreibende Nachtdienst für jene ganz unzureichende Bezahlung bei verantwortungsvollem Dienst — derselbe betrifft die Leitung der Güter auf dem besten Verkehrswege und die Berechnung der Kosten dieses Weges — dauert jedesmal 14 Tage nacheinander, der Tagesdienst nur 7 Tage, so daß im Jahre doppelt so viel Nachtdienst als Tagesdienst zu leisten ist. Die Wirkung solcher Ausnutzung ist fürchtbar: es werden Leute stellenweise mitten in der Arbeit krank, weil sie es nicht mehr zwingen können. Einige Stichproben mit Einzelheiten mögen den unglaublichen Zustand noch näher beleuchten. Am 17. März d. J.

mußten nach amtlicher Bekundung des Stationsassistenten wegen Uebermüdung des gesamten Personals 80 Frachtbriefe liegen bleiben. Seit 14 Tagen ist jede Nacht mit Ueberstunden gearbeitet worden und daher Verstärkung des Personals unbedingt notwendig. Am 20. März wird „wiederholt um Verstärkung des Personals“ gebeten, da es „beim besten Willen nicht möglich“ sei, „zehn Stunden nachts zu arbeiten, ohne dauernd an der Gesundheit Schaden zu leiden“. Ende März und Anfang Mai gehen nachts 12, 1 und 2 Uhr vier Leute von der Arbeit weg, weil sie unwohl werden und nicht fortarbeiten können. Trotzdem dauert der beispiellose Zustand unverändert fort! Beschwerden bei dem Vorsteher Feldmann und dem Verkehrsinspektor Klemm, den zuständigen Stellen, haben keinen Erfolg. Im Gegenteil, es wird bei Verfehlen, die unter solchen Umständen beinahe unabweislich sind, mit Geldstrafen und selbst mit Entlassung (bei Stationsgehilfen) vorgegangen.

Man begrifft angesichts dieser Schilderung, daß Herr v. Thielen das Petitionsrecht „seiner“ Angestellten zu unterdrücken sucht. Die Oeffentlichkeit soll nicht erfahren, wie es den in seinem Reich freudenden geht. Man begrifft aber gleichfalls, warum die Wahrung unter den preussischen Eisenbahnen unablässig wächst — trotz der offiziellen Beteuerungen von dem guten Verhältnis zwischen den Angestellten und der Leitung. Das System Thielen ist der aufreizendste Agitator.

### Sehr freie Liebe.

In München bildet, so berichtet man uns von dort, noch immer der Kuppelprozeß, aus dem die Dame Julia Strauß so unbesiegt hervorgegangen, den Gegenstand eifriger Unterhaltung. Besonders erörtert man, warum denn durchaus das dort in solchen Fällen ganz unübliche Geheimverfahren von dem Gericht beliebt wurde.

Mag man nun über die Motive des Ausschusses der Oeffentlichkeit denken wie man will, Thatsache ist jedenfalls, daß eine Reihe sehr vornehmer Persönlichkeiten dadurch einer nicht unbedeutenden Gefahr entgangen sind. Zwei der geladenen Zeugen, ein Baron und ein Kommerzienrat, sollen nämlich die Absicht gehabt haben, für den Fall einer öffentlichen Verhandlung auch die Namen der hohen Personen bekannt zu geben, die zwar Gäste in dem freien Liebesheim der Madame Strauß waren, die aber trotzdem nicht als Zeugen geladen waren.

Zu diesen nicht geladenen Zeugen gehörten u. a. — wir geben nur Titel und Beruf, aber nicht Namen und Ortszuständigkeit an, weil es nur darauf ankommt, zu zeigen, in welchen Gesellschaftskreisen die freie Liebe kultiviert wird —

- ein Minister,
- ein Freiherr und Gesandter,
- ein Bürgermeister,
- ein Herzog

und neben diesen erlauchten Herrschaften auch ein schlichter Rechtsanwält.

Alle diese Hüter und Stützen der bürgerlichen Sittlichkeit entgingen der öffentlichen Kennzeichnung, zu der zwei geladene Zeugen in ihrem Horn entschlossen waren. Nicht minderes Glück hatte ein General, der, als Zeuge geladen, kurz vor der Verhandlung militärischen Urlaub erhielt.

Das Glück, das die Herren in der künstlichen freien Liebe hatten, erstreckte sich auch auf das Spiel — mit der Oeffentlichkeit. Indessen ist noch nicht aller Tage Abend, und wenn es wieder einmal zu einer lex Heinze oder einer ähnlichen Zugenbeuche kommen sollte, so wird man vielleicht doch Namen und Art der Glücklichsten erfahren.

### Ausland.

#### Ein schweizerisch-deutscher Konflikt.

Bern, 18. Juni. (Fig. Ver.) Das Vorgehen der preussischen und nun der deutschen Behörden gegen die in Deutschland wohnhaften dienstpflichtigen Schweizer Bürger hat in der Schweiz ein Gefühl des Unbehagens erzeugt, das Gefühl, daß hier ein Unrecht des Großen und Starren gegen den Kleinen vorliegt, eine bedenkliche Vertragsverletzung, der man aber geradezu wehrlos gegenübersteht. Daß eine Vertragsverletzung vorliegt, ist klar, wenn man den Artikel 5 des deutsch-schweizerischen Niederlassungs-Vertrags von 1860 ansieht. Derselbe lautet: „Die Angehörigen des einen der beiden Länder, welche in dem andern wohnhaft sind, bleiben den Gesetzen ihres Vaterlands über die Militärpflicht oder die an deren Stelle tretende Ersatzleistung unterworfen und können deshalb in dem Lande, in welchem sie sich aufhalten, weder zu persönlichem Militärdienst, noch zu einer Ersatzleistung angehalten werden.“ Daraus ergiebt sich klipp und klar, daß die persönlichen Militärverhältnisse der in Deutschland lebenden Schweizer die deutschen Behörden gar nichts angehen, daß sie sich also auch nicht drittzumischen haben, ebensowenig im umgekehrten Fall die schweizerischen Behörden. Man fragt sich nach den eigentlichen Beweggründen zu dem Vorgehen der deutschen Behörden und findet sie u. a. auch darin, daß dadurch die Schweiz veranlaßt werden sollte, die deutschen Militärpflichtlinge und Defecture auszuweisen, also gewissermaßen eine willkommene Repressalie zu thun, was aber nun nicht geschehen ist und auch nicht geschehen wird. Diese Annahme hat viel für sich, besonders wenn man berücksichtigt, daß ein gleiches Vorgehen gegen die in Deutschland wohnhaften Oesterreicher, für die bekanntlich ebenfalls die Militärpflicht-Ersatzsteuer besteht, nicht bekannt geworden ist.

Zu sehr zutreffender Weise hat im Nationalrat unser Genosse Wullschläger-Basel die Sache behandelt. Er bezichnete mit vollem Recht die Einmischung Preussens in die militärischen Angelegenheiten der Schweiz als eine Annahme, und er führte sodann weiter aus, wenn Preußen finde, es würde demokratisierend, wenn junge Ausländer innerhalb seiner Grenzen wohnen, so könnte ihm ja auch eines jähigen Tags einfallen, es würde demokratisierend, wenn an den Grenzen des Deutschen Reichs ein republikanisches Staatswesen existiere, weshalb dann die Schweiz ihre Institutionen ändern müßte. Darum, principis obsta (wehrt den Anfängen)! Man könnte versucht sein, zum Vergleich das Vorgehen Englands gegen die Transvaal-Republik heranzuziehen. Jedenfalls haben auch alle freisinnig denkenden Kreise Deutschlands, vorab die socialdemokratische Arbeiterpartei, Grund, sich mit diesen Vorgängen zu beschäftigen, die offenbar zu der nun beliebten deutschen Allervoltpolitik gehören.

#### Niedermehlung streikender Regearbeiter.

Paris, 20. Juni. (Fig. Ver.) Die Abschlichtung der streikenden Regearbeiter auf der Insel Martinique ist gestern auch im Senat zu Sprache gekommen. Der Vertreter von Martinique, Senator Anhalt, führte auf Grund einer persönlichen Enquete noch einmal den Nachweis, daß der Lieutenant Kaban im Auftrag der Rohrzucker-Fabrikanten ohne jede Provokation seitens der Arbeiter das Glutbad angezündet hat. Erfreulicherweise stach die Haltung der Regierung diesmal vortrefflich ab gegen ihr Verhalten in der neuartigen Kammerdebatte über die Wegelei in Chalons-sur-Saone. Kolonialminister Decrais war in der Lage, in seiner Antwort anzuschließen, daß der Offizier Kaban in den Ruhestand auf dem Wege der Amtsentziehung versetzt wurde, also mit der höchsten dem Minister zustehenden Disziplinarstrafe getroffen wurde. Der Minister führte zu Lasten des Offiziers folgende Thatsachen an: Die Soldaten wurden in der Privatwohnung des Fabrikdirektors untergebracht; Kaban ließ seine Soldaten feuern, ohne die gesetzlichen Verwarnungen seitens des Bürgermeisters abgewartet zu haben, doch soll er keinen direkten Befehl zum Feuern gegeben haben; schließlich verfolgte er in Person — eine Stunde nach der Wegelei — die Arbeiter mit dem Revolver in der Hand.

Dieses Benehmen des Offiziers, meinte der Minister, wäre kein hinreichender Grund zu dessen Verweisung vor ein Kriegsgericht. Viel zutreffender ist es jedenfalls zu sagen, daß eine kriegsgerichtliche Verfolgung nutzlos wäre, denn die Sabelträger würden den Mörder sicher freisprechen.

Andererseits werden die nach der Megelei demontierten Arbeiter auf Antrag der Regierung vom Präsidenten begnadigt werden.

Um aber selbst diese minimale Genehmigung dem empörten Gewissen verschaffen zu können, mußte die Regierung über den Kopf der lokalen Gerichte und Verwaltungsbehörden hinweg handeln, so die Enquete des von ihr selber nach Martinique entsandten Inspektors Picauon annullieren! Dieser Vertrauensmann des Kolonialministers hatte sich als ein blindes Werkzeug der Regierhinder und Regermörder benommen. Darauf ordnete die Regierung eine gerichtliche Untersuchung an, die aber ebenfalls mit der Reinstellung der Unternehmer und des Offiziers endete. Schließlich verlangte sie eine „Vervollständigung“ der Untersuchung — jetzt erst verstanden die behördlichen Diener des Unternehmerrings, was die ihr geschlagen hat, und sie trugen der Wahrheit einigermassen Rechnung.

Und Chalou-sur-Sadne? Auch hier wird die Regierung, falls sie ihre Pflicht thun will, die Gerichte befehlen, auf deren Untersuchung sie alles gestellt hat, recht energisch zur Unparteilichkeit mahnen müssen. Hoffentlich dient ihr die Erfahrung von Martinique als Lehre.

### Frankreich.

**Eine Rechtfertigung Picquarts.** Das Pariser Justizpolizeigericht verurteilte den Redacteur des „Echo de Paris“, Gemeinderat Lepelletier, wegen Verleumdung Picquarts zu 2000 Fr. Geldbuße und 100 000 Fr. Schadenersatz. Auf Waldeck-Rousseaus Senatrede und deren feierlichen Hinweis auf die „Gerechtigkeit der Weltgeschichte“ anspielend, sagte Labori als Vertreter Picquarts vor Gericht: „Die Hoffnung auf die Gerechtigkeit der Geschichte genügt Picquart nicht. Niemand hat das Recht, und mit dieser Gerechtigkeit abzuschweifen. Gewiß, sie bleibt unsre Zuversicht und sie wird nicht nur die Einzelnen, sondern auch die Regierungen richten, aber die regelmäßigen Gewalt, die Gerichte eines freien Landes schütten den Bürgern eine andre Gerechtigkeit, als die der Geschichte. Diese fordere ich von Ihnen und hoffe, daß in Frankreich die Rechtspflege noch nicht dankbarlich geworden ist. Thun Sie zunächst Ihre Schuldigkeit, dann lassen Sie die Geschichte walten. Ich werde niemals zugeben, daß man mit großartigen Redensarten von geschichtlicher Gerechtigkeit einen Bruch der unmittelbaren gesetzmäßigen Gerechtigkeit beschönige.“

### Italien.

**Das Ministerium Saracco scheint zu stande zu kommen.** Die meisten Ministerposten sind schon besetzt — allerdings erst provisorisch; und wir wollen deshalb mit der Kamenslichte zurückhalten, bis das Ministerium endgültig geformt ist. Bemerkenswert ist, daß Saracco bei der Auswahl seiner Kollegen nicht über den Kreis der Regierungspartei hinausgegangen ist.

Einer Meldung aus Rom zufolge will er die Geschäftsordnungsfrage bis zum Herbst vertagen und sich für den Rest der Sommerferien mit der alten Geschäftsordnung durchzuhelfen suchen. Auf eine solche Hinausschiebung der Streitfrage werden sich unsere Genossen keinesfalls einlassen. Sie werden bedingungslos die Zurückziehung der „reformierten“ Geschäftsordnung fordern, und wenn dies verweigert wird, den Kampf sofort wieder aufnehmen.

### Spanien.

**Die Unruhen in Spanien** haben bereits einen beträchtlichen Grad erreicht, wenigstens liegt aus Madrid vom 21. Juni folgende Meldung vor:

Im „Amstblatt“ wird heute die Aufhebung der verfassungsmäßigen Garantien für die Provinz Madrid bekannt gemacht. Das Amstblatt begleitet die Bekanntmachung mit einer „Begründung“, in welcher es heißt: „Die Regierung habe mit allen Mitteln versucht, die Anwendung der äußersten Maßnahmen zu vermeiden, aber in demselben Maße, in dem die Besonnenheit der Regierung zunahm, habe auch die Dreistigkeit gewisser Elemente zugenommen, die die Achtung, welche die Regierung vor den konstitutionellen Freiheiten hat, als einen Beweis der Schwäche auslegten. Die Begründung schließt, indem sie betont, die Regierung werde angesichts der gegenwärtigen sozialen Disziplinlosigkeit nicht zögern, die Pflichten zu erfüllen, welche ihr die außerordentlichen Verhältnisse auferlegen.“

Der Präfect ordnete die Schließung der kaufmännischen Vereinigung an. Die Ursache der Unruhen liegt bekanntlich an der unsinnigen Steuerpolitik der Regierung.

### Rußland.

**Graf Murawiew**, der russische Minister des Aeußern, ist am Donnerstag früh plötzlich gestorben. Graf Murawiew, der seit Januar 1897 als Nachfolger Kobonovs die auswärtige Politik des Reichs leitete, war am 19. April 1845 als Enkel des „Diktators von Warschau“ geboren. Einen Teil seiner Universitätsstudien machte er in Heidelberg. Seit 1864 in diplomatischen Dienst, vor ihm nach Berlin, Karlsruhe, Paris, Stockholm und dem Haag führte, wurde er 1893 Gesandter in Kopenhagen, 1897 Minister des Aeußern. Graf Murawiew hat die auswärtige Politik seines Landes mit der den russischen Staatsmännern so oft eigenen Geschicklichkeit und Schlaueit geführt. Er hat es verstanden, zu gleicher Zeit das zarische Friedensmanifest zu unterzeichnen und die russische Eroberungspolitik in Asien mächtig zu fördern.

**Eine bemerkenswerte Auslassung** über Rußlands Verhältnis zu England bildet ein in der „Kowoje Wremja“ veröffentlichter Artikel, der den Hofmeister der Großfürstin Alexandra Romhowna und Intimus der Hofe General Kinejew zum Verfasser hat.

General Kinejew polemisiert gegen den auch in Rußland grassierenden Flottenkolle. Rußland brauche Englands Seemacht nicht zu fürchten, es brauche keine Flottenvermehrung. Für Rußland gäbe es in absehbarer Zeiten nur zwei Kriegsmöglichkeiten; die eines Kriegs mit Deutschland um die Ostreichische Erbschaft und die eines Kriegs mit England. Im ersten Fall werde die Flotte keinerlei Rolle spielen, und auch im zweiten Fall müsse Rußland nicht auf seine Flotte, die auch, wenn Rußland sich ruinieren wolle, nie mit der englischen konkurrieren könnte, sondern auf sein Landheer bauen. England zu besiegen, gäbe es ein sicheres und billigeres Mittel als eine Flottenflotte. „Der Walfisch befindet sich jenseits des Pami auf dem Lande und es ist schon möglich, daß er in nicht ferner Zukunft mit den Hänen des Elefanten Bekanntschaft machen muß und ein ganz andres Tier wird.“

Würden wir nur den vierten Teil dessen, was wir auf die Verstärkung unserer Flotte und unserer militärischen Stellung in China ausgeben, auf eine bedachte und systematische Vorbereitung des Feldzugs jenseits des Himalaja, auf die Errichtung strategischer Operationspunkte, Straßen und Eisenbahnen usw. verwenden, so würde England gegenwärtig auch mit uns anders reden. Sind wir nicht stärker als die Vereinigten Staaten, ist Indien nicht viel wertvoller als Kanada?

Der Artikel enthält zwar durchaus nichts Neues, aber er enthält doch mit der brutalen Offenherzigkeit, die die Aera des Imperialismus überhaupt auszeichnet, die Absichten einflussreicher russischer Kreise. Ob der Kampf um die Suprematie in Asien bereits jetzt infolge des chinesischen Kriegs zum Austrag kommen wird, muß abgewartet werden.

Wenigstens ist, daß der russische General es für unmöglich hält, neben den starken Rüstungen zu Lande auch noch den Marinewettlauf mit dem so sehr in Vorsehung befindlichen feindlichen England aufzunehmen. Unse deutsche Weltpolitiker denken nicht so bescheiden.

### Afrika.

**Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz** liegt heute die Meldung vor, daß tatsächlich eine kurze Waffenruhe zwischen Roberts und Botha eingetreten ist. Es wird dem „Daily Telegraph“ vom Pretoria vom 17. d. M. telegraphiert:

Gegenwärtig ist ein nicht formeller fünfjähriger Waffenstillstand mit den Truppen General Bothas in Wirksamkeit; doch wird Marshall Roberts nach Ablauf dieser Woche ein kräftiges Vorgehen erfolgen lassen.

Von Buller liegt folgendes Telegramm vor: London, 21. Juni. Die das „Reuter'sche Bureau“ vom 20. Juni aus Handspring meldet, hat General Buller sein Hauptquartier zwei Meilen hinter Handspring, einer Station im Norden von Bull'srust, aufgeschlagen und sein Lager an der westlichen Seite der Eisenbahn errichtet. 187 Boeren aus diesem District haben sich gestern ergeben.

**Vom Afrikaenderbund.** In einer früheren Nummer erwähnten wir des Protestes, den der Afrikaenderbund — der Bund der kolonialen vorkolonialisirten Kolonialisten in den englischen Kolonialländern — vor mehreren Wochen auf seinem Jahreskongress gegen die Vergewaltigung der Boerenkolonien durch die Engländer erlassen hat. Wir wiesen darauf hin, daß dieser „Bund“ die Mehrzahl der Bevölkerung in den südafrikanischen Besitzungen der Engländer vertrete und daß die englische Regierung mit ihm rechnen muß. Inzwischen ist der Versuch des Ministers der Kolonien, Schreiner, die Afrikaender zu einer mehr englandfreundlichen Haltung zu bewegen, gescheitert und hat zum Sturz des Ministeriums Schreiner geführt, an dessen Stelle ein fast ausschließlich aus englischen Elementen bestehendes Ministerium getreten ist.

War der Protest des Afrikaender-Bunds zur Zeit, wo er beschloffen wurde, schon von Bedeutung, so hat er seitdem erhöhte Bedeutung gewonnen durch den Ausbruch der ostasiatischen Krise, die es für England zur Lebensfrage macht, sich die süd-afrikanische Kettenkugel, die es an jeder Bewegung hindert, möglichst rasch abzutrennen.

Ebenso wie die Boeren begreifen dies auch die Afrikaender. Wie uns aus der Kapstadt gemeldet wird, hat der Afrikaenderbund in einer neuen Konferenz eine Deputation gewählt, welche den Protest gegen die Annexion der englischen Regierung überbringen und das englische Volk über die Lage in Südafrika aufklären soll.

Die Deputation kommt gerade zur rechten Zeit nach England. Die Ereignisse in China haben einen gewaltigen Umschwung der öffentlichen Meinung bewirkt. Die Afrikaender-Deputation wird den Boden gelockert finden und — wir wollen hoffen, aufnahmefähig für den Samen der Wahrheit und Gerechtigkeit. —

### Asien.

**Die Ergebnisse der letzten Volkszählung in Japan**, die für das Jahr 1898 gilt, zeigen, daß die Bevölkerung des japanischen Reichs, ohne Formosa, 45 193 000 Köpfe betrug. Das bedeutet eine Zunahme von nicht weniger als 1 960 000 gegen das Jahr 1897. Wenn Japans Bevölkerung in demselben Tempo weiter wächst, wird es in 27 oder 28 Jahren bei 100 Millionen angekommen sein. Man sieht, daß Japan dazu berufen ist, in Zukunft in Asien eine noch ungleich bedeutendere Rolle zu spielen, als es bereits jetzt spielt.

**Ueber den räuberischen Überfall eines deutschen Waisenhauses in Persien** wird der „Köln. Ztg.“ von Ende Mai aus Teheran geschrieben: Das deutsche Waisenhaus in Urmiah-Dilanschan wurde in der Nacht vom 1. zum 2. Mai von Kurden überfallen. Dieselben schossen, ohne zu treffen, auf eine der Lehrerinnen und auf den Wächter, mißhandelten eine armenische Frau, und stahlen eine Anzahl Teppiche, Kleider etc. Dagegen gelang es Rabbi Schlimm, einem jungen Lehrer des Waisenhauses, die Räuber daran zu verhindern, in das obere Geschos zu dringen, in dem die Vorleherin, die deutschen Lehrerinnen und die armenischen Kinder wohnen. Als aus der in der Nähe gelegenen Stadt Urmiah bewaffnete Christen und Muhammedaner eintrafen, flohen die Kurden, wurden aber von den persischen Ortsbehörden so rasch verfolgt, daß schon nach wenigen Tagen 16 am Hauptort beteiligte Kurden in Gefangnis nach Urmiah gebracht wurden. Eine Wache von 40 Soldaten wurde in den Garten des Waisenhauses verlegt, um weitere Angriffe der Kurden zu verhindern. Der deutsche Gesandte in Teheran hat sofort bei der persischen Regierung die nachdrücklichsten Schritte gethan, damit die Räuber streng bestraft würden und für den Raub voller Schadenersatz geleistet werde. Die persische Regierung richtete die umfassendsten telegraphischen Anweisungen nach Urmiah und machte den dortigen Gouverneur persönlich für die Sicherheit des Waisenhauses verantwortlich. Seitdem wurden keine weiteren Aufstörungen gemeldet.

### Partei-Nachrichten.

**Ein verspäteter Bericht über eine Maiseier.** Von den gegen Ende März mit dem Lloyd-Dampfer „Karlruhe“ nach Australien ausgewanderten Cigarrenarbeitern geht der „Bremer Bürger-Ztg.“ ein Lebenszeichen zu, ein Brief, der am 2. Mai an Bord geschrieben ist und die merkwürdigen Spuren hoher Seeregung zeigt. Der in Adelaide abgestempelte Brief unserer Genossen lautet:

Am Morgen des 1. Mai versammelten sich alle Kollegen und Kolleginnen an Bord der „Karlruhe“ auf dem Vordeck, um gemeinschaftlich bis zum Hinterdeck zu gehen, wo man im Halbkreis Aufstellung nahm. Dann wurde zunächst der Socialistenmarich gesungen und nahm nur der Kollege Voraz zu einer kurzen Ansprache das Wort. Redner führte den Kollegen und Kolleginnen die Bedeutung der Maiseier vor Augen, verlas die Beschlüsse des internationalen Kongresses von 1889 und wies auf die eigenartige Lage der sich an Bord befindenden Tabakarbeiter und Arbeiterinnen hin, die nun in fremde Verhältnisse hineinkämen; es wäre nötig, daß unter den Kollegen und Kolleginnen ein fester Zusammenhalt herrsche, damit man allen Gefahren ruhig im Auge blicken könnte. Zum Schluß forderte Redner die Anwesenden auf, mit ihm einzustimmen in ein dreifaches Hoch auf die internationale Socialdemokratie. Als anwesende Tabakarbeiter, auch verschiedene sich an Bord befindende italienische und englische Arbeiter stimmten begeistert mit ein. Hierauf wurde von den Tabakararbeitern die Arbeitermarische gesungen. Folgende Resolution wurde dann einstimmig angenommen:

„Die auf dem Reichspostdampfer „Karlruhe“ nach Sydney fahrenden Tabakarbeiter und Arbeiterinnen erklären heute, am 1. Mai 1900, daß sie nach wie vor mit den Principien und Ideen der internationalen Socialdemokratie im Unveränderlichen stehen. Weiter erklären dieselben, nach bestem Können auch des ferneren Propaganda für die socialistische und gewerkschaftliche Sache der Arbeiter machen zu wollen.“

**Die belgische socialistische Fraktion nach ihrem Vernis.** Von den 32 Abgeordneten der belgischen Kammer sind fünfzehn aus der Industriearbeiterschaft hervorgegangen und zwar: Ferdinand Cadrot, Bergmann; Weitind, Bergmann; Schinler, Steinmey; Smeets, ehemaliger Metallarbeiter; Léon Troclet, Schieferbrucharbeiter; Malempré, Weber; Clerkens, Weber; Hubin, Steinbrecher; Gouters, Tischler; Jean Caelswaert, Lambillotte, Henri Léonard, Grobchmiede; D. Waroille und Vreze, Vergeltete; G. Defnet, Buchbinder. Abgeordnete sind Jules Desfrée, Léon Furnemont, A. Desulfjean. Universitätsprofessoren sind Emil Vanderveide an der Reuen Brüsseler Universität und Hector Denis an der freien südlichen Universität in Brüssel. Warenhandlungsangestellte sind van Langendonk und Alphonse Alard. Beamte von Kooperativgenossenschaften sind Ansele, Direktor des Boursit in Gent, und Vouille, Geschäftsführer der Kooperativgenossenschaft zu Tournai. Lehrer: Celestin Demblon und Eug. Verliog; zwei Aerzte: Zervogues und Delecastre; zwei Journalisten: Louis Bertrand und A. Delporte, Redacteur des „Peuple“. Bertrand war früher Steinbrucharbeiter. Berichtführer ist J. Ranfart, Industrieller Horlait.

### Der Krieg in China.

#### Ueber Admiral Seymour

lauten die Nachrichten völlig widersprüchlich. Wir begnügen uns damit, die betreffenden Telegramme wiedergeben:

London, 21. Juni. Den „Times“ wird aus Hongkong von gestern telegraphiert: Li-Hung-Tschang hat auf dem Dampfer „Kwankee“, der am Freitag von hier abgeht, einen Platz belegt. Die hiesigen Chinesen sind sehr beunruhigt. Den Konfuln wurden sehr ernste Vorstellungen gemacht, sie möchten den Vicelkönig bewegen, in Canton zu bleiben, da sonst ein großer Aufruhr ausbrechen würde.

Nach einer Shanghai-Depesche des gleichen Blatts von gestern wurde da erwartet, daß Li-Hung-Tschang mit dem nächsten Dampfer der „Canadian Pacific-Linie“ von Hongkong abreise. Der Vicelkönig habe zu verstehen gegeben, er habe die Aufgabe, als Vermittler zwischen der chinesischen Regierung und den auswärtigen Mächten zu wirken und er hoffe, eine friedliche Lösung der gegenwärtigen Schwierigkeiten zu finden.

Hokohama, 21. Juni. (Meldung des Reuter'schen Bureaus.) Das hierher gelangte Gerücht, die fremden Gesandten in Peking seien ermordet und Admiral Seymour sei tot, verurtheilt die Erregung; das Gerücht wird jedoch mit Mißtrauen aufgenommen.

Shanghai, 21. Juni. (Meldung des Reuter'schen Bureaus.) Das in Nishu liegende britische Kriegsschiff „Whiting“ meldet, daß es von der ausländischen Entlastungstruppe unter Admiral Seymour seit sechs Tagen nicht gehört habe.

Feiner sind in London Meldungen eingelaufen, wonach nach dem ersten Angriff sämtliche Gesandtschaften sich in die stark gebaute britische Gesandtschaft zurückzogen und rings um diese ihre Truppen konzentrierten. Dennoch besichtigte das Gerücht, daß zehn Leute von den Gesandtschaften verwundet oder getötet, und daß das Tsungliamen niedergebrannt sei. Uebrigens heißt es gleichzeitig, daß die Wogor und die kaiserlichen Truppen einander in Peking in die Haare geraten seien. Kaunghi ist zum Vicelkönig von Tschili ernannt und General Huanhsiki mit seinen europäisch eingezierten Truppen nach Peking befohlen worden.

#### Die Situation in Tientsin

schildern folgende Telegramme:

Tokio, 21. Juni. Aus Nishu liegt eine amtliche japanische Meldung vor, daß die Fremdenmiedelassung in Tientsin am 18. Juni durch Feuer zerstört worden sei.

London, 21. Juni. „Daily Telegraph“ meldet aus Shanghai von gestern: Nachrichten, welche hier aus Tientsin eingingen, besagen, daß Wogor die dortige Fremdenmiedelassung von beiden Seiten angegriffen hätten, jedoch von 2000 Russen und andern Wachtropfen, die zum Schutze der Eisenbahn nach Jiangsu geschickt waren, zurückgeschlagen worden seien.

#### Li-Hung-Tschang

ist der Gegenstand folgender Meldungen:

Hongkong, 21. Juni. Nach hier aus Canton eingetroffenen Meldungen hat Li-Hung-Tschang auf die Vorstellungen der fremden Konfuln eingewilligt, in Canton zu bleiben.

London, 21. Juni. Die heutigen Morgenblätter sind über die internationale Lage und besonders über die Haltung Rußlands sehr beunruhigt. Die Verunsicherung Li-Hung-Tschangs nach Peking wird den Zutragigen Aufständen zugeschrieben, denn es ist bekannt, daß der chinesische Staatsmann dem russischen Einfluß äußerst zugänglich ist.

#### Ueber die Verluste bei Taku

sind einige weitere Meldungen eingelaufen:

London, 21. Juni. Die „Times“ vernehmen, sind die verwundeten fremden Offiziere und Mannschaften, etwa 100 an Zahl, auf einen japanischen Dampfer nach der Inselstation Sasebo gebracht worden, wo die japanische Gesellschaft vom roten Kreuz sie in Pflege genommen hat.

Auch erhält sich das Gerücht, daß der Kommandant der „Itis“, Kapitän Lons, bei dem Gefecht bei Taku gefallen sei. Aus Shanghai wird vom 20. d. M. telegraphiert: Der deutsche Admiral meldet, es sei nichts bekannt über die Situation innerhalb Peking. Kapitän Lons oder Lenz vom „Itis“ sei tot, Lieutenant Schiller (Nahne) verwundet.

Berlin, 21. Juni. Aus einer über Tschifu hier eingetroffenen telegraphischen Meldung des Chefs des Arzner-Geschwaders, in welcher der Zustand der Verwundeten als befriedigend bezeichnet wird, ist zu schließen, daß ein vorher abgezeichnetes Telegramm des Admirals über den Kampf bei Taku verloren gegangen ist.

Die Japaner sollen 10 Tote verloren haben, darunter den Kommandanten Hattori.

#### Die Rüstungen der Mächte.

Unter den Mächten rüsten Rußland und sein Rivale Japan am eifrigsten. Aus Yokohama wird gemeldet, daß wahrscheinlich die ganze Division Hiroshima unter dem Befehl des Generals Hatakeyama nach Taku eingeschifft werde. Japan werde, heißt es, seine Truppenzahl in China auf 20 000 Mann bringen und ebenso stark werde das russische Infanteriecorps sein.

Deutschlands Expeditionscorps werde im ganzen 5000 Mann betragen. Die schwebenden Mannschaften werde man den Landtruppen entnehmen, der Kaiser hat angeordnet, daß auch ein Detachement Pioniere in Stärke einer Compagnie mit nach China abgehen soll.

Als Tag der Abreise für die beiden zum Transport der Truppen nach China gecharterten Dampfer „Wittelsund“ und „Frankfurt“, ist der 3. Juli in Aussicht genommen.

Das nach Amerika bestimmte Kanonenboot „Luchs“, Kommandant Korvettenkapitän Dahnhardt, hat den Befehl erhalten, seine Ausrüstung zu beschleunigen und nach China zu dampfen. Wie in Kiel verlautet, soll der Abfüßungsstrangport für den in der Südsee stationierten „Cormoran“ gleichfalls Order erhalten haben, zunächst nach Taku zur Verklärung unter Truppenmacht zu dampfen. Das der Marine-Infanterie beigegebene Detachement Marinematrosen wird hortschlich aus Handwerkern der Werftdivision bestehen, die für die Instandhaltung der Schiffe in Ostasien bestimmt sind.

Wien, 20. Juni. Wie ein Telegramm des „Fremdenblatt“ aus Pola meldet, wird nur der zur Abklärung der „Jesta“ in den Dienst gestellte Kreuzer „Maria Theresia“ demnächst nach Ostasien abgehen. Oestreich-Ungarn wird sodann durch zwei Kriegsschiffe vertreten sein, was als hinreichend angesehen wird.

Oestreich hat in der That genug mit den Wirren in — Oestreich zu thun.

#### Ein Urteil über die europäisch-kapitalistische Kultur

legt das Londoner Blatt „Daily Express“ einem angeblich in London lebenden Wogor in den Mund. Dies Urteil ist zwar höchst wahrscheinlich nicht der Feder eines Sohns des himmlischen Reichs, sondern eines „roten Teufels“ entflohen, allein es weicht sich so originell in die patriarchalische Anschauungsweise eines gebildeten konservativen Chinesen hineinzuwerfen, daß wir es trotzdem im Auszug wiedergeben wollen:

„Die westliche Civilisation ist in unsren Augen wie ein Pilz, wie ein Ding von gestern. Die chinesische Civilisation dagegen ist ungezählte Jahrtausende alt; wir glauben daher, daß wir Euch um mindestens 2000 Jahre voraus sind. Auch bei uns gab es eine Zeit, da wir unsren Kampf um Dasein, unsre Jagd nach Reichtum, unsren Raethunger, unsre Hasten und Hegen und unsre Dual hatten. Auch wir hatten unsre klugen Erfindungen, wir hatten das Schießpulver, den Buchdruck und alles übrige, aber wir haben lange genug gelebt, um zu erkennen, wie wenig notwendig und wie nutzlos alles das ist. (Ha, na!) Wir haben auch unsre Zeiten des Zweifels, des

fanatismus und des Streits in Religionsfragen gehabt; wir hatten unsere Märtyrer, unsere Reformationen, unsere Intoleranz und schließlich die Toleranz — und das alles vor Tausenden von Jahren. Aber wie gesagt, wir sind diesen Dingen entwachsen.

Sie mögen glauben, wir lebten in Unwissenheit, Schmutz und Trägheit, aber ich versichere Ihnen, es ist nicht der Fall. Wir fühlen uns so wohl, wie wir wünschen, und kein Mensch kann uns darin eine Besserung bringen. Und nun kommt Ihr aus Eurer westlichen Welt zu uns mit dem, was Ihr Eure neuen Ideen nennt. Ihr bringt uns Eure Religion — ein Kind von neunzehnhundert Jahren; Ihr fordert uns auf, Eisenbahnen zu bauen, damit wir von einem Ort zum andern fliegen können, mit einer Eile, die uns weder Bedürfnis ist noch Reiz für uns hat. Ihr wollt Fabriken bauen und dadurch unsere schönen Künste und Gewerbe verdrängen. Ihr wollt blendenden Glitzer verfertigen statt der schönen Gebilde und Farben, welche wir durch Jahrhunderte erprobt haben. Gegen alles das erheben wir Einspruch. Wir wollen allein gelassen werden, wir wollen die Freiheit haben, unser schönes Land und die Früchte unserer alten Erfahrung zu genießen. Wenn wir Euch bitten, wegzugehen, so weigert Ihr Euch und Ihr droht uns gar, wenn wir Euch nicht unsere Häfen, unser Land, unsere Städte geben. Daher sind wir Mitglieder der Gesellschaft der sogenannten Vögel nach reiflicher Ueberlegung zu der Erkenntnis gekommen, daß die einzige Möglichkeit, Euch loszuwerden, darin liegt, daß wir Euch töten. Wir sind von Natur nicht blutdürstig, aber wenn Jureben und Ueberzeugung und die Verurteilung an Euren Verstand und Euer Gerechtigkeitsgefühl vertragen, so sehen wir uns der Thatsache gegenüber, daß unsere einzige Rettung ist, Euer Dasein auszuschließen.

Wie Wesens wird auch daraus gemacht, daß wir keine Soldaten sind. Wir aber haben aufgehört, Soldaten zu sein, weil wir zivilisiert geworden sind. Der Krieg ist barbarisch. Die Wirkung davon, daß wir auf unserer jetzigen Höhe der Civilisation angelangt sind, ist, daß wir uns mehr als irgend eine andere Rasse auf der Erde vermehrt und vervielfacht haben. Trotz unserer großen Sterblichkeit — an der Sie wieder Anstoß nehmen, obwohl wir glauben, daß sie eine weise Vorsehung der Natur ist — vermehrt sich die chinesische Rasse schneller, als irgend ein andres Volk der Welt. Wenn wir es darauf ablegten, könnten wir die übrige Menschheit überwältigen; daß wir das nicht thun, ist nur der Vollendung unserer Civilisation, unserer Philosophie, unserer Sitten zuzuschreiben.

Wir zählen 400 Millionen menschlicher Wesen, und wer könnte uns Widerstand leisten, wenn wir unsere Macht zur Geltung bringen wollten? Glauben Sie, wir seien uns dessen nicht bewußt? Im Gegenteil, wir wissen es zu gut, und nun ist es Sache der weissen Rassen auf der Erde, zu erkennen, daß wir, nicht sie, die Herren sind.

Wächte man nicht dem Pseudo-Vogel in sehr vielen Punkten recht geben?

Geben wir es in unserem Zeitalter der Electricität wirklich so herrlich weit gebracht, daß wir berechtigt wären, mit Geringfügigkeit auf die jahrtausend alte, in sich abgeschlossene Kultur Chinas herabzublicken? Entschädigen uns wirklich die technischen und wissenschaftlichen Fortschritte für die abstoßenden Begleitererscheinungen unserer kapitalistischen Kultur? Wir besitzen elektrische Bahnen, das Telephon, nächstens vielleicht gar das lenkbare Luftschiff, wir haben die Nervenstrahlen und den Pestbacillus entdeckt, aber wir besitzen auch den Militarismus, die Weltmachtspolitik, das Massenproletariat usw. Verlassen wir nicht auch das socialistische Ideal, das uns die stillose kapitalistische Ackerkultur als notwendiges Durchgangsstadium erträglich erscheinen läßt, so wären wir vielleicht geneigt, gleich dem Pseudo-Vogel für einen stillen Patriarchalismus zu schwärmen.

### Letzte Meldungen.

**Paris, 21. Juni. (W. S.)** In der heutigen Kammer Sitzung erklärte der Minister des Auswärtigen, Delcassé, auf eine Interpellation bezüglich der chinesischen Angelegenheit, die pessimistischen Gerüchte, welche in den letzten Tagen in die Welt gesetzt und wonach die fremden Legationen zerstört und sämtliche Europäer in Peking ermordet worden seien, seien unzutreffend. Dem letzten Telegramm zufolge, welches er, der Minister, sieben erhalten, sei auch das Leben der Franzosen in Peking nicht bedroht. Was die Verhältnisse anlangt, die Frankreich nach China entsenden werde, so werden außer den bereits abgegangenen Mannschaft am 29. ds. Mts. zwei Transportschiffe mit 2 Batterien Artillerie und 2 Bataillonen Infanterie nach China abgehen. Dadurch werde die französische Streitkraft auf 4000 Mann erhöht. Außerdem werde ein modernes Kreuzergeschwader zusammengestellt, das 19 Knoten in der Stunde zurücklegen könne und auf das modernste armiert werde. Die Anzahl der französischen Schiffe in China werde mit diesem Geschwader auf acht Kreuzer, einen Aviso und vier Kanonenboote erhöht. Mit dieser Streitkraft werde Frankreich, mit Japan eng verbunden, in der Lage sein, an dem humanitären Werk, an dem alle Großmächte beteiligt seien, aufs beste mitzuwirken und eine Regierung einzusetzen, welche Sicherheit für das Leben der Europäer biete. — Diese Erklärung Delcassés wurde von der Kammer mit großem Beifall entgegen genommen.

**London, 21. Juni. (W. S. V.)** Ein heute in Tschifu aufgegebenes Telegramm, das Konteradmiral Bruce aus Taku ohne Datum an die Admiralität geschickt hat, berichtet: Seit sieben Tagen fehlt Nachricht vom Admiral Seymour und seit fünf Tagen solche aus Tientsin. Die verbündeten Truppen halten die Takuforts und Tzongtsi sicher besetzt und werden zum Entzug der Europäer in Tientsin vordringen, sobald sie in genügender Stärke sind. Morgen werden Truppen aus Hongkong und übermorgen 300 Mann aus Weihaiwei erwartet. Man glaubt hier in Taku, daß der Kampf rund um Tientsin fortbauert. Die englische Schutzwache in Tientsin müßte etwa 3000 Mann stark sein. — Heute vormittag wurde beschlossen, sofort folgende Proklamation der Admirale und dienstältesten See-Offiziere der verbündeten Mächte zu veröffentlichen: Wir machen hiermit allen Viceröyön, Küsten-, Fluß-, Stadt- und Provinzial-Behörden Chinas bekannt, daß wir nur gegen die Vögel und diejenigen Leute, die uns auf dem Marsch nach Peking zur Befreiung unserer Landsleute entgegenkamen, mit Waffengewalt vorgehen.

**London, 21. Juni. (W. S. V.)** Die Kreuzer „Iris“ und „Dido“ haben Befehl erhalten, nach China zu gehen.

**Washington, 21. Juni. (Meldung des Reuterschen Bureaus.)** Der chinesische Gesandte stattete heute dem Staatssekretär Hay einen Besuch ab und teilte ihm mit, er habe vom Viceröyön der drei großen Provinzen am Jangtse-Kiang eine Depesche erhalten, in welcher dieser erklärt, er fühle sich vollkommen im Stande, für den Frieden in seinen Provinzen und für die Sicherheit der Missionare zu sorgen, und er sei im Verein mit dem Viceröyön von Siam in der Lage, für Wahrung des Friedens und der Ordnung in allen großen südlichen Provinzen die Verantwortung zu übernehmen.

**Shanghai, 21. Juni. (Meldung des Reuterschen Bureaus.)** In Wujing sind zum Schutze der Telegraphenstation Marinemannschaften gelandet worden.

## Gewerkchaftliches.

### Berlin und Umgegend.

#### Dreife Fälschungen

leistet sich wieder einmal die „Post“ bei Besprechung des Straßenbahner-Streiks. Nicht die Direktion ist wortbrüchig geworden, sondern der Bruch des Versprechens liegt auf Seiten der Angestellten. Diese neueste Entdeckung wird wie folgt zu beweisen gesucht: „Dem zu den Friedensverhandlungen gehörte es auch, daß die Angestellten dem socialdemokratischen Verbande der Verkehr- und Transportarbeiter den Rücken lehnten.“ Das ist durchaus falsch. In der Versammlung, in welcher die Straßenbahner den Frieden beschlossen, berichtete das Mitglied Cleme n s der Kommission, die mit der Direktion unterhandelt hatte: „Die Frage der Zugehörigkeit zum Verband ist

mit Stillständen abgegangen worden.“ Der Wunsch mag die Direktion gehabt haben, selbst angenommen, sie habe ihn während der Verhandlung laut geäußert, so bleibt ein für allemal bestehen, daß die große Masse der Straßenbahner der Beendigung des Streiks nur unter der Voraussetzung zustimmten, daß der Verzicht auf ihr Koalitionsrecht nicht eine der Bedingungen des Friedensschlusses sei. Die im Fall der „Beswerdekommissionen“ hat die Direktion auch hier geschwiegen. Der „Post“ blieb es vorbehalten, die Sache in ihr Gegenteil umzukehren und die Angestellten des Wortbruchs zu zeihen. Es ist das selbst für die „Post“, die auf dem Gebiet der Verdrehungskunst ganz Erfledliches leistet, ein so starkes Stück gewesen, daß sie vier volle Wochen dazu brauchte, es fertig zu bringen.

Ferner heißt es in dem Scharfmacherblatt: „Wenn nun der „Vorwärts“ mitteilt, daß die Straßenbahn-Angestellten erst recht zur Socialdemokratie übertraten, so überträgt er die Verantwortung für den Gang der Dinge auf diese, denn, wie gesagt, die Direktion hat sich beim Friedensschluß mit Entschiedenheit dagegen verhalten, daß ein drittes Element in den Dienst und in die gemeinsamen Interessen zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber sich einmischen darf.“

Es ist uns natürlich nicht eingefallen, von einem Uebertritt der Straßenbahner zur Socialdemokratie zu sprechen, sondern wir haben nur betont, daß die Maßregelungen die Straßenbahner davon überzeugen werden, daß sie jetzt erst recht auf dem Verbanne festhalten müssen. Verschiedentlich haben wir auf die streng konservative Gesinnung der Mehrzahl der Straßenbahner hingewiesen. Wenn sie dennoch mit der Zeit zu Socialdemokraten werden, so wird das vor allem dem rücksichtslosen Vorgehen der Direktion zu danken sein. Auch muß die Socialdemokratie die Verantwortung für den Gang der Dinge ganz entschieden ablehnen, diese vielmehr der Direktion zuschieben, welche durch ihre Maßregelungen die Erbitterung der Angestellten immer wieder von neuem ansacht.

Mit dem Scharfmacherblatt über dessen socialpolitische Beiseiten zu streiten, wird man uns wohl kaum zumuten. Es verteidigt natürlich den uneingeschränkten Herrenstandpunkt in den gewerblichen Betrieben, und behauptet mit dreifler Stirn, die „direktionsfeindlichen Plätter“ hätten auch nicht den „Schimmer eines Beweises für eine Willkürherrschaft der Direktion vorgebracht.“

Der Schaffner Acher, der bekanntlich während der Streikbewegung unter den Straßenbahn-Angestellten eine führende Rolle spielte, hat gegen eine Reihe seiner Kollegen die Strafanzeige erstattet. Gewisse Behauptungen, die Acher in den Verdacht der Bestechlichkeit brachten, sollen vor Gericht entkräftet werden. Acher stellt entschieden in Abrede, daß er die Absicht habe, mit Hilfe eines „Lotteriegewinns“ eine Kneipe in der Großen Frankfurterstraße zu übernehmen. Er habe vorläufig nicht die Absicht, seinen Dienst zu verlassen.

### Deutsches Reich.

**Die Veltener Oseindustrie** geht, falls es nicht doch noch gelingt, eine Verständigung zwischen den streitenden Parteien herbeizuführen, einer schweren Krisis entgegen. Die Löhner, Brenner und Hilfsperionen haben den Generalstreik mit 893 gegen 16 Stimmen beschlossen. Die Arbeitsunterbrechung, die bereits begonnen hat, soll am Sonnabend allgemein werden. Die Arbeiter fordern ein 8—10procentige Lohnerhöhung, die Unternehmer wollen 5 Proz. gewähren. Außerdem fordern die Arbeiter Festlegung der Tarife bis zum 1. April nächsten Jahres, ein Verlangen, auf das die Unternehmer ebenfalls nicht eingehen wollen.

**Die Münchener Tischlermeister** versuchen, ihre Arbeit auswärts ansetzen zu lassen. In Karlsruhe war eine Firma mit Bauarbeiten von München beauftragt, die Gesellen legten aber die Arbeit nieder; auch in anderen süddeutschen Städten sind solche Versuche gemacht worden. Zugun von Tischlern nach München ist noch immer streng fernzuhalten.

### Ausland.

**Aus der Schweiz.** Die 1500 Arbeiter und Arbeiterinnen, worunter viele Italiener, der Stickerei Feldmühle in Korschach sind in eine Lohnbewegung eingetreten mit folgenden Forderungen: Einführung der 10 stündigen Arbeitszeit, Lohnerhöhung, an den Vorabenden von Sonn- und Festtagen eine Stunde früher Feierabend, Revision der Fabrikordnung, bei Zeitverhältnis Entschädigung mit 50 Centimes pro Stunde, Einsetzung einer Fabrikkommission, Freigabe des 1. Mai. — In Frauenfeld erzeigten die Arbeiter der Raschmehlfabrik Osterwalder auf dem Wege ständiger Unterhandlungen den Festschluß, Lohnerhöhung von 10 Proz., Lohnzuschlag von 25 Proz. für Leberzeit und Sonntagsarbeit. — Die Textilarbeiter in der Stadt St. Gallen stehen in einer Bewegung für Einführung des Festschlußtags.

## Sociales.

**Ein Erfolg der organisierten Bauarbeiter.** Vor circa Jahresfrist stellten die organisierten Bauarbeiter Kreifelds den Antrag an die Polizeiverwaltung, eine Bauarbeiter-Schutzverordnung zu erlassen. Einige Zeit nachher wurden die Arbeiter eingeladen, ihre Vertrauensmänner zu einer Konferenz zu senden, welche von der Polizeiverwaltung einberufen war und an welcher auch Vertreter der Bauunternehmer teilnahmen. In dieser Konferenz wurden die Arbeiter aufgefordert, ihre Forderung betreffs der Verordnung zu präzisieren. Dieser Aufforderung kamen sie nach, indem sie später einen vollständigen Entwurf vorlegten. Diesen Entwurf hat mit einigen Abänderungen der Chef der Polizeiverwaltung trotz des Einspruchs der Unternehmer acceptiert, und ist derselbe jetzt in Kraft getreten.

Diese Verordnung giebt Vorschriften über Bau und Zustand der Gerüste und fordert, daß sämtliche Cessungen auf den Bauten, als Treppenaufgänge und Podeste, Lichtschächte, Aufzüge, Kalkgruben usw. mit einer sicheren Einfriedigung versehen sein müssen. Bei Dacharbeiten müssen wenn kein Gerüst hergestellt, die betreffenden Arbeiter durch eine Sicherheitsleine vor dem Herabfallen geschützt sein. Die Bautenden müssen eine derartige Grundfläche aufweisen, daß auf jedem an Bau beschäftigten Arbeiter eine Mindestfläche von 0,75 Quadratmeter einfällt. Ein fester treuener Fußboden muß vorhanden sein. Ebenfalls verschließbare Thüren und der Größe entsprechende Fenster. In der kalten Jahreszeit hat der Unternehmer für Beleuchtungs- und Heizmaterial zu sorgen, und zwar mindestens vom 1. Oktober bis 15. März. Je höchstens 20 Personen dürfen einen Abort benutzen. Der Abort muß mit Dach, verschließbarer Thür, Sitz, Dreck und mit festem Holz- oder Steinboden versehen sein. Für Reinigung und Desinfektion muß Sorge getragen werden. Vom 1. November bis 1. April dürfen inwendige Arbeiten nur verrichtet werden, wenn die Räume, in denen gearbeitet wird, durch Thüren und Fenster geschlossen sind. Das Arbeiten bei Coalsfeuerungen ist verboten, wenn nicht für Ableitung der Gase genügend gesorgt ist. Die Arbeiter haben eine Kontrolle der Bauten unter Heranziehen von Arbeitern gefordert. Dieser Forderung hat die Polizeiverwaltung nun insofern entsprochen, daß sie einen Controleur anstellt, der im Baugewerbe groß geworden und es praktisch ausgeübt hat.

In der Stadtratsitzung vom 18. Juni ist ein Gehalt von 1800, steigend bis 2500 M., für eine derartige Stelle bewilligt worden.

**Streikende Schulkinder.** Bei dem Delonon S. in Bernburg haben dieser Tage eine Anzahl Schulkinder einmütig die Arbeit niedergelegt. Dieselben waren mit Näbverziehen beschäftigt

und erhielten für den halben Tag 30 Pf. Auf einmal aber erwacht in den Kinderherzen die frivole Vegetarität und die Kinder stellen sich einfach vor ihrem Herrn hin und erklären rumbweg, für 30 Pf. Lohn keine Näbe mehr verziehen zu wollen. Mindestens 40 Pf. wollten sie haben. Dar ob geriet natürlich Herr J. in „Jorn“ und ließ die noch so jungen und doch schon so verdorbenen Streikfänger einfach nach Hause gehen. Wir wollen doch sehen, wer's am längsten aushält,“ dachte der Herr J., „der Hunger wird die Bande schon zwingen, meine Näben weiter für 30 Pf. zu verziehen.“ Ob nun seitens der „Streikenden“ genügend für Herabhaltung von Jugun gesorgt wurde oder ob sonst die Ausständigen über gute Disciplin in ihren Reihen verfügten, kurz, Herr J. sah sich gezwungen, sntemalen es die höchste Zeit zum Näbverziehen war, die Kinder wieder holen zu lassen und ihnen die 40 Pf. zu bewilligen. Wie schade doch, daß die Juchthausvorlage abgelehnt wurde. Es wäre doch zu schön gewesen, die Näbelführer auf eine Zeitlang ins Juchthaus zu sperren.

**Bojkottprozeß in der Schweiz.** In Frauenfeld hatte die Arbeiter-Union drei Reizeure bojkottiert, weil sie die mit den Arbeitern über die Sonntagsruhe getroffenen Vereinbarungen nicht einhielten. Daraufhin verklagten die Herren die Arbeiter-Union wegen Geschäftsschädigung, für die sie eine Entschädigung von 2500 Fr. verlangten, die sie dann auf 1800 Fr. reduzierten. Den Vorstand der Arbeiter-Union verteidigte der bekannte Advokat Heinrich Scherrer in St. Gallen, der die Berechtigung des Vorgehens derselben nachwies und die Abweisung der Klage beantragte. Das Gericht erkannte demgemäß, indem es in der Verurteilung der Kläger durch die Arbeiter-Union nur eine kraft allgemeiner Freiheit erlaubte Handlung erblickte, welche weder von unbilliger Entschlossenheit noch durch unwahre Angaben oder gefälschte Entstellungen der Thatsachen begleitet war. Das Gericht anerkannte auch das Recht der Arbeiter-Union zu ihrem Vorgehen, obgleich sie keine Verursachung von Reizeuren sei, weil sie Arbeiter aller Gewerbe zu ihren Mitgliedern zählt resp. als solche aufnimmt und sie daher nicht lediglich in der Absicht, den Klägern zu schaden, den Bojkott eingeleitet und durchgeführt habe.

**Der französische oberste Arbeitsrat** hat seine erste Session beendet. Die letzte Sitzung fand unter dem Präsidium des Handelsministers Willard statt und beschäftigte sich zunächst mit der Frage, ob die Arbeiter in staatlichen und betrieblichen Gewerbebetrieben zu unterstellen seien. Der Arbeitsrat sprach sich dahin aus, daß alle im Dienst des Staats, der Departements und der Gemeinden stehenden Arbeiter den Gewerbebetrieben unterstellt werden sollen, also z. B. auch die Eisenbahnarbeiter, auf welche besonders hingewiesen wurde. Weiter erklärte der Arbeitsrat sich für die Wählbarkeit der Frauen zu den Gewerbebetrieben.

Der ständige Kommission des Arbeitsrats wurde der Auftrag erteilt, folgende Enqueten vorzunehmen: 1. Ueber kommunale oder gewerkschaftliche Einrichtungen gegen Arbeitslosigkeit; 2. über die Arbeitsverhältnisse der von der gegenwärtigen Gesetzgebung nicht geschützten Personen; 3. über Mittel und Wege, Streiks zu verhüten.

## Sociale Rechtspflege.

**Wöchentliches Aufgeben der Arbeit oder Kündigung?** Gegen eine Lohnentziehungsklage, die der Renteur B. gegen die Firma Trettin u. Comp. wegen unberechtigter Entlassung angestrengt hatte, wandte der Beklagte Trettin ein, der Kläger habe das Arbeitsverhältnis selber gelöst. Es sei ihm eines Tages nahegelegt worden, sich schriftlich mit dem Ausschluß der bis dahin für ihn geltenden Kündigungsfrist einverstanden zu erklären. B. habe darauf gesagt, lieber höre er auf. Der Kläger konnte diese Erklärung nicht bestreiten. Gleich nachdem sie gefallen war hat er jedoch, wie festgestellt wurde, sich direkt an den Arbeitgeber Trettin gewandt und erklärt, er wolle in 14 Tagen aufhören. Trettin hat ihn hierauf lediglich an den Werkmeister gewiesen. In einer Einigung kam es damals nicht. B. mußte die Stellung gleich aufgeben. Die Kammer V des Oberlandesgerichts verurteilte die beklagte Firma zur Zahlung von 60 Mark und der Vorsitzende Dr. Voigt führte begründend aus: Das Gericht nehme an, daß der Kläger nicht die Arbeit selber niedergelegt habe. Man lege die Arbeit nieder mit Thaten, nicht mit Worten. Der Ausspruch des B. er gehe lieber, lasse auch die Annahme zu, daß er in vierzehn Tagen, also nach Ablauf der ihm zustehenden Kündigungsfrist die Arbeit niederlegen wollte. In diesem Entschluß sei nun B. thatsächlich gekommen, denn er habe beim Mittelkammer Trettin selber die Kündigung unfreilich angebracht. Er habe es nicht nötig gehabt, sich auf dessen Weisung an den Werkmeister zu wenden. Auch sei die Kündigung eine einseitige Willenserklärung, die nicht besonders „angenommen“ zu werden brauche. Ihr Aussprechen dem Arbeitgeber gegenüber genüge vollständig.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Eifersüchtelien der Mächte auf dem Balkan.

**London, 21. Juni. (W. S. V.)** Unterhaus. Parlamentsuntersekretär Brodrick theilt mit, die britische Regierung habe erfahren, daß zwischen der Türkei und Rußland ein durch ein kaiserliches Trade beitätigtes Uebereinkommen zu stande gekommen sei, durch welches die türkische Regierung sich das Recht vorbehalten habe, Eisenbahnen im Norden von Kleinasien zu bauen, und für den Fall, daß sie selbst dort keine Eisenbahn baue, das ausschließliche Recht der russischen Regierung gewähre, welche habe und zwar unter denselben Bedingungen, wie die Deutschland eingeräumte Konzession für die Anatolische Bahn. Brodrick fügt hinzu, daß die Regierung von dem Uebereinkommen amtlich nicht in Kenntnis gesetzt worden sei, und auch keinen Einspruch gegen dasselbe erhoben habe.

Ashmead Bartlett fragt an, ob die Regierung davon Kenntnis habe, daß die Lieferungsangebote englischer Firmen zur Ausbesserung und neuen Ausrüstung der türkischen Flotte niedriger seien, als die Krupp's, ob der Lieferungsantrag wahrscheinlich der deutschen Firma gegeben werde und zwar infolge einer politischen Preision, ob ferner der britische Vorkapitaler in Konstantinopel beauftragt worden sei, den Wunsch der Porte zu unterstützen, über diese Angelegenheit nach finanziellen und technischen Gesichtspunkten zu beschließen. Brodrick erwidert, die Regierung habe keine Mitteilung erhalten, welche die im ersten Teil der Anfrage enthaltene Behauptung bestätige. Die Regierung sei in Kenntnis gesetzt worden, daß von der türkischen Regierung mit einer Firma in Genua ein Vertrag abgeschlossen worden sei bezüglich der Ausbesserung von acht türkischen Panzerschiffen. Es werde ferner gemeldet, daß die Ausrüstungen der Schiffe von Krupp zu liefern seien. Der britische Vorkapitaler habe schon die Ansprüche der britischen Firmen dem Sultan zur Kenntnis gebracht und sei weiter ermächtigt worden, der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß britische Firmen einen ansehnlichen Teil der türkischen Aufträge zur Lieferung von Kriegsmaterial erhalten werden.

**Dortmund, 21. Juni. (W. S.)** Auf der Feste „Trappe“ in Süßbade wurden durch herabfallende Steinmassen zwei Vergleute verfaßtet: einer derselben war sofort tot.

**Paris, 21. Juni. (W. S. V.)** Der Senat hat mit 211 gegen 41 Stimmen einen Antrag angenommen, nach welchem Professorengelde gegen das Staatsoberhaupt, gegen Parlamentarier und gewisse hohe Beamte nicht mehr nur vor dem Schmutzgericht, sondern auch vor dem Richterpolizeigericht verfolgt werden können.

**Philadelphia, 21. Juni. (W. S. V.)** Von der republikanischen Konvention wurde Roosevelt einstimmig für die Vicepräsidentenstelle nominiert.

Berlin. Hierzu 2 Beilagen und Unterhaltungsblätter.

Die Ausschreitungen am Rosenthaler Thor

Bei Gelegenheit des Straßenbahner-Ausstands bildeten die Untertage einer gegen 19 Personen gerichteten Anklage wegen Landfriedensbruch, Aufstands, Teilnahme an einer Zusammenrottung, Widerstands, Aufforderung zur Teilnahme an einem Ausstande unter Anwendung von Drohungen, Beamtenbeleidigung usw., welche am Donnerstag die 9. Strafkammer des Landgerichts I beschäftigte. Den Vorsitz führte Landgerichtsdirektor Müller, die Anklage vertrat Staatsanwalt Dr. Komen, die Verteidigung führten die Rechtsanwältin Dr. Freudenthal, Dr. Werthauer, Dr. Liebknecht und Kiermann. Angeklagt waren: 1. Arbeiter August Spielvogel, 64 Jahre alt; 2. Straßenbahnfahrer Richard Abel, 38 Jahre alt; Arbeiter Wilhelm Samain, 26 Jahre alt; 4. Arbeiter Reinhold Schmeier, 17 Jahre; 5. Schriftföhrer Ernst Neumann, 22 Jahre; 6. Vergolder Otto Hartig, 33 Jahre; 7. Tischergeselle Karl Stube, 36 Jahre; 8. Hausdiener Gust. Wöhme, 24 Jahre; 9. Pfefferklocher Otto Müller, 27 Jahre; 10. Arbeiter Otto Ahrendt, 31 Jahre; 11. Arbeiter August Scherner, 42 Jahre; 12. Kaufmannslehrling Paul Höppner, 17 Jahre; 13. Schüler Bruno Müller, 13 Jahre; 14. Nägler Alfred Hängel, 31 Jahre; 15. Schneider Gustav Schwill, 45 Jahre; 16. Arbeiter Rich. Gehrman, 34 Jahre; 17. Zuschneider Paul Dirnde, 20 Jahre; 18. Schlosser Otto Schulz, 21 Jahre; 19. Arbeiter Gustav Schilawa, 16 Jahre alt. — Wie bekannt, fanden am Sonntag, den 20. Mai, am Rosenthalerthor Demonstrationen gegen die Große Berliner Stadt. Schon früh morgens hatte sich in den auf das Thor mündenden Straßen, namentlich im Weinbergsweg, eine nach vielen Tausenden zählende Menschenmenge angesammelt, die über die Große Berliner und deren Arbeitswillige aufs höchste empört war. Die Menge wurde von den Polizeibeamten, insbesondere dem das Kommando über die letzteren führenden Polizeihauptmann Gacius und Polizeileutnant Wegeli erfolglos aufgefordert, auseinander zu gehen und sich zu entfernen. Das Publikum versuchte in seiner Entrüstung die von Streikbrechern bedienten Straßenbahnwagen zum Stehen zu bringen und aus den Gleisen zu heben. Die Führer der Wagen wurden angegriffen und man versuchte, sie gewalttätig von ihren Posten zu reißen. Aus der Menge flogen Steine, Eiser, Holz und dergl. auf die Wagen, deren Scheiben teilweise zertrümmert wurden. Ein Motorwagen wurde mit vereinten Kräften gestürzt, ein Wagenführer mit Stöcken geschlagen und durch einen Messerstich verwundet, so daß er von den Beamten mit Waffengewalt dem Publikum entrissen werden mußte. Als auch auf einen Straßenbahnwagen geschossen wurde, gab Polizeihauptmann Gacius den Befehl, die Menge mit blanker Waffe auseinander zu treiben. Dies geschah mit Nachdruck unter großer Mühe. Nach den Behauptungen der Anklagebehörde kam kein Zweifel darüber obwalten, daß sich die sämtlichen Angeklagten an den Zusammenrottungen beteiligt haben und daß sie auch Kenntnis davon hatten, daß sie mit vereinten Kräften Gewalttätigkeiten gegen Personen und Sachen verübt und Beamte in der rechtmäßigen Ausübung ihres Amtes angegriffen wurden. — Die Angeklagten bestritten durchweg diese Anschuldigungen und behaupteten, daß zu der Zeit, wo sie sich in der Gegend des Rosenthaler Thors aufhielten, von Zusammenrottungen keine Rede war. Sie wollen sämtlich eigentlich ohne ihre eigene Schuld in den Menschenauflauf, der sich nach und nach entwickelt habe, hineingeraten sein und bestritten, daß sie sich an Gewalttätigkeiten beteiligt oder die Aufforderungen zum Auseinandergehen gehört haben. Es sind ca. 40 Zeugen geladen.

Die Beweisaufnahme bot wenig besonders hervorsteckende Momente. Polizeihauptmann Gacius schildert ausführlich, wie am 20. Mai am Weinbergsweg und in der Rothringstraße die Volksmenge von Stunde zu Stunde mehr answoll und die Situation immer bedrohlicher wurde. Er habe mit seinen Beamten alles mögliche versucht, um die zu vielen Hunderten zählenden Menschen in Gänge zu betreten, sich zu entfernen, alle diese Bemühungen seien erfolglos geblieben, denn die zusammengetroteten Exzedenten beantworteten alle diese Aufforderungen mit Gejohle und Weisheit. Er habe die Leute immer wieder darauf aufmerksam gemacht, welche schlimme Folgen ihr Verhalten für sie haben müßte — es war aber alles umsonst. Am Weinbergsweg habe man ihm zu gerufen: „Erf gehen Sie doch nach Hause, dann wollen wir sehen, was wir machen!“ Die planmäßige Aufforderung, auseinander zu gehen, habe er an die Menge ergehen lassen, nachdem die ersten Steine in ärge vorgekommen waren und habe diese Aufforderung ungezählte Male wiederholt. Die Frage der Verteidigung, ob eine „dreimal hinter einander“ erfolgte Aufforderung gegeben sei, wie sie nach dem Wortlaut des Gesetzes erforderlich sei, verneinte der Zeuge nicht zu bejahen, da jedesmal, wenn er die Aufforderung erteilt, ein ohrenzerringendes Gejohle und Geheul stattfand und er jedesmal wieder bald hier, bald da energisch eingreifen mußte. Der Angeklagte Spielvogel hat, wie die Beweisaufnahme ergab, sich einen kleinen Scherz geleistet, der ihn auf die Anklagebank gebracht hat. Als ihn am Rosenthaler Thor ein Schuttmann nachdrücklich aufforderte, sich zu entfernen, hat er sich auf die Vorderwelle niedergesetzt und Grimassen geschnitten. Er behauptet, daß ihn als alten Mann eine Mähdigkeit überfallen habe und daß er keine Grimassen geschnitten habe, sondern einen so eigenartigen Gesichtsausdruck von Natur besitze. — Der Angeklagte Abel hat der Anklage zufolge einen im Dienst befindlichen Führer eines Straßenbahnwagens mit den Worten angegriffen: „Amdiech, schere Dich herunter vom Wagen“. Er bestritt dies und will nur dem Wagenführer, der etwas ungeschickt schien, zugerufen haben, ob er auch die Weiche richtig zu stellen verstehe. Zwei andre Angeklagte sollen einem Schaffner zugerufen haben: „Schämen Sie sich nicht, daß Sie noch fahren? Gehen Sie lieber nach Hause, Sie wollen wohl die Gesellschaft noch reich machen?“ — Einer der ganz jungen Angeklagten gab zu, daß er wiederholt dem Pferde eines reitenden Schuttmanns mit einem Stod Schläge gegen die Hinterläge versetzt habe. Bei der umfangreichen Beweisaufnahme handelt es sich im wesentlichen darum, festzustellen, zu welcher Tag und Stunde die einzelnen Angeklagten sich am Schuttmann der Ereignisse befunden haben, ob damals schon von einer Zusammenrottung die Rede sein konnte und ob die Einzelnen die Aufforderung, sich zu entfernen, gehört haben müssen und demnach nicht gegangen sind. Gestern konnte erst die Hälfte der Zeugen vernommen werden. Admum verortete der Vorsitzende die Verhandlung auf Freitag 9 Uhr.

Gerichts-Beifung.

Gegen unsern Genossen Robert Schmidt stand am 21. d. M. vor dem Strafsenat des Kammergerichts Termin an. Es handelte sich um die wiederholt im „Vorwärts“ erwähnte Privatklage des Zimmermanns Karbe gegen Schmidt. Der Sachverhalt war folgender: Karbe stand bei der Firma George und Nicolas in Arbeit. Während die meisten Arbeiter der Firma der Gewerkschaft der Zimmerer angehörten, gehörte Karbe dem Christlichen Verein „Arbeiterbund“ an. Am 9. August 1899 wurde Karbe von dem Holzplatz der Firma George u. Nicolas nach einem Neubau derselben Firma geschickt, um daselbst zu arbeiten, da dort Zimmerleute fehlten. Da aber die Maurer die Arbeit dort einstellten und deshalb Zimmerleute entbehrlich wurden, der daselbst beschäftigte Polier Strömman den Karbe auch für einen schwachen Arbeiter hielt, wurde Karbe von Strömman am 10. August entlassen. Karbe begab sich hierauf zum Vorsitzenden des Vereins „Arbeiterbund“, dem Tischler Weigel, und stellte diesem, wie das gerichtliche Urteil wörtlich fest-

stellt, den Vorgang in „entstellter“ Weise dar. Weigel veröffentlichte hierauf in der „Märkischen Volkszeitung“ einen Artikel unter der Ueberschrift: Neues vom socialdemokratischen Terrorismus, in dem er behauptet, daß, weil Karbe der socialdemokratischen Organisation der Zimmerer nicht angehört habe, die „Genossen“ kein Mittel unversucht gelassen hätten, um den Karbe broilos zu machen. Obwohl der Polier die tüchtige Arbeitskraft des Karbe geschätzt habe, habe er sich aus Furcht, daß die „Genossen“ im andern Fall streiken würden, entschlossen, Karbe zu entlassen. Karbe, der Vater einer zahlreichen Familie, siehe nunmehr arbeitslos auf der Straße. Der Schluß des Artikels lautet: Wir erlauben uns an den „Vorwärts“ die Anfrage, ob er auch in diesem Fall wieder Streikbrecherei als Grund der Entlassung des Karbe anführen wird.

Der „Vorwärts“ antwortete auf diesen Artikel am 16. August 1899 mit folgenden Worten: Ueber socialdemokratischen Terrorismus wußte vor einigen Tagen die „Märkische Volksztg.“, das Organ des Kaplans Dasbach, ihren Lesern eine skaurige Geschichte zu erzählen. In der Zuverlässigkeit der Berichterstattung solcher Vorgänge wetteifert das Blatt mit der Denkschrift des Herrn v. Posadowsky und man ist im Zweifel, welcher von beiden die größere Gefährlichkeit im Fabrikieren gebührt. Die Bemühungen des Centrumsorgans, sowie dem „Arbeiterbund“ angehörigen Mitglieder als Verfolgte und Märtyrer einer heiligen Sache darzustellen, ist sehr durchsichtig, jedoch steht die Propaganda mit der Wahrheit auf gespanntem Fuß. Der neue Fall socialdemokratischen Terrorismus sollte sich in dem Gesicht von George u. Nicolas, Frankfurterstraße, ereignet haben. Wie das Centrumsblatt berichtet, sollten hier die Zimmerer die Entlassung eines Kollegen durchgesetzt haben, der dem katholischen Verein „Arbeiterbund“ angehörte. Wie wir durch eigene Information feststellen können, weiß weder Meister noch der Polier etwas von einem derartigen Vorgang. Der Mann wurde als „Jüngster“ entlassen, weil es an Beschäftigung fehlte. Die ganze Geschichte ist also erfunden, vielleicht von dem Mitglied des „Arbeiterbund“, um sich eine Unterstellung im Verein zu ergattern. Sollte Herr v. Posadowsky in Verlegenheit sein, neues Material für die Judithausvorlage herbeizuschaffen, wie künnten ihm die Mitarbeiter des Kaplans Dasbach empfehlen, am nötigen Talent für solche Dinge fehlt es ihm nicht, fast scheint es, als ob er sich bemüht, dem Flugblatfabrikanten Hülle den Rang abzulaufen.

Durch diesen Artikel fühlte sich Karbe beleidigt und strengte deshalb gegen unsren verantwortlichen Redacteur Robert Schmidt die Privatklage an. Schmidt wurde auch in der ersten Instanz zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. Gegen dieses Urteil legte Schmidt durch seinen Verteidiger Rechtsanwält Dr. Heinemann Berufung ein. Die Strafkammer sprach Schmidt denn nach frei, indem sie ausführte, daß Schmidt unzweifelhaft in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe. Es handle sich um eine Angelegenheit, welche Schmidt als Redacteur des „Vorwärts“ nahe angehe, da die „Märkische Volkszeitung“ direkt eine Anfrage an den „Vorwärts“ gerichtet habe, die der „Vorwärts“ zu beantworten berechtigt gewesen sei. Daß diese Vorgänge sich hauptsächlich zugetragen, wie Weigel sie veröffentlicht hat, ist nicht erwiesen. Schmidt konnte mit Recht davon sprechen, daß die ganze Geschichte erfunden sei, und auf Karbe, von welchem hauptsächlich die Darstellung der „Märkischen Volkszeitung“ herrührte, als den vermutlichen Erfinder hinwies.

Gegen dieses Urteil legte Karbe Revision ein, er bestritt insbesondere, daß dem Schmidt der Schuß des § 193 zur Seite stehe; das Kammergericht schloß sich jedoch den Ausführungen der Strafkammer an, so daß Schmidt endgültig freigesprochen ist. Die Revision des Karbe wurde verworfen.

Der Redacteur des „Satzr“, Herr Dr. Schleimer, schreibt uns ergänzend zu dem gestrigen Gerichtsbericht: Der Staatsanwalt hat nicht drei, sondern zwei Monate Gefängnis beantragt. Auf meine Frage, was für Schmutzereien, Unanständigkeiten und Joten in einer Anzahl inkriminierter „Satzr“-Artikel wie: „Die Dornisse“ (Nr. 28), „Sünde“ (Nr. 29), „Im Stachels“ (Nr. 19), „Der Babel“ (Nr. 26) enthalten seien, lehnte der Polizeipräsident die Beantwortung ab, worauf mich der Herr Vorsitzende ersuchte, von diesen Fragen Abstand nehmen zu wollen. In der Urteilsverurteilung führte der Herr Vorsitzende aus, daß der Wahrheitsbeweis mir misslungen sei und notwendig misslingen mußte, weil er in der erstrebten Richtung nicht zu führen sei. Wenn selbst alle die Nummern, die der Polizeipräsident vom Strafhandeln ausschloß, durch Gerichtsentscheidungen als solche erwiesen wären, die nicht geeignet seien, in sittlicher Beziehung Vergernis zu erregen, so hätte doch der Polizeipräsident völlig innerhalb der Grenzen seiner Rechtsbefugnisse gehandelt, da das Gesetz ihm dieses diskretionäre Recht gebe“. Am sei in der That anzuerkennen, daß die verbotenen Nummern 28 und 29, auf welche sich der inkriminierte Artikel stützt, recht harmlos seien. Auch sei anscheinend in der Häufigkeit der Strafverbote ein großer Unterschied zwischen Satzr und ähnlichen Blättern (in 7 Monaten „Simplicissimus“ 2mal, „Al. Blätter“ 2mal, „Grazien“ 2mal und „Satzr“ 13mal verboten). Alles dies könne die formale Beleidigung nicht rechtfertigen.

Seine Hungerlöhne. Der Redacteur des „Stein-arbeiter“, Ottomar Schmidt, hatte sich gestern vor dem Schöffengericht in Rixdorf wegen Beleidigung zu verantworten. Er hatte in seinem Fachblatt dem Unternehmer Pieper in Mitleiden vorgeworfen, daß er Hungerlöhne zahle. In der Zeugenvernehmung kam zur Sprache, daß der gekränkte Herr Pieper für eine Arbeit, die sonst mit 13,50 M. bezahlt wird, nur 8,50 M. gegeben hatte. Während der Verteidiger, Rechtsanwält Heine, für Freisprechung eventuell für eine geringe Geldstrafe eintrat, beantragte der Anwalt 500 M. Geldstrafe. Das Gericht erkannte auf eine Strafe von 150 M.

Aus der Frauenbewegung.

Die Zwangserziehung Jugendlicher. Eine Mutter schreibt uns: In den letzten Tagen ist im Herrenhause nach langen Beratungen ein Gesetzentwurf angenommen worden, der ein großes socialpolitisches Interesse bietet und der in ganz besonders hohem Maße die Aufmerksamkeit der Frauen verdient hätte: das sogenannte Fürsorge-Erziehungs-gesetz.

War die frühere Zwangserziehung, als deren Erweiterung sich das neue Gesetz darstellt, nur eine besondere Form des Strafrechts, da sie nur bei strafmündigen Jugendlichen verhängt werden konnte, so greifen die jetzigen Bestimmungen tief in die privaten Beziehungen auch solcher Familien über, deren Kinder sich strafrechtlich noch in keiner Weise vergangen haben. Es dürfen vom Inkrafttreten des neuen Gesetzes an auch solche Kinder durch öffentliche Gewalt der Erziehung ihrer Eltern entzogen werden, deren Verhalten eine sittliche Verwahrlosung nur beschränkt läßt, ferner solche, bei denen die Fürsorge-Erziehung wegen Unzulänglichkeit der erzieherischen Einwirkungen der Eltern oder sonstigen Erzieher oder der Schule zur Verhütung des völligen sittlichen Verderbens des Minderjährigen notwendig ist.

Die Entscheidung darüber, ob im einzelnen Fall ein Kind der Fürsorge-Erziehung zu überweisen sei, fällt auf Antrag verschiedener Behörden das Vormundschaftsgericht. Die Fürsorge-Erziehung erfolgt unter öffentlicher Aufsicht und auf öffentliche Kosten in einer geeigneten Familie oder in einer Erziehungs- oder Besserungsanstalt. Eine Angabe im einzelnen über die Art der Ausführung der Erziehung bietet der Entwurf gar nicht, er setzt nur fest, daß die Kommunalverbände nähere Bestimmungen über Unterbringung, Behandlung und Entlassung der Böglinge zu geben haben, die der Genehmigung der zuständigen Minister bedürfen.

Die Verhandlungen über dieses Gesetz, die in unserm bewegten öffentlichen Leben sicher an den meisten ganz unbeachtet vorüberglitten, warfen nun so scharfe und interessante Streiflichter auf die herrschenden Anschauungen, die Unhaltbarkeit so mancher unserer Rechts- und Sittlichkeitsbegriffe und die selbstamen Widersprüche, in die sich in unserer kapitalistischen Gesellschaftsordnung selbst die bestgemeinten Ideen auflösen, daß es wirklich der Mühe lohnt, die Grundprobleme dieser sogenannten Jugendfürsorge nochmals etwas näher zu beleuchten.

Zunörderst nur eins, was allerdings ja mit dem Gesetz selbst nichts zu thun hat, aber gerade hier wieder einmal dem Einzelnen recht kraß zum Bewußtsein kommen konnte: Seltsam genug, daß die Frauen, die ja wieder und wieder auf ihre Aufgabe als Erzieherinnen verwiesen werden, solche tief in ihr Leben greifende Maßnahmen über sich ergehen lassen müssen, ohne daß sie irgend einen Anteil oder Einfluß auf die gesetzgebende Gewalt besäßen; wirklich seltsam, daß ihre Den- und Verantwortungs-fähigkeit nirgends angezweifelt wird, wo irgendwelche Pflichten in Frage kommen, stets aber da, wo es sich um Rechte, wenigleich die natürlichsten Menschenrechte handelt. In letzter Zeit beginnt ja endlich in einem Teil der Frauenschaft die Erkenntnis aufzukämmern, wie schmachvoll und unwürdig für sie diese politische Unmündigkeitserklärung eigentlich ist, aber sicher mag es noch länger und heifer Kämpfe und einer sehr ernstlichen Schulung des weiblichen Geschlechts bedürfen, ehe die Erringung des politischen Wahlrechts ihnen endlich eine Mitwirkung an der Gesetzgebung und damit eine Vertretung auch ihrer besonderen Interessen gewährleistet wird.

Ein einigermaßen naives Gemüt mußte bei den Verhandlungen über die Fürsorge-Erziehung sowohl im Herren- wie im Abgeordnetenhaus eigentlich den Eindruck empfangen, daß wir in einer Zeit wahrhaft großartiger, socialer Einsicht leben. Minister und Abgeordnete überboten sich förmlich in hochtönen humanen und socialen Reden. Von allen Seiten wurde konstatiert, daß die steigende „Verwahrlosung der Jugend“, die die Kriminalstatistik des letzten Jahrzehnts in einem unheimlichen Anwachsen der Zahlen jugendlicher Verbrecher nachweist, nicht den Jugendlichen selbst zur Last gelegt werden dürfe, sondern dem häufigen Mangel einer sorgfältigen Erziehung seitens der Eltern oder Vormünder. Daher habe auch schon in Fällen drohender Verwahrlosung die Öffentlichkeit sich der Kinder anzunehmen und ihnen die mangelnde häusliche Fürsorge zu ersetzen. Das ist an sich ein Standpunkt, mit dem der Socialismus sich durchaus einverstanden erklären könnte, ja mehr als das: es ist ein socialer Standpunkt, der wieder einmal das langsame Hineinsichern socialer Ideen auch in die bürgerliche Welt durch den fortwährenden Druck der Socialdemokratie erkennen läßt. Aber zu welcher arbeitsamen Herrschaft ist diese Jugendfürsorge wieder in unser bürocratisch-bureaucratisches Gesellschaftsgebilde geworden! Wie wenig ist die Regierung, wie wenig sind unsere herrschenden Klassen fähig, jemals eine sociale Erziehung bis in ihre eigentlichen Wurzeln zurückzuführen und mit dem Versuch einer Heilung des Uebels an seinem wirklichen Ausgangspunkte einzusetzen. — Regierungsvertreter und Abgeordnete hatten sich zwar endlich zu der Erkenntnis aufgeschwungen, daß die Gesellschaft kein Recht habe, die Kinder, die sie elend verwahrlosend läßt, zur Strafe dafür näher noch in Gefängnisse und Zuchthäuser zu stecken — dafür aber betrugte sich die Diskussion über die eigentlichen Ursachen der Kinderverwahrlosung wieder auf einem wahrhaft traurigen Niveau. Der Mangel an Religiosität im Volk, der trotz aller Religionsunterrichts in den Gemeindeschulen nun einmal zur Erklärung sämtlicher socialen Schäden herhalten muß, die wirtschaftlichen Verhältnisse, die es bedingen, daß die Jugend, kaum der Schule entwachsen, hilflos in das Leben hineinstürzt — und ähnliche Weisheiten mehr! Ein einziger Abgeordneter erwähnte die schlimme, wirtschaftliche Lage großer Kreise des Proletariats, das Schlafstellenmangel, die elenden Wohnungsverhältnisse und schließlich das traurigste aus diesem traurigen Kapitel: die bittere Notwendigkeit für zahllose Mütter, in der Fabrik oder im Hause für den Unterhalt der Familie mitzuschaffen und ihren Kindern dadurch nicht nur jede geistige und sittliche, sondern auch jede körperliche Pflege und Sorgfalt zu entziehen. Und — fügen wir hinzu — die Tausende unehelicher Kinder? Entweder giebt sie die Mutter in Pflege gegen eine Vergütung, die selbst den humansten Pflege-Eltern höchstens die kümmerliche Ernährung der Kinder ermöglicht, oder sie unterhält sie selbst von dem glanzvollen Verdienst hausindustrieller Thätigkeit oder endlich — sie ernährt und kleidet sie weniger dürftig mittels des Erwerbszweigs, der heute so vielen alleinstehenden Proletarierinnen als letztes Mittel gegen Hunger und Dürftigkeit erscheint — der Prostitution. Auch in diesem Falle bleibt es wahrlich schwer zu entscheiden, welche von all diesen Formen idealer „Erziehung“ am vortrefflichsten geeignet ist, einer Verwahrlosung der Jugend vorzubeugen; jedenfalls dürften sich, so lange unsere heutigen Zustände fortbestehen, bei einer ersten und humanen Auffassung der Fürsorgepflicht der Gesellschaft gegenüber dem heranwachsenden Geschlecht eine ungeheure Zahl von Kindern finden, für deren Erziehung der Staat verpflichtet wäre, einzutreten. Aber da sind wir eben bei einem der wunder Punkte angelangt. Unser bürgerlicher Staat hat zwar sehr wohl ein Interesse daran, die Zahl der jugendlichen Verbrecher zurückzuführen — und die Statistik hat leider hartnäckig bewiesen, daß Gefängnisse und Zuchthäuser äußerst minderwertige Erziehungsstätten sind — aber er hat kein Interesse daran oder will es nicht haben, auch Proletarierkinder zu kraftvollen, geistig und leiblich vollentwickelten Menschen heranzubilden.

Die schönste Illustration zu der wahren Auffassung der Herrschenden über die Ziele dieser gesellschaftlichen Jugendfürsorge liefert uns denn auch während der Verhandlungen einige Redner, die da meinten, wenn der Anab bis zum 18. Jahre erzogen worden sei, dann sei er moralisch gesichert; denn dann werde er ja dem besten Erziehungs-Institut der Welt übergeben, dem preussischen Militär. Nun braucht man aber wirklich noch nicht einmal Socialdemokrat zu sein, um einen preussischen Unteroffizier als höchstes Ideal eines Jugendzuehlers und preussischen Militärdienst als Mittel geistiger und sittlicher Festigung einzigermaßen förmlich zu finden. Allerdings: als Krönung und Vollendung der Fürsorge, die dieses Gesetz der Jugend widmet, darf schließlich auch der Militärdienst gelten. Geht es: es wurde sehr viel Wert darauf gelegt, daß nur ja das Kind der Segnungen der Religion nicht verlustig gehe, aber bei der Frage der Kosten der Erziehung schienen plötzlich die Abgeordneten von weit weniger zarten Rücksichten für das Wohl der Jugend besetzt. Wo Milliarden für Militär und Marine wie ein Kinderspiel gefordert und bewilligt werden, da bedurfte es tagelanger Debatten, um die Notwendigkeit strengster Absonderung von Jugendzuehungs-Instituten von Arnen- oder gar Arbeitshäusern zu beweisen; das Herrenhaus, der Sitz der Eblen und Erlauchten, hat denn auch glücklich noch zuletzt aus Sparamtsgründen die endlich erreichte Bestimmung dieser Trennung aus dem Gesetz wieder hinausgeholt.

Nun sollen zwar alle die Kinder, die selbst noch nicht verwahrlost sind, sondern nur wegen mangelhafter häuslicher Verhältnisse den Eltern entzogen wurden, möglichst der Familienpflege übergeben werden. Das klingt vielleicht ganz schön für den, der proletarische Verhältnisse nicht kennt — denn daß unter unsern heutigen Zuständen die Pflege solcher Kinder wieder nur Proletarier übernehmen, bedarf wohl kaum der Betonung. Ebenso naturgemäß können aber für solche Familien nicht rein ideale Gesichtspunkte maßgebend sein; vielmehr handelt es sich für sie in der Mehrzahl aller Fälle nur um eine Erhöhung ihres Einkommens und ist das Kind alter, um den Gewinn einer unbezahlten Hilfs- oder Arbeitskraft; bei einer derartigen Familienpflege geht also für das Kind das wertvolle Moment der elterlichen Erziehung, die natürliche Elternliebe, dennoch verloren; erhalten dagegen bleiben alle die Mängel, die bedingt sind durch die kümmerliche Lebenshaltung des

Proletariat: dürftige körperliche und geistige Pflege und frühzeitige Ausbeutung.

Rein, wollte der Staat oder die Gesellschaft für jene armen, vernachlässigten Geschöpfe wirklich etwas tun, so dürfte er sie nicht der Familienerziehung überweisen, und nicht aus Sparmaßregeln in — wenn auch nur mittelbare — Verbindung mit Korrigenden- und Arbeitshäusern bringen, sondern er müsste anspruchsvoll auch einmal für einen wahrhaften Kulturzweck so viel erbringen können, um staatliche oder kommunale Erziehungsanstalten in ausreichender Anzahl und unter Berücksichtigung aller pädagogischen Erfordernisse zu erbauen.

Und gälte es den herrschenden Klassen nicht allein, sich selbst gegenüber den drohendsten Folgeerscheinungen unserer barbarischen, sozialen Zustände, in diesem Fall vor dem Verbrechen, zu schützen, gälte es ihnen vielmehr zum Wohle der unterdrückten Klassen dem Uebel selbst beizukommen, so müßte die Kur an einem ganz andren Punkt eingreifen. Energievoller Arbeiterrückgang, Verkürzung der Arbeitszeit der Frauen, damit ihnen eine bessere Beaufsichtigung und Sorge für die Kinder ermöglicht werde, vor allem endlich gesetzliche Regelung der Heimarbeit, die zu noch krasserer Vernachlässigung der Mutterpflichten führt! Und endlich Regelung der Wohnungsfrage! Denn daß eine Hebung der weiblichen Hausindustrie in engstem und untrennbarem Zusammenhang mit der Wohnungsfrage steht, ist ganz selbstverständlich für den, der sich in die einschlägigen Probleme auch nur sehr oberflächlich versetzt hat. — Und selbst alles das wäre immer erst eine Seite eines wahrhaften Schutzes der Proletarierkinder vor grober physischer und geistiger Vernachlässigung. Daneben hätten die Kommunen die erste Pflicht, durch Errichtung von gut ausgestatteten Krippen und Kindergärten und zwar in angemessener Zahl und Einrichtung der traurigen Notwendigkeit vorzubeugen, daß Kinder im zartesten Alter ohne jedwede Pflege und Aufsicht halbe Tage lang sich selbst überlassen bleiben, nicht allein sittlicher Verwahrlosung überantwortet, sondern auch den schwersten Gefahren für Leben und Gesundheit ausgesetzt. Derartige, selbstredend unentgeltlich benutzbare, kommunale Anstalten für das vorerschulspflichtige Alter müßten eine der dringendsten Forderungen sozialer Kindersicherung darstellen; sie bildeten erst die notwendige Ergänzung der unentgeltlichen Volksschule. Wie für vieles andere in diesem werden die Herrschenden nicht eher ihre Hand zu einer derartigen wahrhaften — Jugendfürsorge bieten, bis nicht das Proletariat, insbesondere die proletarischen Frauen, in reger Agitation sich das Recht auf diesen Schutz ihrer Kinder zu erkämpfen wissen.

### Verfassungen.

Die Berliner Steinbildhauer beabsichtigen, die augenblicklich für sie sehr günstige Geschäftspositionen auszunutzen. Es haben in letzter Zeit sogenannte „Vordenker“ (Wahl- oder Verfassungsverfassungen) stattgefunden, wo erörtert wurde, ob und welche Forderungen zu stellen wären. Die Delegierten kamen dann zusammen und einigten sich unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Vordenker auf folgende Vorschläge: Der Minimallohn ist von 8 auf 7 M. pro Tag zu erhöhen und es hat eine entsprechende Erhöhung der übrigen Löhne zu erfolgen. Die 7-stündige Arbeitszeit ist nachmittags von 5 Uhr zu beenden. Im Winter sind bei Verbeibaltung einer einundzwanzigstündigen und der halbstündigen Frühstückspause keine Lohnabzüge vorzunehmen.

Zu diesen Vorschlägen nahm am Mittwoch eine zahlreich besuchte Versammlung der Steinbildhauer Stellung. Es entspann sich eine äußerst lebhafte Diskussion. Man war sich darin einig, daß die Zeit einem Vorgehen recht günstig sei. Dagegen gingen die Meinungen wegen der Einzelheiten vielfach auseinander. Mehrere Redner wünschten einen Streit vermeiden zu sehen. Andre betonten, es würde zu einem solchen gar nicht kommen, weil die so minimalen Forderungen glatt durchgehen würden. — In geheimer Abstimmung erklärte sich die große Majorität der Versammelten für die von den Delegierten vorgeschlagenen Forderungen. Die Verhandlungen mit den Arbeitgebern wurden einer Kommission übertragen.

Die Schneider und Schneiderinnen hielten am Dienstag eine öffentliche Versammlung ab, in der Erilise aus Kassel einen Vortrag über den Arbeiterkampf in der Schneiderei hielt. In eingehender Weise beleuchtete der Redner unter Arbeiterschafts-Begeisterung, dann führte er aus, daß den in der Schneiderei beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen fast nichts von den bestehenden Säugvorschriften zu gute komme, obgleich doch die überaus elenden Verhältnisse, unter denen gerade diese Arbeiterkategorie zu leiden hat, eine gesetzliche Regelung dringend bedürfen. Vorschläge über Verhältnisse der Arbeitsräume, Dauer der Arbeitszeit etc. seien für die Schneiderei, die insgesamt etwa eine Million Personen in Deutschland beschäftigt, ein unabweisbares Erfordernis. Die Arbeiter und Arbeiterinnen dürften nicht aufhören, immer wieder die Forderung zu erheben, daß die Gewerbe-Aufsicht auf die Hausindustrie ausgebeugt werde und gesetzliche Schutzvorschriften erlassen werden, die geeignet sind, das Elend der Hausindustrie, wie es besonders in der Konfektionsbranche herrscht, zu beseitigen. Der am 20. August stattfindende Schneiderkongress werde sich ebenfalls mit dieser Angelegenheit zu befassen haben. — Der Vortrag fand lebhaften Beifall. — Die Vertretung auf dem Kongress wurde den bereits zum Verbandstag gewählten Delegierten übertragen.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)

Seute, Freitag, 22. Juni, abds. 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15:

### Sitzung der Orts-Verwaltung.

Zur Beachtung! Das Resultat der Abstimmung über die Ertragsbeiträge ist folgendes: Abgegebene Stimmzettel 5713, davon sind für Obligatorium 4174, gegen Obligatorium 981, gegen Obligatorium, jedoch für Zahlung eines Ertragsbeitrags 423, unglültig 135 Stimmzettel.

Nach diesem Beschluß ist vom 1. Juli ab von jedem Mitglied 10 Pf. Ertragsbeitrag zu zahlen. Dieser Beitrag wird mit dem Verbandsbeitrag auf eine Quittungsmarke erhoben; für jede einzuhebende Marke (Wochenbeitrag) sind demnach 35 Pf. zu entrichten. Wir erlauben nun die Kollegen, ihre Beiträge für dieses Quartal im Laufe dieser und der nächsten Woche zu begleichen, damit der Beitragssammeln sowohl wie dem Kassierer die Erledigung ihrer Geschäfte erleichtert wird. 60/18

Die Ortsverwaltung.

## Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.

Seute, Freitag, den 22. Juni 1900, abds. 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

### Sitzung der Orts-Verwaltung.

Am Sonntag, den 24. Juni, vormittags 10 Uhr, im Lokal des Herrn Leber, Charlottenburg, Blomstraße, 74:

## Versammlung

der Heizungs-, Gas- und Wasserrohrleger und Helfer.

Tages-Ordnung:

1. Unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse, und wie ist es möglich, bessere Bedingungen zu erreichen? 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten; insbesondere erlauben wir die Kollegen von den Firmen Gentz, Grenz, Jordan, Mayor, Pöltzer und Fusch, für regen Besuch zu agitieren. 113/17

In Pankow ist bei Hirschmeyer, Florstr. 40, eine neue Zahlstelle eröffnet worden.

Die Ortsverwaltung.

Der Verband der Schlächtergesellen Berlin und Umgegend hielt am Sonntag, den 17. Juni d. J. bei Schiller eine außerordentliche Generalversammlung ab, die sich eines besonders guten Besuchs erfreute. Nachdem ein beifällig aufgenommener Vortrag über das Thema: „Der Arbeitsvertrag nach den Bestimmungen des neuen Bürgerlichen Gesetzbuchs“ gehalten worden war, wurde über die Auflösung des Vereins und den Beitritt zum neu-geschaffenen Centralverband der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands beraten und beides zum Beschluß erhoben. Hierauf wurden dann die Statuten des Centralverbands verlesen und ihnen die Zustimmung der Versammlung erteilt. Das Verbandsorgan, „Der Fleischer“, wird den Mitgliedern gratis geliefert. Aus der Wahl des Hauptvorstands gingen folgende Kollegen hervor: Theodor Kestline, 1. Vorsitzender; Schibowitz, 2. Vorsitzender; C. Mercier, Kassierer; Max Sideri, Schriftführer. Außerdem wurden noch drei Revisoren gewählt. Die Lokalverwaltung Berlin wird aus den Kollegen Schibowitz als Vorsitzendem, Max Sideri als Kassierer und Kestline als Schriftführer sowie zwei Revisoren gebildet. Außerdem wurden noch drei Revisoren gewählt. Unter Verbandsangelegenheiten wurde erwähnt, daß die Berliner Fleischer-Jungmänner die Kündigungszeit für die Ladenschlächter auf Sonntagvormittags 10 Uhr festgesetzt hat. Diese Thatsache wurde allgemein bedauert, da die Gesellen durchgängig einen Wochentag als Kündigungszeit haben möchten, der Gesellen-Ausschuh aber nicht energisch genug hierfür eingetreten sei. Ferner soll auf eine geregelte Arbeitszeit hingewirkt werden. Als Herberge der organisierten Fleischer-Gesellen wurde das Gewerkschaftshaus empfohlen, wohin sich die arbeitslosen Kollegen auch während der Dauer der Arbeitslosigkeit wenden sollen, damit sie so den Armen der Stellenvermittlung entzogen werden. Nachdem sich eine Anzahl Gesellen hatten in den Verband eingetragen lassen, wurde die Versammlung mit einer kräftigen Aufmunterung der Kollegen geschlossen.

Crüdverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlin III. Sonnabend, den 23. d. M., abds. 8 1/2 Uhr, bei Gohlte, Beuthstr. 22: Versammlung.

Centralverein der im Adressenwesen und verwandten Branchen Beschäftigten. Am Sonnabend, den 23. Juni, abds. 8 1/2 Uhr, bei Remden, Wallstr. 57: Außerordentliche Hauptversammlung.

### Vermischtes.

Ueber ein Eisenbahnunglück wird aus Halberstadt gemeldet: In der Nacht vom 20. zum 21. d. M. zwischen 11 und 12 Uhr wurde ein Lastfuhrwerk auf dem nicht verloschenen Ueberwege bei Bude 4 der Strecke Halberstadt-Hendeburg von einem Güterzuge erfasst und zertrümmert. Der Beschäftigte und dessen Sohn wurden vom Wagen geschleudert und verletzt. Ein Pferd getötet.

Ueber ein neu entdecktes Gräberfeld in der Nähe von Königsberg wird der „Königsb. Hart. Ztg.“ geschrieben: Am vorigen Sonntag wurden unter der Leitung des Professors Dr. Heyden und des Herrn Rittergutsbesizers Wehrend-Arnau auf dem sogenannten „Käppchen“ bei Pr. Arnan Nachgrabungen angeestellt, welche höchst überraschende Ergebnisse lieferten. Der ganze Hügel, „Käppchen“ genannt, ist ein bisher unberührtes Gräberfeld aus den ersten Jahrzehnten christlicher Zeitrechnung. Man kann sich eine gute Vorstellung von dem Alter dieser Gräberstätten machen, wenn man die Baumrassen betrachtet, welche über den Gräbern stehen. Fünf dieser Gräberstätten, umbe, etwas gewölbte Steinlager, welche 1-1 1/2 Meter tief in zwei Schichten übereinander liegen, wurden angedeckt. Die Ausbeute der darin gefundenen Gegenstände war verhältnismäßig gering, wie es bei diesen ältesten Gräberstätten gewöhnlich zu sein scheint. Einige kleine Knochenreste, Äsche, mehrere Thonscherben mit erkennbarer Modellierung, ganz verwitterte Thonscherben, drei stark verrostete, ziemlich große Messer resp. Lanzenspitzen, zwei Reste von Schmalen, in deren einer ein winziges Stüchchen Leder befestigt ist, das war vorläufig alles, was gefunden wurde. Die weit das Gräberfeld sich erstreckt, ist noch nicht ermittelt worden.

Mädchenmord. Das zu Hammermühle bei Drossau, unweit Sorau, wohnhafte 13-jährige Schulmädchen Klara Fechner, welches sich am Sonntagvormittag aus der elterlichen Wohnung entfernt hatte, wurde am Montag von Arbeitern an einem Fußweg, welcher durch die jumpfuge Waldschlucht hinter dem Park der Hammermühle führt, etwa hundert Meter seitlich von der Fußstraße, in einer Einsamkeit ermordet aufgefunden. Der Mörder hat sein Opfer anscheinend erst durch einen wuchtigen Schlag in die Stirnregion betäubt und ihm dann mit einem Peil zwei scharfe tiefe Wunden in die Kehle gebrannt. Von dem Täter fehlt noch jede Spur. Man nimmt an, daß es sich um einen Lustmord handelt.

Opfer der Bergkatzerei. Aus Verchiesgaden wird gemeldet: Die beiden seit dem 5. d. M. vermißten Münchener Studenten Georg Klette und Otto Scheer aus Dresden sind Mittwochnachmittag von mehreren Verglethern am Wagnmann tot aufgefunden worden. Beide Leichen waren bereits stark in Verwesung übergegangen. Den äußeren Verletzungen nach zu schließen mußte der Tod sofort eingetreten sein.

Von den Geheimnissen der Polizeiwachen. Aus Wiesbaden, 19. Juni, schreibt man der „Frankf. Ztg.“: Auf einer hiesigen Polizeiwache soll sich ein geradezu ungläublicher Vorgang abgepielt haben. Am vorigen Freitag nachmittag 4 Uhr wurde

der Bädermeister Stiefvater infolge Scheiterns des Pferdes von dem Hoch seines Geschäftsfuhrwerks geschleudert. Man brachte den Bestimmungsorten in das Polizeiwachlokal. Dort soll nun mehrere Personen übereinstimmend bezeugt werden — den bewußtlosen Stiefvater für betrunken erklärt und körperlich mißhandelt haben. Thatsache ist, daß Krebs am andern Tage zu der Frau Stiefvater in den Laden kam, ihr zwei Mark brachte, die er von dem Gelde ihres Mannes für Reinigung des Wachlokals zurückbehalten hatte, und sie ermahnte, nichts von dem Vorfall zu erzählen, wegen dessen man sie sicher befragen würde. Auch an den Polizeier, der gemeinsam mit einem Arzt dem Verunglückten die erste Hilfe geleistet hatte, ist Krebs in ähnlicher Weise heranzutreten. Gerichtliche Anzeige soll bereits erstattet sein. Der Vorfall wird allgemein damit zu erklären gesucht, daß Krebs entweder nicht ganz bei Sinnen oder selbst betrunken gewesen sein müsse. Es ist übrigens derselbe Beamte, der seiner Zeit von Frankfurt a. M. strafweise hierher versetzt wurde.

### Witterungsübersicht vom 21. Juni 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.	Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.
Swinemünde	756	SSW	4	wolfig	16	Daparanda	761	NO	4	wolkenl.	13
Danzburg	757	SSW	4	bedekt	14	Petersburg	—	—	—	—	—
Berlin	757	SW	4	bed. bed.	13	Leit	754	SSW	3	Regen	13
Frankf. M.	760	SS	2	bedekt	15	Aberdeen	754	SS	1	wolfig	14
Hamburg	763	SS	2	Regen	13	Paris	761	SSO	2	bedekt	15
Wien	760	SS	4	wolfig	17						

### Wetter-Prognose für Freitag, den 22. Juni 1900.

Ein wenig wärmer, vielfach heiter, zeitweise wolfig bei schwachen südwestlichen Winden, etwas Regen und Gewitterneigung.

Berliner Wetterbureau.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 7-9 Uhr abds. statt.

A. J. 1. Schwacher Knochen- und Muskelbau. — 2. Zeitliche Untauglichkeit wegen Wasserschlag. — 3. Sehschärfe herabgesetzt bis auf die Hälfte der normalen.

Matrose W. S. 1. Unterleibsbruch, der aber durch ein Bruchband zurückgehalten werden kann. — 2. Im Fall einer Mobilmachung können Sie eingezogen werden; sonst nicht.

Fosanderstraße. Ob während der Anwesenheit des Kaisers in Wiesbaden die Militärposten 5 M. erhalten haben wissen wir nicht. Vielleicht ist einer unserer Leser über diese wichtige Frage unterrichtet.

G. M. 130. Rücklauf hat in der Hauptsache eine Spurweite von 1,524 Meter, während die gewöhnliche Normalspur 1,435 Meter beträgt.

F. H. G. G. In ärztlichen Angelegenheiten können wir keinen Rat geben. Rechtsanordnungen finden Sie im zweiten Teil des Adressbuchs verzeichnet.

A. S. 1. Das ist nicht Staatsanwaltschaftsangelegenheit. Sie können gegen Ihren Schuldner beim Amtsgericht auf Zahlung des längst fälligen Darlehens klagen. 2. Es ist zweckmäßig, wenn auch nicht notwendig, in Ihrem Fall beim Bezirkskommando Auslandsurlaub zu beantragen. — R. in W. Die Post ist im Recht. Entweder Sie lassen Ihre Firma eintragen, nur dann wird das unter Ihrer Firma eingehende Geld an Sie gezahlt, oder Sie bezeichnen (dem Geier entsprechend) sich und Ihren Adressanten als Sie Inhaber, dann werden die an Ihre Adresse eingehenden Gelder auch an Sie ausgezahlt. Die Post zahlt an nicht firmenberechtigten Geschäftsinhaber die an die Firma eingehenden Gelder nicht aus. Ist Ihr Geschäft kein kaufmännisches, so genügt Ihrem Zweck auch die Bezeichnung Adolf A. und Friedrich S. Unter diesen Namen eingehende Gelder werden an Sie beide gemeinsam oder falls Sie sich gegenseitig (notariell oder gerichtlich beglaubigte) Vollmacht erteilen, dann jeden von Ihnen ausgezahlt. — P. Rein.

B. K. Der Gehörte hattet für die dem Was in seiner Wirtschaft abhandeln gekommene Garderobe. — Hedem. Ja. — J. R. 1. Wer ein Tier hält, haftet, auch wenn das Tier nicht bösbärtig ist, für den durch das Tier angerichteten Schaden. Der Besitzer des Hundes, welcher ihn nicht geistlich hat, hat also die gesamten Heilungskosten zu tragen und die Nachteile durch eine Weidreite zu ertragen, die der Hundesherr für den Erwerb oder das Fortkommen ihres Kindes in der Zukunft haben könnte. Die Klage verjährt in 3 Jahren. 2. Sie kosten für die Schulden ihres minderjährigen Sohnes nur dann, wenn dieser sie mit Ihrer Genehmigung gemacht hat, oder wenn sie notwendig sind und Sie verpflichtet um Sorge für Ihr Kind ersucht waren. — M. P. 70. 1. Im Regierungsbezirk Königsberg. 2. Ja. — F. S. C. Eine doppelte Veranlagung ist in dem von Ihnen mitgeteilten Fall möglich. Das Betreffende kann bei der Gemeinde, die zuletzt Steuern erfordert hat, unter Vorlegung des Sachverhalts Nachzahlung beantragen. — M. W. Pauschalweg. Da Sie das 21. Lebensjahr zurückgelegt haben, genügt die Einwilligung Ihres zukünftigen Lebensgenossen. — M. S. 19. Sie können auf Veranlassung der Bische und anderen Sachen, eventuell auf Schadenersatz beim Amtsgericht klagen. Zur Erhebung der Klage ist der Bestand eines Amalals nicht erforderlich. Amtsgewaltige Klagen können (unter Beobachtung der Formalien) schriftlich bei dem Gericht eingereicht oder zu Protokoll des Gerichtsschreibers (in Berlin Neue Friedrichstr. 13, Amelbede) erklärt werden. — M. W. Sie können auf Veranlassung der Hechtigkeit und auf Schadenersatz beim Amtsgericht klagen. — W. M. 100. 1. Ja. 2. Rein. — G. F. Rein.

C. Döring 23. Wenn zwischen Ihnen vereinbart war, daß die gesamten Kosten gemeinsam geteilt werden sollen, so ist diese Vereinbarung auch bei Nichtzahlung einer Klasse gültig. Ist eine solche Vereinbarung nicht getroffen, so steht jedem Teil jederzeit der Austritt frei, er kann aber auch im Fall des Gewinns nicht Zahlung verlangen, wenn er nicht vorher gezahlt hatte.

## Central-Verband der Zimmerer

(Zahlstelle Berlin.)

Am Sonntag, den 24. Juni, vormittags 10 Uhr, im Lokal „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20:

### Mitglieder = Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Groppe über: „Technische Fortschritte im Baugewerbe“. 2. Wahl eines Vergütungskomitees zum diesjährigen Stiftungsfest. 3. Bericht des — Um zahlreiches Erscheinen ersucht 254/14

### Achtung! Rabitzpuzer. Achtung!

Am Freitag, den 22. Juni, abds. 8 Uhr, in Feuerzind Festsalen, Alte Jakobstraße Nr. 75:

### Außerordentl. Mitgliederversammlung

der Zahlstelle III des Centralverbands deutscher Maurer.

Tages-Ordnung:

Stellungnahme zum Ausstand der Rabitzspanner. 252/11 Die örtliche Verwaltung.

### Achtung! Bauarbeiter Achtung!

Berlin und Umgegend. Sonntag, den 24. Juni, mittags 12 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15

### Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die Agitation der Bauarbeiter in der Provinz Brandenburg. 2. Diskussion. 3. Bericht der Gewerdegewerkschaften. 4. Bericht des. Um rege Beteiligung ersucht Die Lokalkommission. J. A.: Oskar Böttcher. 30/7

### Johannisthaler Volksgarten,

Köpnicker- u. Friedrich-Strassen-Ecke.

Im neuerbauten Saal jeden Sonntag TANZ. Kaffeeliche, Regelmäßig, große Ausspannung. Speisen und Getränke in bekannter Angut Zeugelieben. 4795/2

### Cohns Festsäle,

Beuthstrasse 19/20. Empfehle meine Säle zu Versammlungen. September und Oktober noch einige Sonnabende und Sonntage frei. (48900/2)

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau Emma Tischler, geborene Michel, am 20. Juni verstorben ist.

Die Beerdigung findet am 23. Juni, nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle in Wilhelmshagen aus statt.

Der trauernde Gatte, Hermann Tischler.

### Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meines geliebten Mannes, des Restaurateurs Fritz Schnelder

sage ich allen Verwandten und Bekannten meinen innigsten Dank.

Auguste Schneider, geb. König.

### Natur-Heilverfahren.

Gant. Gant. u. Wundenleiden. Frauenkrankheit. heilt sicher ohne Beunruhigung. (36782) R. Wagner, Invalidenstr. 151/1 9-2, 5-9, Sonntags 9-2.

### Das grösste Lokal

an der Nordbahn, geeignet für große Korporationen u. Partien empfiehlt Adolf Ebel, 15686 Birkenwerder.

### Für Dampferpartien!

„Zum Sportschau“ in Ziegenhals bei Zenthen. (Vorortstation der Grlitzer- u. Stadtbahn. Neu eröffnet! Herrlich am Wald und Wasser gelegen. Dampferfest. Juni, Juli und August noch Sonnabende und Sonntage frei. Gänzlich renoviert! Jede Auskunft, auch per Telefon. 4639/2 Hugo Engel, Berlin O., Tiltterstr. 87. Tel. Amt VII Nr. 3242.

### Charlottenburg.

M. Schmerberg (40932) Wilmersdorfer-Strasse 127, Uhrmacher und Goldarbeiter. Großes Lager von Uhren und Goldwaren zu außerst billigen Preisen. Optische Artikel. Dichtender perlen schmerzlos gelassen.

### Zahn-Klinik Vr. Teitzblg.

Frau Olga Jacobson, Dent. 82/67 Invalidenstr. 145.

### Verband des Technischen Wägen-Verbands.

Sonnabend, den 23. Juni 1900, abds. 11 Uhr, Neue Köhler 3:

Versammlung. 15696 1. Bericht über Organisations-Bestrebungen der auswärtigen Kollegen. 2. Verbands-Angelegenheiten. 3. Bericht des. Um zahlreiches Besuch bitten Der Vorstand.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

**Freitag, den 22. Juni.**  
Schauspielhaus. Die Welt, in der man sich langweilt. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Neues Opern-Theater (Kroll). Der Mikado. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Hilf. Daisy (A runaway girl). Anfang 7 1/2 Uhr.  
Berliner. Die deutschen Kleinfädler. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Reichenz. Die Dame von Maxim. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Neues. Blätterwoche. Anfang 8 Uhr.  
Wesken. Die Geisha. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Schiller. (Moritz - Oper) Amelie oder: Ein Rosenball. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Central. Berlin nach Elb. Anfang 8 Uhr.  
Carl Weisk. Am Spieltisch des Lebens. Anfang 8 Uhr.  
Victoria. Sündige Liebe. Anfang 8 Uhr.  
Friedrich. Wilhelmshüttesches. Wilhelm Tell. Anfang 8 Uhr.  
Schauspielhaus. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
Selle. Alliance. g 184. Anfang 8 Uhr.  
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Der Bauerer am Nil. Anfang 8 Uhr.  
Apollo. Spezialitäten - Vorstellung. Renn auf Erden. Anfang 8 Uhr.  
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.  
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
Urania. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 6-10 Uhr: Sternwarte.  
Zauberstraße 48/49. Abends 8 Uhr (im Theaterloos): „Von den Alpen zum Vesuv“.

### Schiller-Theater

(Wallner-Theater).  
**Morwitz-Oper.**  
Freitag, abends 7 1/2 Uhr:  
Amelie oder Ein Maskenball.  
Große Oper in 5 Akten v. G. Verdi.  
Sonntag, abends 7 1/2 Uhr:  
Populäre Vorstellung  
(bei halben und ermäßigten Preisen):  
**Czar und Zimmermann.**  
Sonntag, nachmitt. 3 Uhr:  
Populäre Vorstellung  
(bei halben und ermäßigten Preisen):  
**Das Nachtlager in Granada.**  
Sonntag, abends 7 1/2 Uhr:  
**Die Hugenotten.**

### Central-Theater

Anfang 8 Uhr.  
**Sensationeller Lacherfolg!**  
**Berlin nach Elb.**  
Gr. Posse in glänzender Ausstattung. Die sensationellen Vorgänge: **Bisonbahn-Quartett! Schokolade! Aufzug der Parfums.** (Wunderbares Ballett.)  
Morgen und folgende Tage: Berlin nach Elb.

### Carl Weiss-Theater

Gr. Frankfurterstraße 132.  
Vorletzte Woche!  
**Am Spieltisch des Lebens.**  
Sensationsspiel in 8 Bildern von Witterfeldt und Siemer.  
Anfang 8 Uhr.  
Vorabend: **Die Geisha** (Gästliche).

### Victoria-Theater.

Alexanderplatz.  
**Sündige Liebe.**  
Sittendrama in 4 Akten v. H. Steinmann.  
!! Kleine Preise !!  
Anfang 8 Uhr.

### Apollo-Theater.

Am 9 Uhr:  
Mit sensationellem Erfolg:  
**Venus auf Erden.**  
Premiere:  
Iben Obed — Frères Hoste.  
Neu! Bernhard Wörbich. Neu!  
Brothers Morosi — Eva Haller.  
**Krüger u. Kirsten.**  
Kosmograph.  
Schauspielhaus 8 Uhr. — Garten:  
Konzert 6 1/2 Uhr. — Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

### W. Noacks Theater.

Brunnenstraße 16.  
Täglich:  
Theater und Spezialitäten-Vorstellung.  
**Hunderttausend Mark**  
Posse mit Gesang in 1 Akt von Leopold G. v. Braun. Musik von D. D. D.  
Neu! Grüne Jungs. Neu!  
Operetten-Posse in 1 Akt von Leopold G. v. Braun. Musik von Victor Holländer.  
Im Saal: **Großer Ball.**

## Urania

Taubenstrasse 48/49.  
Im Theater abends 8 Uhr:  
„Von den Alpen zum Vesuv“.  
Invalidenstr. 57/62:  
**Tägl. Sternwarte.**  
Nachmittags 5-10 Uhr.

### Passage-Panopticum.

Vorletzte Woche!  
**Riesen u. Zwerge.**  
Von 7 Uhr ab:  
**Spezialitäten-Vorstellung**

### CASTANS PANOPTICUM

Friedrichstr. 165.  
**Magische Wunder-Vorstellungen.**  
!! Eine sensationelle Neuheit !!  
Neu! Neu!  
**Rumänische Original-Konzert-Gesellschaft**  
„Senescu“.  
Die Helden des Transvaal-Kriegs.

### Belle-Alliance-Theater.

**Grosser Elite-Tag!**  
Am herrlichen Sommergarten:  
- Grosses Militär-Doppelkonzert. -  
Spezialitäten-Vorst. 1. Ranges.  
Weltbekannte Illumination.  
!!! Sensationelle Neuheit !!!  
Im Märchenwald.  
(Elektrischer Feuerregen).  
Anf. 6 Uhr. Einz. 1 Mk. Ende 11 Uhr.

### Metropol-Theater.

Täglich 9 Uhr 10 Min.:  
**Der Zauberer am Nil.**  
Beste Ausstattung: Operette.  
- **Mumien-Ballett** -  
und das brillante  
Juni-Spezialitäten-Programm  
Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

### Puhmanns Vaudeville-Theater.

Schönhauser-Allee 148.  
Kastanien-Allee 97-99.  
Täglich:  
Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.  
Künstler 1. Ranges. - Im renovierten Saal: Großer Ball. - Anfang 4 Uhr.  
Lehmann.

### Ostbahn-Park

Hermann Imbs  
71 Rüdersdorfer Straße 71  
am Rüdersdorfer Platz.  
Täglich **Konzert, Theater** und Spezialitäten-Vorstellung.  
Nur erstklassige Nummern.  
Anf.: Sonntags 4 Uhr. Entree 20 Pf.  
Kinder 10 Pf. Spermig Nachzahl. 20 Pf.  
Anf.: Wochent. 5 Uhr. Entree 10 Pf.  
Kinder 10 Pf. Spermig Nachzahl. 10 Pf.  
Hermann Imbs, Direktor.

### Prater-Theater.

Kastanien-Allee 7-9.  
Täglich: **Der wilde Jäger.**  
rom. Sage m. Gesang u. Tanz in 4 Akten v. Hugo Schulz, Musik v. H. Reichen. - Ballett und Leistung d. Ballettmäxisten Karl Böring. - Kostüme d. Grandiosen Chantonnets-Musik-Berch d. Grandiosen Zwettlischen Gebr. Mikardo. Tamara. Quartett. Ueberle-Troupe, Akrobaten, Brothers Vebre, Verhe-Akrobaten, Fred u. Max, Chiristen. The Greenwood, Fantomine: „Die mault Schmeichele.“ - Konzert. - Im Saal: Ball. Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf. Nummerierter Platz 50 Pf. Kalbo.

### Halensee.

Sommer-Theater „Kurfürstenpark“  
Ludwig Kluge.  
Kritik. Leitung: Direktor Oskar Wagner.  
Gente und folgende Tage:  
**Odysseus Heimkehr.**  
Burdette von Oskar Wagner. Musik von Fritz Krause. (4859)\*

### Reichshallen.

Täglich: **Stettiner Sänger.**  
Anfang:  
Wochentags 8 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.  
Entree 50 Pfennig.  
Vorverkauf 40 Pf.

### Fahrräder.

Stets großes Lager  
erstklassiger Fabrikate auf Teilsahl,  
ohne Preisermäßigung  
zu den constanten Fabrikpreisen.  
Wenig gebrauchte  
Räder für Herren und Damen zu  
billigen Preisen unter Garantie.  
**Adomeit & Landau**  
Lothringerstraße 48 I.  
Dicht am Rosenthaler Thor.

## Imbs Ostbahn-Park, Rüdersdorferstr. 71.

Montag, den 25. Juni 1900:  
**Grosses Kinderfest**  
arrangiert von den Parteigenossen des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises (Oh).  
Kinderbelustigungen aller Art. Jedes Kind erhält am Eingang eine Stocklaterne gratis.  
Die Kaffeelücke ist von 2 Uhr an geöffnet. Entree 25 Pf. Kinder frei. 215/8

## See-Terrasse

Röderstr. 6, Lichtenberg  
(zwischen Landsberger Allee und Dorf Lichtenberg).  
Spittelmarkt-Eldenaerstrasse (Central-Viehhof).  
Verbindungen: Spittelmarkt-Landsberger Allee (Ringbahnhof); Spittelmarkt-Frankfurter Allee (Ringbahnhof), von da mit der Herzberger Pferdebahn bis vor die Thür; Spittelmarkt-Eldenaerstrasse (Central-Viehhof).  
Herrlichstes Sommer-Etablissement mit 1/2 Morg. grossem See und grossem Vergnügungs-Park. 25000 Personen fassend. Gondel-Korso, Aussichtsturm, Kaffeeküche, täglich geöffnet, vier gedeckte Kegelbahnen, Kinder-Sportplatz, Luftschaukel, 2 grosse Tanzsäle und Variété-Theater.  
Sonntag, Montag u. Donnerstag: **Grosser Tanz.**  
Wochentags: Entree frei!  
Avis! **Sonntag, den 24. Juni:** Grosses Doppel-Konzert. Brillant-Land- und Wasser-Feuerwerk, grosse Schlachtmusik. Im Variété-Theater, woselbst kein Eintrittsgeld erhoben wird, das Auftreten des weltberühmten Zauberkinstlers und Spiritisten Herrn Professor **Fliege und Frau** in 4 Vorstellungen von nachmittags 4 bis 10 Uhr. Entree: 20 Pf., Kinder frei!  
Den pt. Vereinen werden jederzeit die denkbar günstigsten Konzessionen gewährt.

Im Zoologischen Garten  
Ausstellung unserer neuesten Kolonie  
**Samoa**  
Samoanisches Dorf. - Urwald.  
Eingeborne Männer, Frauen, Kinder, Dorfjungfrau, Häuptlinge, Krieger in vollem Kriegsschmuck, Spassmacher. Einzig in der Welt dasteh. Vorführungen, unerreicht an Kraft, Gewandtheit u. Grazie. Ethnologische Sammlung ohne Extra-Entree. Geöffnet v. 9-12 u. 3-8 Uhr. Vorstellungen um 11 Uhr vorm., 3 1/2, 5, 6 1/2 Uhr nachmittags.  
Entree direkt in die Ausstellung, ohne den Besuch des Zool. Gartens, Eingang an der Stadtbahn: 50 Pf., Kinder 25 Pf., Besucher des Zool. Gartens zahlen 25 Pf., Kinder 15 Pf.

## Schweizer-Garten.

Am Königsdörfer. - Am Friedrichshain.  
Täglich: **Konzert, Theater, Spezialitäten-Vorstellung und Ball.**  
Volksbelustigungen aller Art.  
Anfang 4 resp. 5 Uhr. - Entree 30 Pfennig.  
Jeden Abend 10 Uhr: „Es ist erreicht.“  
Gefangnisse mit Tanz und Evolutionen.

## Max Kliems Sommer-Theater

Spandauer-Str. 13-15.  
Artistische Leitung: **Paul Mühlitz.**  
Täglich: **Gr. Doppel-Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.**  
Hilf. Troupe - Brothers Mikardo - Rih Ella - Dr. Alphonse - Karl Kromer - Minna Schön (erstaunliche Spezialitäten).  
Jeden Montag: **Sommerfest**. - Mittwoch: **Die beliebten Kinderfeste**. - Donnerstag: **Elite-Tag.**  
Die Kaffeelücke ist täglich von 2 Uhr an geöffnet.  
2 hochgelegene Kegelbahnen, Würfelsbuden, Roulette, Blumenstand etc.  
Sonntag, Montag und Donnerstag: **Familien-Kränzchen.**  
Max Kliem.

## Dampfer-Partie

Montag, den 25. Juni, früh 8 1/2 Uhr,  
Abfahrt: **Stralauerbrücke 5:**  
nach Gesellschaftshaus „Dänemerk-See“  
in Hessewinkel.  
Preis für Hin- und Rückfahrt (inkl. See-Fahrt): 1 Mark, schulpflichtige Kinder 50 Pf.  
Der sich ergebende Ueberschuss ist zum Besten des Baufonds der Frei-religiösen Gemeinde bestimmt.  
Billets werden nur in beschränkter Anzahl ausgeben, und sind nur (soweit noch Platz) bei den Unterzeichneten zu haben.  
H. Hoffmann, Blumenstr. 14. I. W. Mohs, Am Oberbaum 2. G. Veage, Rüdersdorferstr. 48, Ouergeb. II.

## TEMPELHOFER

Tempelhof  
Berliner-Str. 50.  
Größtes u. schönstes Garten-Etablissement bei Berlin!  
Heute, Freitag, 22. Juni, nachm. 7 1/2 Uhr:  
**I. große Soiree d. Norddeutschen Sänger**  
(Clime, Cahndley, Walter, Nega, Sieg, Schmidt, Raak).  
Entree 20 Pf. (1550h) Refectierplatz 30 Pf.  
Diese Soireen finden fortan jeden Freitag statt.  
Heinrich Stein, früher im „Bayr. Hof“.

## Schultze,

Wasserthorstr. 1/2, I.  
Behandlung aller Haut-, Horn- und Blasenleiden ohne jegliche Verunreinigung. 3973L\*  
Sprechstunden 9-2 u. 5-9.  
Donnerstagsvormittag keine Sprechstunde.  
Bei Verlegung der Verbandstare 10 Pro.

## Böhm'sche Malzbier-Brauerei

Emil Cantieni, 14895\*  
Goldbergstr. 19. T. A. II. 2369.  
Prima Malz, u. Weisbier zum Selbstbrennen, jedes u. billiges Familiengetränk a Lit. 10 Pf., Versand in Fässern a 5 u. 10 Lit. frei Haus

## Victoria-Bräuerei.

Lützowstr. 111/112.  
Im Garten oder Saal  
Täglich:  
**Norddeutsche Sänger**  
(Hörmann, Gork, Walde).  
Anfang: Sonntags 7, Wochentags 8 Uhr.  
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.  
Familien-Billets 3 Stück 1 Mk.  
Sonn- nur in der Woche gültig.  
Sonntags und Donnerstags:  
**Tanzkränzchen.**

## Deutsche Konzerthallen

Spandauer Brücke 3.  
Eingit in seiner Art.  
Ohne jede Konkurrenz.  
Billigste Familien-Unterhaltung.  
Wochent. abends 8 Uhr freies Entree.  
**Massen-Konzerte.**  
Italien. Familiaren - Bande Rocco.  
Epyraler Alpenfänger Michel Höpp.  
Rumänisches Orchester Vaser.  
Deutsche Damenkapelle Gungold.  
Theater-Abteilung: Abends 7 1/2 Uhr.  
u. 2 Mk. an Zeitzahlung.  
Reparatur in 2 Stunden.  
Zahnziehen schmerzlos!  
Flombieren. Sprechz. 8-8.  
Blumenstr. 25.  
Ed. Marfussstr.

## Socialdemokrat. Verein zu Schöneberg.

Sonntag, den 24. Juni 1900,  
in Wittes Volksgarten, Wilmersdorf, Berlinerstr. 40:  
**X. Stiftungsfest.**

**Vokal- und Instrumental-Konzert**  
unter gütiger Mitwirkung der Gesangsvereine  
**Freiheit Westen, Rote Nelke, Gerechtigkeit, Frohe Hoffnung** (Mitgl. d. U.-S.-V.)  
unter Leitung des Dirigenten Herrn Schönberger.  
**Festrede,**  
gesprochen vom Reichstags-Abgeordneten Fr. Zubell.  
Die Kaffeelücke ist von 2 Uhr ab geöffnet. Im Saal: **Tanz.**  
Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf nach. Jedes Kind erhält eine Karte zur Berechtigung einer Stocklaterne gratis.  
Anfang des Konzerts 4 Uhr. Entree 20 Pf.

## Rixdorf.

**Centralverband d. Zimmerer Deutschlands**  
(Nahstelle Rixdorf).  
Sonntags, den 23. Juni 1900, in Lanfners Festsaal,  
Bergstraße Nr. 151-152:  
**II. Stiftungsfest.**

Kauftreten der beliebten Gesangs-Theater-Gesellschaft Strzelewicz. - Die Musik wird ausgeführt von der Organisation der Berufsmusiker.  
Nach der Vorstellung: **Großer Ball.**  
Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.  
Anfang 8 1/2 Uhr. [254/13] **Billet 25 Pf.**  
Hierzu ladet ergebenst ein **Das Komitee.**

## Deutsche Schuh-Fabrik

vorm. G. Markus & Co., Ges. m. beschr. H.  
**Erfurt-Ilversgehofen**

Renommiertes Fabrikat. Beste Zuthaten.  
Wir empfehlen:  
Herren-Zugstiefel, gewalbt, Spezialität 7 Mk.  
" " " ohne Naht, Ziegel 8,50 Mk.  
" " " Befeh u. Knopferzeugung 3,90, 4,50, 5,50, 6,50, 7,50 bis 15 Mk.  
" Agrarstiefel, Befeh, 6,50, 7,50, 8,50 bis 18 Mk.  
" Schnür-, Zug-, Haus-, Kellnerschuhe in den verschiedensten Dessins und Breitenlagen.  
Arbeitschuhe, reell, solid, kräftig, 4,50 bis 6,50 Mk.  
Schaffstiefel, Reitsstiefel.  
Damen-Zugstiefel 2,60, 3,50, 4,50, 5,50 bis 14 Mk.  
" Knopf- u. Schnürstiefel, elegant, mit Befeh u. Kappe, von 3,50 Mk. an.  
" Schnürschuhe . . . . . von 3,50 Mk. an.  
" Hausschuhe . . . . . von 3,00 Mk. an.  
Knaben-, Mädchen- u. Kinder-Stiefel u. Schuhe, äusserst solid gearbeitet,  
zu anerkannt sehr billigen Preisen.

Ballschuhe in den geschmackvollsten Mustern von 2,50 Mk. an.  
Grösste Auswahl in Gummi-, Turn-, Reise- u. Filzschuhen, sowie Pantoffeln in allen Preislagen.  
Die Verkaufspreise werden von der Fabrik aus auf die Sohlen aufgestempelt, daher jede Ueberschneidung ausgeschlossen. (40072\*)  
Verkaufsstellen:  
Berlin SW., Belle-Alliance-Str. 102.  
W., Schillingstr. 12.  
Ziethen, Reichshagenstr. 14.  
Hannover, Koenigsplatz 7a.  
Hamburg, Steinstr. 16.  
München, Sendlingerstr. 10.  
Dachau, Dachauerstr. 7.  
Düsseldorf, Schadowstr. 57.

Rhein a. Rh., Eigelstein 66.  
Frankfurt a. M., Liebfrauenberg 26.  
Zell 67.  
München, Sendlingerstr. 10.  
Dachau, Dachauerstr. 7.  
Düsseldorf, Schadowstr. 57.  
Kamellenstr. 28.



Kommunales.

Stadtvorordneten-Versammlung.

22. Sitzung vom Donnerstag, den 21. Juni 1900, nachmittags 5 Uhr.

Stadttrat Jabel ist wegen Verlegung seines Wohnsitzes von Berlin aus dem Magistratskollegium ausgeschieden.

Die Ausschüsse für die Vorlagen, betreffend die Niederlegung des Scheunenviertels, das Feuerwehr-Denkmal auf dem Mariannenplatz und die Vorbereitung der Wahlen für den Bezirksausschuß zu Berlin sind vor der Sitzung gewählt und haben sich konstituiert.

Gegen die Entscheidung der Versammlung in Sachen der Billigkeit der Wahl im 44. Bezirk III. Abteilung (Stadtvi. Glöde) ist von einigen Protestierenden die Klage im Verwaltungsstreitverfahren erhoben worden. Die Versammlung wird durch den Rechtsanwalt Hugo Sachs vertreten werden.

Die Vorlagen betr. die Beschaffung zweiflügeliger Parkbänke für einige im Bau begriffene Gemeindeflächen und betr. die Festsetzung einer neuen Baufluchtlinie längs der Grundstücke Neue Schönhauserstraße 3-8 werden ohne Debatte angenommen.

Zwischen der Straße Alt-Moabit und der Spree soll eine neue Verbindungsstraße geschaffen werden, die das Grundstück der Schomburgschen Porzellanfabrik, Alt-Moabit 95/97, durchschneidet. Herr Schomburg hat 1893 die Anlegung dieser neuen öffentlichen Straße 18A Abt. VII des Bebauungsplans beantragt; die Erledigung der Angelegenheit hat aber dadurch eine Verzögerung erfahren, daß Herr Schomburg nachträglich auf der Verbindung der neuen Straße durch eine Fahrbrücke mit dem Hofsteiner Ufer bestand, während die Stadt nur zur Errichtung einer Fußgängerbrücke bei gelegener Zeit bereit war. Neuerdings hat sich nun Herr Schomburg bei letzterer Brücke berichtigt, zu deren Kosten er 20 000 M. beitragen will, wie er sich auch verpflichtet hat, die 18 Meter breite Straße, für die er ebenso wie für die künftige Uferstraße das von seinem Terrain erforderliche Grundstück unentgeltlich abtritt, zu regulieren, zu pflastern, zu entwässern und während der ortstatutarischen Frist zu unterhalten, zu beleuchten und zu reinigen. Die begüßliche Vorlage datiert schon aus dem September v. J. Der für sie niedergelegte Ausschuß, der Ende Januar zum erstenmal zusammentrat, hat nach neuerlichen langwierigen Verhandlungen mit Herrn Schomburg jetzt der Versammlung empfohlen, der Vorlage mit der Maßgabe zuzustimmen, daß die neue Straße bis auf 30 Centimeter an das Reichs-Gebäude Grundstück nach Westen verschoben wird, die Stadtgemeinde aber den Brückenbau so zeitig in Angriff nimmt, daß er zugleich mit der Straße fertig gestellt wird.

Ohne Diskussion genehmigt die Versammlung die Ausschüßanträge.

Der Antrag Singer: Den Magistrat zu ersuchen, schleunigst Vorkehrungen zu treffen, um der zum Schaden der kleinen Abnehmer seit längerer Zeit erfolgten Einschränkung der Abgabe von Coals aus den städtischen Gasanstalten abzuhelfen.

Ist von dem niedergelegten Ausschuß „in Rücksicht auf die von dem Magistratsvertreter Stadtrat Kamelau abgegebenen Erklärungen“ mit 6 gegen 3 Stimmen abgelehnt worden, desgleichen ein ähnlicher Antrag des Stadtv. Prezel. Auch ein im Ausschüß gestellter Antrag:

Den Magistrat zu ersuchen, die städtischen Werke anzuweisen, soweit angängig, die Coalsfeuerung einzustellen, um der Kohlemot der kleinen Leute zu feuern, diese Coalsmengen aber nur im Einzelverkauf abzugeben.

Referent ist Stadtv. Gerstenberg.

Stadtv. Jubel hat den im Ausschüß eingebrachten Antrag mit der Modifikation wieder aufgenommen, daß die Coalsfeuerung „für dieses Jahr“ eingestellt und das dadurch freiwerdende Quantum nur in kleineren Quantitäten im Einzelverkauf abgegeben werden soll, und fährt dazu folgendes aus: Im Ausschüß hat man das Verfahren des Gasurators mit dem strengen Winter, den politischen Verhältnissen, welche die Zufuhr aus England ausschlossen, und mit dem böhmischen Streik entschuldigt. Alle diese Verhältnisse waren aber dem Kuratorium schon im vorigen Herbst bekannt, wie aus einer Antwort des Stadtrats Kamelau an den Bund der Handel- und Gewerbetreibenden in Berlin zweifellos hervorgeht. Es ist deshalb um so unverständlich, wie das Kuratorium dazu kam, noch 300 Waggons Coals im Januar abzuschließen. An den Verträgen, welche ja bis Ende des Jahres laufen, ist nichts mehr zu ändern; in den Sommermonaten wird ja auch die Nachfrage etwas geringer sein; der Winter geht doch aber nicht erst im Januar, sondern oft schon im Oktober und November ein, wie es im letzten Jahre geschehen ist, und dann kann dieselbe Coals-Laminität sich wiederholen. Wäre es da nicht möglich, in diesen städtischen Anstalten wenigstens ausnahmsweise die Coalsfeuerung einzustellen und mit Steinkohlen zu feuern, damit die kleinen Leute nicht wieder zu so enormen Preisen Coals zu kaufen brauchen? Die Brennmaterialien-Deputation hat ja schon für alle Fälle über 300 000 Centner Steinkohlen abgeschlossen. Das Kuratorium hat ja auch zugestanden, daß nicht ganz richtig gehandelt worden ist. Wenn auch die meisten andern städtischen deutschen Gasanstalten den Coals nur en gros abgeben, so ist das noch lange nicht maßgebend für Berlin. Der Abnehmerkreis für das Gas wird immer größer; demgegenüber hat die Verwaltung auch dafür zu sorgen, daß den Abnehmern genügend Coals zur Verfügung steht. Zum Herbst werden zahlreiche Petitionen an die Versammlung gelangen, welche den Gedanken der Festsetzung eines bestimmten Preises anregen werden, event. wenigstens für die Zeit bis April, damit nicht diese kolossalen Preise für Coals weiter gezahlt zu werden brauchen, von denen der Stadttrat im Ausschüß erklärte, daß sie im Herbst sogar noch weiter steigen dürften.

Stadtv. Jacobi ist erstaunt, daß trotz der Ausschüßverhandlungen Herr Jubel immer noch an seinen Ausstellungen festhält. Der Gedanke der Festsetzung eines Coalspreises sei unangehörig. Wenn der Coals in Berlin 80 und in Hamburg bloß 70 Pf. koste, dann bleibe er doch der Stadt auf dem Halse. Danach sei der Standpunkt des Herrn Jubel nicht zu begreifen. (Stadtv. Stadthagen ruft: Das ist doch kein Grund, daß Sie etwas nicht begreifen! Heiterkeit.) Die Preise aller Feuerungsmaterialien seien gestiegen. In Bezug auf Kohleneinfuhr habe die Gaswerk-Verwaltung außerordentlich glücklich operiert. Die Ablosung von 300 Waggons an einen Großindustriellen im Januar sei Thatsache, aber der Betreffende habe seinen Fabrikbetrieb, um der Stadt als Abnehmer entgegenzukommen, auf Coalsfeuerung eingerichtet, und das Quantum sei bloß 1 Proz. der gesamten Produktion. Die Feuerungs-Einrichtungen in den Schulen könne man doch nicht nach einem Jahr schon wieder abändern.

Nach Ablehnung des Antrags Jubel beschließt die Versammlung gemäß dem Antrag des Ausschüßes.

Nach den Ausschüßanträgen soll die Errichtung der Säule mit dem springenden Hahn auf der neuen Köpferstraße-Brücke nach dem Modell des Bildhauers August Vogel genehmigt werden, auch im übrigen die architektonische Ausgestaltung der Außen- und Innenseiten der Brücke in der vorgeschlagenen Weise erfolgen. Die Versammlung beschließt dementsprechend ohne Debatte nach dem Referat des Stadtv. Ladevieg.

Die Vorlage wegen anderweiter Regelung der Gehaltsbezüge der Zeichenlehrer an den städtischen höheren Schulen entspricht einem seit zwei Jahren von der Versammlung in wiederholten Resolutionen geäußerten Wunsche.

Stadtv. Preuß bespricht Ausschüßberatung, da nachgeprüft werden müsse, ob nicht durch Erhöhung der Pflichtstundenzahl auf 24 die Zeichenlehrer zu vollbeschäftigten technischen Lehrern gemacht

werden könnten und man so hinsichtlich der Gehaltsfrage ganze Arbeit zu machen in der Lage sei.

Die Stadtv. Schwalbe und Glöde sind damit einverstanden.

Die Vorlage geht an einen Ausschüß. Eine umfangreiche, von uns bereits wiederholt skizzierte Magistratsvorlage bezweckt, das Einverständnis der Versammlung dafür zu erlangen, daß in Zukunft grundsätzlich neue Straßenbahnlinien für Rechnung der Stadtgemeinde gebaut und betrieben werden, sowie daß die Verwaltung des städtischen Straßenbahnwesens einer besonderen Deputation übertragen wird, welche die gleiche Selbstständigkeit und die gleichen Befugnisse wie die sonstigen Verwaltungs-Deputationen genießt, das Personal für Bau und Betrieb annimmt und entläßt, auch für die Feststellung der Fahrpläne zuständig ist. Auf den städtischen Straßenbahnen soll der Einheitsstarif von 10 Pf. sofort zur Einführung gelangen. Den oder die Betriebsleiter anzunehmen behält sich der Magistrat unter Anhörung der Versammlung vor; über die Errichtung einer Pensionskasse sollen die Gemeindebehörden befinden.

In der Begründung heißt es: Wir tragen kein Bedenken, die Vorlage trotz der vorgeklärten Zeit noch kurz vor Eintritt der Sommerferien der Versammlung zu unterbreiten, denn es wird dadurch am einfachsten ermöglicht, jedem Mitgliede Gelegenheit zu einer längeren und eingehenden Prüfung zu gewähren.

Stadtv. Gerstenberg meint im Anschluß an diese Auslassung, daß der Magistrat damit der Versammlung eine Ferienarbeit aufgeben wolle, und beantragt die Vertagung der Beratung bis zum 1. Oktober.

Ohne weitere Debatte wird demgemäß beschloffen. Schluß 7 1/4 Uhr.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Verschiedene Geschäftsinhaber der Ulrechtstraße veranstalten in dem gesperrten Lokal von Krause in der Scharnweberstraße zu Reinindorf ein sog. Volksfest, zu welchem Karten in Arbeiterkreisen vertrieben werden. Die Parteigenossen wollen von dieser Mitteilung Notiz nehmen. Die Lokalkommission.

Der Wahlverein für den zweiten Reichstags-Wahlkreis veranstaltet zum Sonnabend einen Ausflug nach der Treptow-Sternwarte. Abends 9 Uhr wird ein Vortrag gehalten, sodann erfolgt die Besichtigung des Feuerwerks. Treffpunkt vor der Sternwarte. Billets sind zum ermäßigten Preise von 50 Pf. erhältlich.

Arbeiter-Bildungsschule. Sonntag, 1. Juli, Familien-Ausflug nach Baumkühlweg mit Besichtigung der L. Episthischen Baumkühl. Treffpunkt in Treptow, Restaurant Regelin (vormals Jemmer), mittags 1 Uhr. Einladungen durch Karte ergehen nicht. Um zahlreiche Beteiligung ersucht. Das Komitee.

Tokales.

Die Stadtvorordneten-Versammlung

hatte gestern eine ungewöhnlich lange Tagesordnung zu erledigen. In der öffentlichen Sitzung war über nicht weniger als 41 Punkte zu verhandeln, aber das meiste davon wurde rasch und ohne vieles Debattieren abgethan. So kurz vor den Ferien hat eben niemand mehr Lust zu langen Reden. Auch mit der Angelegenheit des Coalsmangels bei den städtischen Gasanstalten mochte die Mehrheit der Versammlung nicht viel Federlesens machen. Den Ausschüß, dem der in dieser Angelegenheit vor mehreren Wochen von unsern Genossen gestellte Antrag zur Vorberatung überwiesen worden war, hatten die vom Magistratsvertreter abgegebenen Erklärungen so befriedigt, daß er zu dem Ergebnis gelangt war, der Versammlung die Ablehnung des Antrags zu empfehlen. Die Versammlung erhob nicht nur mit sehr großer Mehrheit diesen Vorschlag zum Beschluß, sondern erklärte sich auch gegen die Forderung, für die nächste Zeit wenigstens auf den städtischen Werken die Coalsfeuerung einzustellen und die dadurch frei werdende Coalsmenge an kleine Abnehmer abzugeben. Gegenüber diesem von der socialdemokratischen Fraktion gestellten und vom Genossen Jubel begründeten Antrag machte sich Herr Jacobi zum Verteidiger der Maßnahmen des Gasurators. Auf den Vorwurf, daß noch im Januar an einen Großunternehmer dreihundert Waggons Coals verkauft worden seien, erwiderte er, man habe gegen den Mann nicht so rigoros vorgehen können, ihm die weitere Coalslieferung zu verweigern, nachdem er seine Feuerungsanlagen eben erst für Coalsfeuerung eingerichtet hatte. Die Behauptung, die die Verwaltung der Gaswerke den kleinen und kleinsten Abnehmern den ganzen Winter hindurch hat zu teil werden lassen, ist nach Ansicht des Herrn Jacobi natürlich weit davon entfernt, „rigoros“ zu sein.

Mit welchem Erfolg der „religiöse Noffand“ Berlins in neuerer Zeit bekämpft worden ist, darüber bringt der letzte Jahrgang des „Statistischen Jahrbuchs der Stadt Berlin“ eine nicht uninteressante Zusammenstellung. Die Angaben reichen leider erst bis 1897. In einem Zeitraum von nur 5 Jahren, von 1892 bis 1897, stieg in den zur evangelischen Landeskirche gehörenden Gemeinden Berlins die Zahl der Kirchen und Kapellen von 70 auf 83, der darin vorhandenen Sitzplätze von 54 978 auf 75 435, der angestellten Geistlichen von 144 auf 178. Gleichzeitig stieg bezw. sank die Zahl der Einsegnungen von Ehen von 9270 auf 10 452, der Taufen von 86 777 auf 86 771, der Begräbnisse unter Mitwirkung eines Geistlichen von 10 749 auf 11 882 (bei überhaupt 28 006 bzw. 26 084 Begräbnissen in den betreffenden Gemeinden), die Zahl der Konfirmationen von 23 505 auf 22 614, der Kommunionanten von 206 056 auf 213 901. Ob die Freunde der Kirchenbauerei auf diese Zahlen sehr stolz sein werden? Anlaß dazu haben sie vielleicht im Hinblick auf die Zunahme der kirchlichen Einsegnungen von Ehen und der Mitwirkung von Geistlichen bei Begräbnissen. Dagegen dürfte ihnen die Abnahme der Konfirmationen eine schmerzliche Enttäuschung bereitet haben. Auch die Zunahme der Kommunionanten kann bei ihrer geringfügigkeit, zumal da inzwischen ja auch die evangelische Bevölkerung Berlins zugenommen hat, schwerlich befriedigt haben. Aber gerade nach der Beteiligung der Bevölkerung an der Ceremonie des Abendmahles läßt sich mit einiger Sicherheit beurteilen, ob das kirchliche Leben reger geworden ist. Bei Taufen, Konfirmationen, kirchlichen Trauungen und kirchlichen Begräbnissen sprechen oft ganz andere Umstände mit als die Frömmigkeit. Deutlicher ist übrigens, daß wir keine Statistik des Kirchenbesuchs haben. Sie ließe sich mit geringer Mühe aufstellen. Den maßgebenden Kreisen mag freilich sehr wenig daran liegen, daß einmal eine Zählung der Kirchenbesucher vorgenommen wird. Wozu braucht alle Welt zu erfahren, wie leer die Berliner Kirchen an den gewöhnlichen Sonntagen sind!

Verstörungswut. Die „Berl. Ztg.“ berichtet von einer „ganz neuen Kinderunsitte“, die darin besteht, „aus reiner Verstörungswut“ das Pflaster neben den Granitplatten der Bürgersteige aufzureißen und die kleinen Steine zu verschleppen. Diese „Kinderunsitte“ ist nach untern Beobachtungen nicht „ganz neu“, sondern schon ziemlich alt. Neu dürfte höchstens das sein, daß Verstörungen des Pflasters in so großem Umfang — in einem Fall auf 6 Meter Länge — vorgenommen sind, wie die „Berl. Ztg.“ angibt. Auch über das Wesen und die Bedeutung dieser „Kinderunsitte“ befindet sich die „Berl. Ztg.“

unfres Erachtens in einem Irrtum. Das ihr als „reine Verstörungswut“ erscheint, dürfte in der Regel nichts anderes sein als der Wunsch, sich Gelegenheit zum „Buddeln“ zu verschaffen. Im weiteren Verlaufe des Verstörungswuts mögen sich allerdings noch andre Umstände geltend machen, aber den ersten Anstoß dazu giebt sicherlich meist der „Buddeltrieb“. Kinder müssen „buddeln“ — das wird hoffentlich von keiner Seite bezweifelt. Wo haben aber unsere Berliner Kinder Gelegenheit zu dieser nützlichen und notwendigen Beschäftigung? Die paar Plätze, auf denen hier und da mal ein Sandhaufen aufgeschüttet ist, kommen gegenüber den Hunderttausenden von Kindern kaum in Betracht. Die Kinder helfen sich angeichts dieses Mangels auf ihre Art, d. h. sie zerwickeln in verzeihlichem Unverstand den Boden rings um die in den Straßen angepflanzten Bäume oder sie gehen noch weiter und reißen, wie gesagt, das Pflaster auf, um auf diese Weise zu dem Sande zu gelangen. Wir Erwachsenen sind rasch geneigt, hier über „Verstörungswut“ zu schreiben, aber was wir so nennen, das ist — bei Licht besehen — nur irre geleiteter Thätigkeitstrieb. Die Schuld daran, daß der Thätigkeitstrieb unter Kinder so oft irre geleitet wird, liegt bei uns selber. Die Nachsichtuligen sind in der Regel wir Eltern. In dem vorliegenden Fall fällt der größere Hälfte der Schuld auf die städtische Verwaltung. Unsere Parkanlagen und Schmuckplätze sind ja sehr schön, das ist wahr; aber sie bieten leider den Kindern viel zu wenig, namentlich den Kleinsten. Es muß immer und immer wieder gefordert werden, daß die Spielplätze vermehrt und auch reichlich Sandhaufen für die Kleinsten aufgeschüttet werden. Wenn das geschähe, würden unsere Parkanlagen und Schmuckplätze vielleicht weniger sauber aussehen, aber sie würden desto größeren Nutzen stiften. Und wie Erwachsenen brauchten weniger über „Verstörungswut“ untrer Kinder zu klagen.

Gegen die Bestätigung der Wahl unfres Parteigenossen Glöde zum Stadtvorordneten haben der Amtsgerichts-Kanzlist Wesse und der Kohlenhändler Ernst Lehmann beim Bezirksausschuß Klage erhoben.

Die diesjährige Influenza-Epidemie hat an Ausdehnung und Heftigkeit alle andern, von denen Berlin in neuerer Zeit heimgesucht worden ist, weit übertraffen. Die meisten Opfer forderte sie im Februar und März, aber selbst im April und Mai ist diesmal eine für diese Jahreszeit nicht gewöhnliche Zahl von Todesfällen durch Influenza verursacht worden. Erst der Juni dürfte die Epidemie wirklich zum Erlischen gebracht haben. Im Januar, Februar, März, April, Mai starben an Influenza 47, 275, 129, 60, 23, zusammen 534 Personen, das sind in fünf Monaten mehr als hier jemals in einem ganzen Jahre dieser Krankheit erlagen. Die bisher beobachteten Höchstzahlen waren 363, 426, 478 Sterbefälle in den Jahren 1889, 1891, 1895.

Die Fabrik-Landpartien zuweilen veranstaltet werden, lehren folgender Fall. Sonnabend soll in der Metallknopfabrik von Leopold Stern ein solches Fest vor sich gehen. Auf eine vorher herumgereichte Liste zeichneten sich, wie nicht anders zu erwarten war, alle Beschäftigten ein, jedoch wurde ein Ausschüß, wie er sonst bei solchen Gelegenheiten für unerlässlich gehalten wird, nicht gewählt. Dafür ward das Fabrikpersonal durch eine von oben herab erlassene Bekanntmachung erztet, wonach den Arbeitern 1 M. 50 Pf., den Arbeiterinnen hingegen 75 Pfennig zur Deckung der Unkosten abgezogen werden mußten. Rechte dies immer noch anzusehen, so fühlte sich ein beträchtlicher Teil der Arbeiterschaft auf das empfindlichste in seinen Anschauungen gekränkt, als bekannt wurde, daß die Partie nach dem gesperrten Lokal von Rautowski in Kaufgangsverder gehen solle. Obgleich verschiedene Arbeiter erklärten, daß sie sich von einer solchen Veranstaltung ausschließen würden, erhielten sie ihr Geld nicht zurück. Durch die Eigenmächtigkeit der Leitung ist somit erreicht worden, daß das geplante Fest, statt Freude zu erwecken, Mißstimmung hervorgerufen hat. Sollen die Unternehmer nicht endlich zu der Einsicht gelangen, daß man die Veranstaltung derartiger Vergnügen den Arbeitern überlassen muß, wenn sie ihren Zweck erfüllen sollen?

Droschkenunsachen. Auf eine Anfrage des Vorstands vom Verein Berliner Droschkenfahrer hat das Polizeipräsidium geantwortet, daß in Fundangelegenheiten eine Droschke als öffentliches Verkehrsmitel nicht angesehen werden kann. Diese Entscheidung ist insoweit günstig für die Droschkenfahrer, als ihnen vorkommendenfalls der Findexlohn zusteht, auf den die Straßenbahnangestellten z. nach dem bürgerlichen Gesetzbuch keinen Anspruch erheben dürfen. Droschken-Fundunsachen haben ein Jahr hindurch auf der Fundabgabestelle zu lagern, gehen dann aber bei Nichtreklamierung ohne weiteres, d. h. ohne vorheriges gerichtliches Ausbebotverfahren, in den Besitz der Finder über.

Die Landes-Versicherungskassant Berlin hat einen Beschluß gefaßt, wodurch zwei neue wichtige Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen ins Leben gerufen werden sollen. Dieser Beschluß betrifft den Anlauf des Parkgrundstücks in Eichtenberg, Dorfstraße 23, wo eine Heilstätte für Geschlechtskranke und ein Invalidenhaus für tuberkulose Rentempfänger errichtet werden sollen.

August Scherl als Wohlfahrter. Dem Elmshorner Krankenhaufe hat der deutsche Zeitungs-Parum, Herr Scherl, wie die „Schleswig-Holst. Volks-Zg.“ mitteilt, 110 Hefte der von ihm herausgegebenen Zeitschrift „Die Woche“ geschenkt.

Ein Skandalprozess in Aussicht? An den Eingängen des Zoologischen Gartens hat am Dienstagnachmittag eine zweiflügelige Revision aller Aktionär- und Abonnements-Listen stattgefunden. Anlaß dazu waren Anzeigen an den Vorstand von einem größeren Umfang, der mit den Karten neuerdings getrieben sein sollte. Wie begründet diese Maßregel war, erhellt aus der Beschlagnahme von 50 Karten in dieser kurzen Zeit. Bei einem Teil der Karten war die Eingehung nur durch ordnungswidrige Beschaffenheit veranlaßt. Diese Karten werden dementsprechend den Eigentümern zurückgegeben; bei den übrigen Beschlagnahmen infolge von mißbräuchlicher Benutzung durch Unbefugte soll Anzeige an die Staatsanwaltschaft erfolgen. Auf Grund des Ergebnisses hat der Vorstand eine häufige Wiederholung der Revisionen angeordnet. Zum Aktionär oder Abonnenten des Zoologischen Gartens bringt man es in der Regel nur, wenn man sich einer gewissen Wohlhabenheit erfreut. Mit der Moral in Sachen des Wein und Dem muß es in den in Betracht kommenden gutsituierten Kreisen gerade nicht zum besten bestellt sein, wenn dort derartige Mogeleten systematisch geübt oder begünstigt worden sind. Die an der Direktion des Zoologischen Gartens verübten Verrätherien werden bei dem geläuterten Rechtsempfinden der deutschen Justiz um so schwerer beurteilt werden, als sie nur aus frivoler Habgier, ohne jeglichen zwingenden Grund begangen sein können.

Ueber die Sonntagstraße in Blumenbindereien erläßt der Polizeipräsident die nachstehende Verordnung: Eine Beschäftigung von Arbeitern in Blumenbindereien nach Schluß der für den Verkauf freigegebenen Zeit ist für nicht mehr als 12 Sonn- und Festtage im Jahre nur für solche Arbeiten gestattet, die erforderlich sind, um auf vorherige Bestellung Blumen und Pflanzen zur Ausbündelung für Feste und Feiertage, die an den Sonn- und Festtagen nach Schluß der Verkaufszeit stattfinden, an dem Ort des Festes oder der Feiertage sachgemäß anzubringen.

Einen Anflug, der mit der Jahreszeit zusammenhängt und regelmäßig in jedem Sommer auftritt, kann man auch gegenwärtig wieder häufig sehen. Die Bahnhöfe sind mit Drinnen oder Leitungen versehen, an denen ein Trinkbecher befestigt ist. Manche Fahrgäste

Haben nun ohnehin keine große Reizung, diese Becher zu benutzen, wenn sie es vermeiden können. Ganz verehrt aber wird ihnen die Einrichtung, wenn sie sehen müssen, wie kläglichste Leute sie ganz ungeniert benutzen, um ihre Hunde zu tränken. Besonders sind es Damen, die ihre Schößhündchen gern aus diesen Tränkbechern saufen lassen und sich noch entschuldigen, wenn ihnen jemand vorhält, daß das doch im höchsten Grade unappetitlich und für die Gesundheit nicht ungefährlich ist. In Spandau kam es jüngst zu einem unliebsamen Auftritt, als eine Familie eines solchen Unfalls wegen darauf verzichtete, ihren durstenden Kindern zu trinken zu geben. Der Feststellung ihrer Persönlichkeit wachte sich die Dame zu entziehen.

**Epidemische Augenkrankheiten.** Wie das „M. Journal“ erzählt, ist eine beträchtliche Anzahl von Lehrern am Berliner Seminar an Bindehaut-Rotarrh erkrankt. Der Assistenzarzt Dr. Geisenius hat sich genötigt gesehen, bei den geringsten Anzeichen schon den Erkrankten aus dem Internat nach Hause zu entlassen, um die weitere Ausbreitung der ansteckenden Krankheit zu verhindern, und schließlich auch der drohenden egyptischen Augenkrankheit vorzubeugen. Sollte die Krankheit größere Ausdehnung annehmen, wird der Seminar-Direktor die Anstalt schließen müssen.

**Der Bau der elektrischen Hochbahn** hat in der letzten Zeit am Halleischen Thor bedeutende Fortschritte gemacht, nachdem eine längere Zeit infolge einer gewissen Stillstand geblieben war, als auf beiden Seiten der Belle-Alliance-Brücke leblich Ufer- und Pfeilerbauten vorgenommen wurden. Diese sind nun nahezu vollendet, und auf der östlichen Seite ist der Eisenbau schon dicht an die Brücke herangerückt. Für das letzte Joch steht das Gerüst schon da. Weiter ist auf der Westseite nach langer Pause auch wieder ein neues Joch in Angriff genommen. In einigen Tagen wird man auch von dieser Seite aus die Brücke erreichen. Dann bleibt als letztes Glied in der Kette nur noch die Ueberbrückung der Brücke selbst.

**Die Vernehmung des Obnegl** in der Episkopalkirche hat, wie angekündigt, gestern im Untersuchungsgefängnis stattgefunden. Obnegl erklärte, dem Berliner Tageblatt zufolge, wiederum, am Nord unbeteiligt zu sein und nichts darüber ansagen zu können, ob die alte Frau Schulte oder deren Stief-tochter zuerst ermordet worden sei. Seine Ehefrau sagte aus, daß sie gleichfalls über diese Frage nicht unterrichtet sei, da ihr Mann ihr nichts mitgeteilt habe.

**Auf behördliche Veranlassung** aufgeschoben worden ist die Vererdigung der Leiche des 82 Jahre alten Vierfahrers Friedrich Dorn aus der Emdenerstraße, die gestern Donnerstagsmorgens um 4 Uhr auf dem Heilands-Kirchhof in Blöhensee stattfinden sollte. Dorn, der seit 5 Jahren in der Moabit-Abteilung der Wagenhof-Brauerei beschäftigt war, wurde am Montagvormittag um 11 Uhr, als er bei einem Kunden abgab, von einem Wurstwagen besessen. Dieser wiederholte sich am Nachmittag in der Wohnung noch zweimal. Um 4 Uhr starb Dorn unter den Händen eines Arztes. Eine große Anzahl Kunden, die der Verstorbene bedient hatte, namentlich Gastwirte, fanden sich gestern nachmittags am Trauerhause ein, um ihm das letzte Geleit zu geben. Sie mußten wieder umkehren, da die Vererdigung verschoben worden war. Die Leiche war am Abend vorher zur Bestattung der Todesursache nach dem Schauhause gebracht worden, um dort geöffnet zu werden. Die Angehörigen glauben, daß Dorn, der eine Frau und ein Kind hinterläßt, sich durch „Ueberheben“ bei der Arbeit den Tod geholt habe.

**Strassensperrungen.** Die Südseite des Platzes am Opernhause, von der Straße Unter den Linden bis zum Platz am Zeughaus, unter Ausschluß der Strassenzugänge mit der östlichen Straße am Opernhause wird wegen Asphaltierung von heute ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt. Die gleiche Sperrung tritt von morgen ab für die Triftstraße von der Sparr- bis zur Zegerstraße ein.

**Feuerbericht.** Vollständig feuerfrei war Berlin am Donnerstags, doch mußten am vorhergehenden Abend drei kleine Brände abgelöscht werden. Die Eisenbahnbrücke auf dem Bahnhof Wedding hatte durch Funken aus der Lokomotive Feuer gefangen, das indes im Keime erstickt werden konnte. Friedrichselderstr. 11 war ein Zimmerbrand und Weidingerstr. 7 ein Fußboden- und Balkenbrand zu besichtigen. Eine gestrichelte Frau verübte Unfug am öffentlichen Weider auf dem Potsdamer Platz und rief dadurch zwei Löschzüge herbei. Sie wurde ergriffen und auf Veranlassung der Polizei nach Dalldorf gebracht.

### Aus den Nachbarorten.

**Rixdorf-Ort.** Arbeiter! Genossen! Vor kurzem schon bemühten wir den Raum des „Vornachts“, um aus Anlaß des am 14. 15. und 16. Juli in unserm Orte stattfindenden Kreisturnfestes des Arbeiter-Turnbundes einen Appell an eure Casifrenndschaft zu richten. Leider scheint dies vielfach übersehen worden zu sein, und wir bitten euch daher nochmals recht dringend um eure Unterstützung in der für uns so schwer zu lösenden Quartierfrage. Springs jeder helfend ein, dem es irgend möglich ist, ein Plätzchen — und sei es noch so bescheiden — in seiner Wohnung zu schaffen, um den von auswärts kommenden Genossen ein Unterkommen zu gewähren. — Der äußerste Termin für Anmeldungen ist der 25. Juni. Wir eruchen nochmals um möglichst zahlreiche Meldungen an folgende Adressen: Hugo Keil, Rixdorf, Hermannstr. 119, III; Marie Kiele, Rixdorf, Bismarckstr. 11, Hof II; Gustav Winkler, Rixdorf, Richardplatz 11, IV; Otto Klein, Rixdorf, Prinz Handjerystr. 44/45, II; Otto Giese, Berlin, Lausitzerstr. 20, Seiten IV; John, Ort, Chausseestr. 112, II. Der Wohnungsausschuß.

**Die Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung** beschäftigte sich vorgestern mit der Uebernahme einer Garantieleistung für den Großschiffahrtsweg Stettin-Berlin. Debatte und einstimmig gelangte der Antrag des Magistrats zur Annahme: „Die Stadtgemeinde Charlottenburg beteiligt sich an der Anbringung der jährlichen Unterhaltungs- und Betriebskosten, sowie der Vergütung und Tilgung eines Teils des Baukapitals für den Groß-Schiffahrtsweg von Stettin nach Berlin und übernimmt der Stadt Berlin gegenüber die Gewähr für die Ausbringung von 10 Prozent des auf die Stadt Berlin entfallenden Gesamtvermögens, jedoch unter der Bedingung, daß die Blöhensee-Schleuse zwischen dem Spandauer Schiffahrtskanal und dem Berlin-Charlottenburger Verbindungskanal für den Verkehr von Schiffen mit 600 Tonnen Tragfähigkeit umgebaut wird.“ Von großer Bedeutung sind die bezüglich der Erweiterung des Strassenbahnnetzes der Berlin-Charlottenburger Strassenbahn gefassten Beschlüsse. In Uebereinstimmung mit dem Antrag des Ausschusses erteilte die Versammlung der Gesellschaft die Genehmigung für folgende Linien: a) durch die Leibnizstraße von der Berlinerstraße bis zur Kantstraße, b) durch die Wilmersdorferstraße vom Stuttgarter Platz bis zur Reichsbahngrenze am Kurfürstendamm, c) durch die Holzengrabenstraße von der Leomhardtstraße bis zur Reichsbahngrenze an der Küstnerstraße, unter der Bedingung, daß die Gesellschaft sich verpflichtet, innerhalb eines Jahres nach polizeilicher Genehmigung die Linie durch die Holzengrabenstraße mindestens bis zum Bahnhof Halensee, die Linie durch die Wilmersdorferstraße mindestens bis zum Rathaus in Wilmersdorf zu führen. Gleichzeitig ersuchte die Versammlung den Magistrat, 1. bei den Verkehrsverhandlungen darauf hinzuwirken, daß die Strassenbahngesellschaft sich zur baldigsten Einführung eines durchgehenden Verkehrs für die Strecke Spandauer Bod-Kupfergraben beziehungsweise Löhnowplatz verpflichtet, 2. die Gesellschaft zur baldigsten Einrichtung einer Pensionskasse für ihre Angestellten anzuhalten, 3. im Einvernehmen mit Berlin und den sonst in Betracht kommenden Vororten einschließlich Spandau einen Plan über das für absehbare Zeit im Interesse der Kommune auszubauende Strassenbahnnetz aufzustellen und demnächst darüber der Stadtverordneten-Versammlung eine Vorlage zu machen.

In der Debatte wurde von verschiedenen Seiten die Notwendigkeit betont, bereits jetzt mit dem Bau von Strassenbahnen in eigener Regie vorzugehen und keine Linien mehr an Privatgesellschaften zu vergeben. Das öffentliche Anschlagswesen wurde, entsprechend der Magistratsvorlage, dem bisherigen Unternehmer, Buchdruckerbesitzer Herz, bis zum 1. April 1901 verpachtet. Von diesem Termin ab soll das Anschlagswesen gemeinsam mit dem Berliner Anschlagswesen vergeben werden.

**Schöneberg.** Eigentümlich scheint es in hygienischer Hinsicht mit der Trinklegenheit in der hiesigen Volksschule bestellt zu sein. Wie nämlich der Vorsitzende eines Bürgervereins in einer Vereinsversammlung mitteilte, sind die zum Wassertrinken dort vorhandenen blechernen Becher derart verrostet, daß es unmöglich ist, sie zu benutzen. Das Schönste dabei ist, daß den Kindern das Mitbringen von Milch in Flaschen streng verboten ist!

**Ausfall der Mobilmachung zweier Seebataillone** und der kriegsmäßigen Ausrüstung von Schiffen herrscht in den Spandauer Militärwerkstätten eine vermehrte Thätigkeit. Die Verendung des Kriegsbedarfes für die jetzige Expedition hat bereits begonnen und ist in wenigen Tagen vollendet. Mittwoch noch spät abends erfolgte die Zustellung der Einberufungsorders an die Reservisten der Marine, die Befehle wurden durch Polizeibeamte ausgetragen. Gestern ist auch bei den Truppenteilen in Spandau Umtrage gehalten worden, wer bereit sei, freiwillig mit nach China zu gehen; es haben sich angeblich alsbald zahlreiche Mannschaften gemeldet; so z. B. 6 Mann von der 8. Compagnie des 6. Garde-Regiments z. S.

**Der Vordunstfall** gegenüber der Abtei, über den wir in unserer Dienstagsnummer berichteten, hat noch ein Menschenleben gefordert. Der Mechaniker Erikson, der noch lebend aus dem Wasser gezogen wurde, ist gestern gegen Abend an einer Lungenentzündung, die offenbar eine Folge des unfreiwilligen Todes war, in seiner Wohnung gestorben. Er hinterläßt eine Witwe und 9 Kinder.

**Vom Kriegsschauplatz in Adlershof** wird uns berichtet: Einen eigenartigen Eindruck von den friedlichen Zuständen hier selbst müssen die Berliner Ausflügler erhalten haben, welche am Sonntag unsern Ort besuchten. Nachdem erst am Sonnabendabend während der öffentlichen Versammlung im Scharauserischen Lokal die Gendarmen aus der Umgebung zusammengezogen war, mußten am Sonntag wiederum eine größere Anzahl Gendarmen, Antidivertier und Gemeinbediener ihre Sonntagsruhe unterbrechen und in der Nähe des genannten Lokals durch Anwesenheit glängen. Die Veranlassung zu diesem Schauspiel gab die hiesige Maurer-Philiale, welche in friedlicher Weise ein geschlossenes Vereinsvergügnen abhielt. Nachdem dieses Vergügnen rechtzeitig vom Vorsitzenden beim Amtsvorsteher v. Oppen angemeldet war, erhielt im Lauf des Sonntags der Gastwirt Schmauer eine Verfügung, daß der Amtsvorsteher die Philiale des Maurerverbands nicht als ein Verein im Sinne des Vereinsgesetzes ansehe und deshalb die Konzessibilität verbiete. Trotz dieses Verbots amüsierten sich aber die Mitglieder des genannten Vereins wie ihre Gäste beim Tanz. Nachdem gegen 6 Uhr schon zwei Gendarmen erschienen waren, um den Tanz zu inhibieren und die selbstverständliche Erfolglosigkeit ihrer Mühen dem Amtsvorsteher berichten konnten, erschien am Abend ein ganzes Aufgebot von Gendarmen, Antidivertier und Gemeinbedienern, um mit Gewalt dem Vergügnen ein Ende zu bereiten. Aber auch dies Aufgebot mußte unverrichteter Sache abziehen, da sämtliche Zugänge zum Saal vom Verein geschlossen waren. Nachdem auch die behördlichen Vermahnungen, einen Schloffer zum Öffnen des Saals zu bewegen, erfolglos geblieben waren, begnügten sich die Beamten damit, als Posten vor dem Lokal zu figurieren.

Wie aber solche Polizeizustände selbst in den zum Schutze der persönlichen Freiheit berufenen Organen ihre Stütze finden, zeigt ein Schriftstück, welches vorher auf eine Anzeige gegen die Beamten wegen Hausfriedensbruchs ergangen ist. Darin heißt es: „Ob im vorliegenden Falle der angewendete Zwang notwendig gewesen ist, kann dahin gestellt bleiben. Zum Traktatende des Hausfriedensbruchs ist erforderlich, daß der Täter (hier v. Oppen resp. seine Beamten) das Bewußtsein der Widerrechtlichkeit seiner Handlungen gehabt hat. Dieses muß vorliegend verneint werden, wenn der Amtsvorsteher als Polizeibeamter objektiv berechtigt war, Zwang anzuwenden und im einzelnen Falle nach pflichtgemäßem Ermessen sich berechtigt hielt, die Anordnungen der Polizei mit Gewalt durchzusetzen.“

**Dem Schankwirt Lindenbahn in Grünau** hat der Kreis-ausschuß auf Verreiben des Amtsvorstehers v. Oppen dieser Tage die Schankeraubnis entzogen.

**In Mariendorf** hat die Wäckerinnung, die außer diesem Ortort noch Siedende und Tempelhof umfaßt, beschloffen, wegen der Erhöhung der Gehelenslöhne, der Holz- und Kohlenpreise z. vom 1. Juli d. J. ab die Sonntagsgabe abzuschaffen und für die Hausbäderer ein erhöhtes Badgeld (für jeden Kunden 20 Pf.) zu berechnen. Die Wäcker haben sich bei einer Konventionalsitzung von 150 W. für jeden Fall zur Umkehrung dieser Beschlüsse verpflichtet.

**In dem Raubmord bei Wernuchen** an dem Maurer Otto Tiede aus Wesendahl erforscht wir noch folgende Einzelheiten: Tiede, ein 37jähriger, verheirateter Mann, der bei dem Maurermeister Wandenburg in Strausberg angestellt war und sich des größten Vertrauens seines Chefs erfreute, hatte am Sonntagmorgens auf seinem Zweirad einen Ausflug nach Wernuchen unternommen. Abends gegen 1/10 Uhr fuhr Tiede nach seiner Bekanntschaft zurück. Er verfolgte bis Hirschfelde die Kreischauffee und bog gleich hinter dem letztgenannten Dorf in die direkt nach Wesendahl führende Landstraße ein. Hier wurde er kurz vor der Wesendahler Heide aberfallen und zu Boden geschlagen. Tiede, der verheiratet und Vater zweier Kinder war, hatte seiner Frau versprochen, spätestens bis 10 Uhr abends zurück zu sein. Da der Maurer ein sehr ordentlicher Mann war und nie über Nacht von Hause weg blieb, so wurde die Frau auf das höchste beunruhigt. Am Montag früh begab sich die geängstigte Frau Tiede zu dem Ortsvorsteher Fleischer, dessen Sohn mit Tiede in Wernuchen zusammen getroffen war, um diesem von dem Ausbleiben ihres Manns Anzeige zu erstatten. Herr F. veranlaßte sofort die Abholung der Chaussee, und so wurde der Vermisste an der Gemarkung von Wesendahl und Hirschfelde, etwa 10 Meter von dem Landweg entfernt, an einem Lupinenselde vergraben aufgefunden. Der rechte Arm und die Hüfte ragten aus dem Erdreich empor. An dem Kopfe der sofort freigelegten Leiche wurde eine klaffende Wunde entdeckt. Der Schädel war durch einen einzigen wuchtigen Hieb zertrümmert worden. Der Ermordete ist anscheinend, nachdem er durch den einen Hieb betäubt worden war, von dem Verbrecher lebendig begraben worden. Gestohlen worden ist das Fahrrad, eine wertlose silberne Eshinderuhr und ein Geldtäschchen, in dem sich etwa 3 bis 4 M. befunden haben. Der Thät verdächtig erscheint ein Mann, der sich etwa vier Tage vorher zwischen Wesendahl und Wernuchen vagabundierend aufgehalten hat.

Inzwischen ist in demselben Bezirk ein neuer Raubmordversuch verübt worden, dessen Opfer der Schächtermeister Rattig aus Hirschfelde wurde. Der Thät scheint identisch mit der zweifelhaften Persönlichkeit, die mit dem Tiedeschen Mord in Verbindung gebracht worden ist. Herr Rattig hatte am Dienstag geschäftlich in dem etwa eine Meile entfernten Dorfe Tiefensee zu thun und kehrte abends 7 Uhr auf seinem Zweirad nach seinem Wohnort zurück. Etwa einen Kilometer vor Hirschfelde stieg W. von der Maschine ab und führte diese. Ploßlich wurde er hinterwärts angefallen, zu Boden gerissen und dann verurteilt der Räuber, seinem Opfer die Kehle zuzurücken. Der Fleischer wehrte sich verzweifelt, doch gelang es ihm nicht, den Angreifer abzuschütteln, und er wäre verloren gewesen, wenn sich nicht glücklicherweise ein Fuhrwerk genähert hätte. Der Räuber ergriff die Flucht und entkam.

Der Thät an dem Maurer Tiede dringend verdächtig ist ein angeblicher Chaussee-Arbeiter Karl Schmidt aus Eberswald.

Der auch eine auf diesen Namen lautende Invalidentarte bei sich führt. Derselbe ist beinahe 50 Jahre alt, 1,80 Meter groß; er trägt einen schwarzen Rod, schwarze Weste, englisch-leberne Hose, schwarzen weichen Hut und lange Stiefel. Er hat ein längliches Gesicht, dunkle Augen, hellen, blonden, kurzgeschnittenen Vollbart und langen Schmirbart. In einem Sack trug er einen Spaten bei sich, dessen Stiel er als Stod benutzte; er hatte einen schwarzen Leberzieher mit blanken Knöpfen. Auf der Innenseite des rechten Unterarms hat er die Zahl 1851 tätowiert, außerdem soll er an der äußeren rechten Handseite zwischen Daumen und Zeigefinger auch noch tätowiert sein.

### Versammlungen.

**Der Wahlverein des 3. Berliner Reichstags-Wahlkreises** hielt am Dienstag im Lokale von Herzberg, Alte Jakobstraße 75, seine Mitglieder-Versammlung ab. Herr Dr. Ratkowski hielt einen beifällig aufgenommenen Vortrag über: „Die Bevölkerungszunahme und ihr Einfluß auf den Kampf um das Leben.“ Eine Diskussion wurde nicht beliebt und erfolgte hierauf Schluß der Versammlung.

**Der sozialdemokratische Wahlverein für den 4. Wahlkreis** hielt am 19. Juni bei Graumann, Raunungstraße, eine Versammlung ab. Vor dem Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Anwesenden das Andenken des kürzlich verstorbenen Genossen Jeypp in der üblichen Weise. Dann erörterte man verschiedene Vereinsangelegenheiten. Insbesondere führten Klagen darüber, daß es bei der letzten Flugblattverteilung in einzelnen schwach organisierten Bezirken nicht ganz gelpast habe, zu einer Diskussion. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, die Mitglieder möchten sich mehr als bisher an der praktischen Arbeit in ihren Bezirken beteiligen, damit die einzelnen möglichst entlastet würden. Hierauf folgte eine Besprechung der Vorarbeiten für die Gewerbegerichtswahlen. Rummeh nahm Stadt. Curt Freudenberg das Wort zu einem Vortrage, worin er die Stellung der Parteien zum allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht kritisch beleuchtete. Mit den offenen Gegnern dieses Wahlrechts war Bedner bald fertig, seinen unehrlichen Feinden, den Kreismitgliedern der verschiedenen Schattierungen, widmete er dagegen längere Ausführungen. An der Hand geschichtlicher und neuester Thatsachen, unter andern der Vorgänge in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung, wies er nach, wie wenig auf die freischheitlichen Programmpunkte jener Partei zu geben sei. Für den bekannnten Petitionsantrag der Sozialdemokraten sei von der großen Fraktion der Linken nicht ein einziges gewesen. Und selbst Herr Preuß von der neuen Fraktion der Linken habe erklärt, es sei „nicht anständig, für die Stadtverordnetenwahlen dasselbe Wahlrecht einzuführen, das für die Reichstagswahlen bestes; es müßte mindestens ein längerer Wohnsitz gefordert werden“. Das wäre aber entschieden eine plutokratische Verschlechterung des Wahlrechts. Nachdem Genosse Freudenberg die vielen Einwände des Freikritums und seiner Presse gegen die Einführung des allgemeinen Wahlrechts in der Rommune treffend widerlegt hatte, schloß er mit einem Hinweis darauf, daß das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht treue Freunde nur in der Sozialdemokratie finde. (Zehlfester Beifall.) Eine eigentliche Diskussion entspann sich nicht. Die Versammlung erreichte alsbald ihren Schluß.

**Der Wahlverein für den 6. Wahlkreis** hielt am Dienstag im Schönhauser Viertel in der Belfortstraße eine stark besuchte Versammlung ab. Paul Jahn referierte über die materialistische Geschichtsauffassung unter lebhaftem Beifall der Anwesenden. Dem Wunsch eines Genossen, die Sitzungen bezug. Versammlungen des Wahlvereins möglichst abwechselnd in allen Bezirken des Wahlkreises stattfinden zu lassen, vertrat der Vorsitzende Sternlopf möglichst nachkommen zu wollen. Vom Vorsitzenden wurde darauf aufmerksam gemacht, daß Einladungen zu dem am 30. Juni stattfindenden Besuch der Sternwarte in Treptow noch an den bekannnten Stellen zu haben sind. Die Genossen wurden ferner ersucht, eine rege Agitation zum Anschluß an den Wahlverein, sowie zur Verbreitung der Parteipresse im sechsten Wahlkreis zu entfalten. Als nächstes vertriebs insbeson dere auf die bevorstehenden Gewerbe-gerichts-Wahlen, in der Erwartung, daß namentlich der 31. Bezirk wieder von den Genossen erobert werde. Infolge einer Anregung des Genossen Gutmann: Die Kleingewerbetreibenden in ihren Artimern über die eigentliche Bedeutung der Gewerbe-gerichts-Wahlen aufzuklären, entspann sich eine längere recht lebhafte Erörterung über diese Frage, woran sich abwechselnd Marx, Fischer, Klose, Gutmann und Sternlopf beteiligten. Im allgemeinen wurde gewünscht, daß die Kleingewerbetreibenden darauf bedacht sein mögen, in ihrem eignen Interesse, auch für die Arbeiterforderungen einzutreten.

**Im Verband der Vergolder** hielt am 18. d. M. der Genosse Girich einen Vortrag über: „Christentum und Kirche“. Die Abrechnung vom Stiftungsfest ergab einen Ueberschuß von 190 M. Unter Verschiedenem wurden den Schuhmachern in Wilna 50 M. be-willigt. Der Vorsitzende macht bekannt, daß am 28. Juni eine Vertrauensmänner-Sitzung bei Perlovski stattfindet. Die Juli-Versammlung fällt aus. Erinnerung wurde die an die rechtzeitige Eintragung in die Wählerlisten für Weisler des Gewerbegerichts, wozu Anträge beim Vertrauensmann Ferdinand Steidel, Friedrichsbergerstraße 20, v. I. zu haben sind.

**Die Hleisenleger** beschäftigten sich in einer am 10. Juni im Lokal Grenadierstr. 33 stattgefundenen Versammlung mit der Durchführung bezug. dem weiteren Ausbau ihres Lokaltarfs. Es gelangte eine Resolution zur Annahme, nach welcher vom 1. Juli ab ein Stundenlohn von 75 Pf. gezahlt werden soll. Die Konjunktur wurde als außerordentlich günstig bezeichnet, so daß die Forderung wahr-scheinlich nicht auf Schwierigkeiten stoßen dürfte. Alle weiteren Maßnahmen wurden des schwachen Besuchs wegen einer späteren Versammlung überlassen.

**Marktpreise von Berlin am 20. Juni 1900**

nach Ermittlungen des sal. Polizeipräsidenten.		Vorkosten, neue, D-Gr.		8.-	6.-
Weggen, gut	14,70	14,20	Butter	2,40	1,80
„ mittel	14,10	13,60	Eier	60 Stk	3,60
„ gering	13,50	13,10	Kartoffeln	1 kg	—
Woggen, gut	15,70	15,-	Kale	—	2,80 1,40
„ mittel	14,90	14,20	Banben	—	2,60 1,20
„ gering	14,10	13,50	Rechte	—	2,40 1,20
Nichtstroh	7,32	6,82	Barische	—	1,80 0,80
Pen	6,80	6,30	Schleie	—	2,80 1,20
Gröben	40,-	35,-	Biele	—	1,40 0,80
Speisekohlen	45,-	40,-	Kredie	per Schot	15,- 3,-
Kinfen	70,-	60,-			

**Produktenmarkt vom 21. Juni.** Am heutigen Frühmarkt fehlte Getreide fast ein höheres amerikanische Preise. Da aus Ostpreußen-Ungarn und England gleichfalls Haufe gemeldet wurde, so konnte sich die fremde Haltung des hiesigen Marktes auch Mittags behaupten. Russische Offerten waren für baldige Lieferung kein, für spätere Termine reichlich vorhanden; inländisches Angebot war nicht von Bedeutung. Der Verkehr nahm trotz der seltenen Lieferung keinen großen Umfang an. Weizenlieferungen waren 2,50 bis 3 M. höher gehalten, Roggen, hierdurch gehäht, 1 bis 1,50 M. an-hieher. Auch Weiz notierte etwas fester. Futterartikeln wurden nur wenig gehandelt. Ritz Ocker macht sich einiger Mangel an inländischen Offerten zu acceptablen Preisen geltend. Daraufhin waren Lieferungen 1,75 bis 1 M. höher gehalten. Die Rappesehle für Ocker und Weizen waren nominal be-hauptet. Rüböl notierte 0,30 höher. Spiritus loco unverändert. — Kartoffelparität. Ia. reine Kartoffelstärke disponibel 20,25 bis 20,50 M., Juli-August 20,50 M. Abwählende Prima-Qualitäten Stärke und Weiz disponibel und Juli-August 17,50—18,50 M. per 100 Kilogramm. — Weizen erstickt vom 21. Juni 1900. Normale Tier je nach Qualität von 2,40 M. bis 2,70 M. per Schot. Ausfortierte keine Ware je nach Qualität von 2,10 M. bis 2,20 M. per Schot. Tendenz: Still.